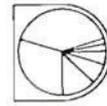


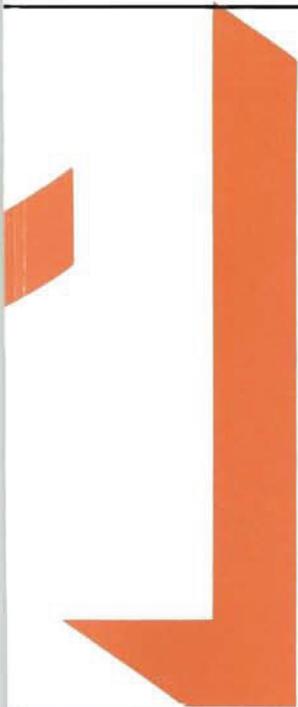
Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

Januar 1987

für das Land
Nordrhein-
Westfalen



Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte November bis Mitte Dezember 1986 um 0,2 % von 119,5 auf 119,7 Punkte gestiegen (Basis 1980 = 100). Dagegen errechnet sich im Jahresabstand wiederum eine rückläufige Preisentwicklung: Die jährliche Preisveränderungsrate beträgt -1,3 % (Dezember 1986/85); im November hatte sie bei -1,4 % gelegen. — Die Indexveränderung im Dezember 1986/85 beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen -1,4 % (119,6 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen -1,1 % (120,6 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern -0,9 % (119,8 Punkte). — Für das Jahr 1986/85 errechnen sich folgende durchschnittliche Jahressteigerungsraten: alle privaten Haushalte: -0,4 % (1985: +2,1 %) — 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen: -0,4 % (1985: +2,1 %) — 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen: -0,2 % (1985: +2,2 %) — 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern: +0,1 % (1985: +1,8 %).

■ Januar bis September 1986 erteilten die nordrhein-westfälischen Bauämter 20 353 **Baugenehmigungen** zur Errichtung neuer Wohngebäude mit insgesamt 32 595 Wohnungen. Das waren Genehmigungen für 5,4 % weniger Gebäude und 20,1 % weniger Wohnungen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im einzelnen wurde der Bau von 15 229 Einfamilienhäusern (+2,2 %), 3 780 Zweifamilienhäusern (-16,4 %) sowie 1 344 Mehrfamilienhäusern einschl. Wohnheimen (-36,0 %) mit 9 806 Wohnungen (-41,7 %) genehmigt. Damit zeigt sich deutlich die gespaltene Konjunktur des Wohnungsbaus. Während bei dem Bau von Einfamilienhäusern von einer leichten Nachfragebelebung gesprochen werden kann, ist die Interessenlage bei Mehrfamilienhäusern weiterhin stark rückläufig, bei gleichzeitigem Trend zu kleineren Wohnkomplexen. — Die veranschlagten Baukosten (ohne Grundstücks- und Erschließungskosten) lagen mit 5,949 Mrd. DM um 13,2 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

■ In den ersten zehn Monaten des Jahres 1986 erreichte der **Warenverkehr** (Lieferungen und Bezüge zwischen Nordrhein-Westfalen und der DDR einschließlich Berlin-Ost) einen Umfang von 3,65 Mrd. DM. Er war damit um 88,5 Mill. DM oder 2,5 % höher als im vergleichbaren Zeitraum von 1985. — Sowohl die Bezüge als auch die Lieferungen lagen knapp über Vorjahresniveau. Dabei stiegen die Bezüge (1,78 Mrd. DM) mit +3,1 % etwas kräftiger an als die Lieferungen (1,87 Mrd. DM; +1,9 %). — Während sich die Lieferungen von Maschinen (286,8 Mill. DM; +95,8 %) in die DDR fast verdoppelten, sank der Erlös für NE-Metalle und Metallhalbzeug (174,7 Mill. DM; -18,3 %) sowie für chemische Erzeugnisse (431,4 Mill. DM; -20,4 %) deutlich. — Bei den Bezügen erreichten innerhalb der wichtigsten Warenpositionen Eisen und Stahl (271,2 Mill. DM; +21,7 %) sowie Maschinen (126,9 Mill. DM; +36,3 %) hohe Zuwächse. Dagegen gab es bei chemischen Erzeugnissen (292,1 Mill. DM; -9,9 %) leichte Einbußen.

■ In den ersten neun Monaten 1986 erhielten 570 591 **Kraftfahrzeuge** in Nordrhein-Westfalen erstmals die Verkehrserlaubnis. Das sind 64 079 Fahrzeuge oder 12,7 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Darunter waren 521 827 Personenkraftwagen (einschl. Kombis), 15,2 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, 20 666 Lastkraftwagen (+2,3 %), 19 274 Krafträder (einschl. Leichtkrafträder -21,7 %), 621 Kraftomnibusse (-3 %), 5 335 Zugmaschinen (-5 %) sowie 2 868 übrige Kraftfahrzeuge (z. B. Wohn- und Krankenkraftwagen; +4,9 %). Von den insgesamt 521 827 neu zugelassenen Pkws waren 247 843 mit schadstoffarmer und bedingt schadstoffarmer Antriebsart, darunter 112 898 mit Benzin- und 134 729 mit Dieselmotor ausgestattet.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

39. Jahrgang
Januar 1987

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,- DM,
Einzelheft: 5,- DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8701

Inhalt

- 3 Die Einkommensentstehung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- 14 Zur Entwicklung des Energieverbrauchs im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe seit 1960
- 25 Berichtssystem der Binnenschiffahrtsstatistik

- Rundblick
- 31 Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach Bruttojahresentgelt 1978 bis 1984
- 33 Baulandverkäufe und Durchschnittswerte für Bauland 1985
- 38 Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau 1985

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- × Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Die Einkommensentstehung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

– Abgrenzung, Methoden, Ergebnisse –

Einkommen entsteht unmittelbar im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Leistung. Die im Produktionsprozeß entstandene Wertschöpfung entspricht der Entlohnung der Produktionsfaktoren. Mit der Berechnung der Wertschöpfung gibt es jedoch zunächst noch keine Information darüber, in welchem Umfang sich die Entgelte auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aufteilen. Dies geschieht im Rahmen der Berechnungen zur Einkommensentstehung. Allerdings werden dabei die Einkommen, die als Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen bezeichnet werden, nicht genau nach den einzelnen Produktionsfaktoren abgegrenzt berechnet. Das Einkommen des Faktors Arbeit wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit aufgespalten. Dabei bildet das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ein eigenständiges Aggregat, während das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit mit dem Bruttoeinkommen aus Vermögen aus Berechnungsgründen zu einem Aggregat zusammengefaßt wird. Die durch den Produktionsprozeß entstandenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden am Ort der Produktion nachgewiesen (Inlandskonzept). Davon zu unterscheiden sind die Einkommen, die den Empfängern zufließen (Inländerkonzept).

**Aufspaltung der im
Produktionsprozeß entstandenen
Einkommen**

In früheren Heften dieser Zeitschrift wurden bereits viele Bereiche der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgestellt. Die folgenden Ausführungen sollen einen Einblick in das Gebiet der Berechnungen zur Einkommensentstehung geben. Dazu wird auf Berechnungszusammenhänge bei den Aggregaten, auf begriffliche Abgrenzungen sowie auf Berechnungsmethoden und -probleme eingegangen. Abschließend werden für Nordrhein-Westfalen Entwicklungstendenzen anhand von Ergebnissen wichtiger Größen und Kennzahlen aufgezeigt.

Begriffliche Abgrenzungen und Berechnungszusammenhänge

Grundsätzlich gibt es zwei Wege, um die Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen zu berechnen. Der erste Weg führt über das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, von dem die indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) und Abschreibungen abgezogen werden, zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Damit fallen auch die Ergebnisse für die Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen an, da sie mit dem Nettoinlandsprodukt identisch sind. Die zweite Möglichkeit besteht in der unmittelbaren Berechnung der Bruttoeinkommen aus ihren Komponenten. Dieser Weg ist jedoch in der Praxis nicht gangbar. Es gibt zwar Datenquellen, die die Berechnung der Einkommen von Nichtselbständigen erlauben; das verfügbare Datenmaterial reicht aber nicht für die Berechnung aller übrigen Einkommensarten aus. Diese Einkommensarten beziehen sich auf denjenigen Teil des Produktionsfaktors Arbeit, der die unternehmerische Leistung betrifft sowie auf den gesamten Produktionsfaktor Kapital. Selbst wenn es geeignete Daten zu ihrer Berechnung gäbe, entstünde im übrigen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer das Problem, die bei Mehrländerunternehmen entstandenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen länderscharf abzugrenzen. Denn es handelt sich dabei um Einkommensarten, die sich auf das Unternehmen als ganzes beziehen und nicht ohne weiteres einzelnen Niederlassungen zugeordnet werden können.

**Unmittelbare Berechnung der
entstandenen Einkommen aus ihren
Komponenten nicht möglich**

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur durch Differenzbildung ermittelbar

Wegen der fehlenden Datengrundlagen werden die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als Differenz ermittelt. Das heißt, daß zunächst die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen berechnet werden. Anschließend werden diese Einkommen von der Nettowertschöpfung wirtschaftsbereichsweise abgezogen. Diese Berechnungsweise der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erfordert zwar nur einen sehr geringen Arbeitsaufwand. Sie hat aber den großen Nachteil, daß sich in diesen als Rest anfallenden Werten die Fehler niederschlagen, die sowohl bei der Berechnung der Nettowertschöpfung wie auch bei der Berechnung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entstanden sind. Diese Fehler können sich in den Restwerten kumulieren, aber auch kompensieren.

Begriff	Begriffserläuterung
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Löhne und Gehälter, einschl. Lohn- und Kirchensteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, die den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Richtern, Soldaten, Lehrlingen, Volontären und ähnlichen Arbeitnehmergruppen aus einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zugeflossen sind. Dazu gehören auch Akkord-, Bandarbeits- und Prämienzuschläge, Zuschläge für Schicht- und Sonntagsarbeit, Schmutzzulagen und sonstige tariflich oder frei vereinbarte Vergütungen und Zulagen; außerdem Heimarbeiterlöhne, Einkommen aus nebenberuflicher unselbständiger Tätigkeit, Naturalvergütungen, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Abfindungen usw. Davon zu unterscheiden sind Leistungen, die nicht zu den Löhnen und Gehältern, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen gehören, wie Trennungsent-schädigungen, Umzugskostenvergütungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Kleider- und Werkzeuggelder, Zuschüsse für Kantinen, Werkskindergärten u. ä.
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Tatsächliche Sozialbeiträge an die Sozialversicherung, an Versicherungsunternehmen und Pensionskassen sowie unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte
= Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aufgrund der Tätigkeit als Arbeitnehmer
+ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Einkommen aufgrund der Tätigkeit als Selbständiger und/oder aufgrund der Bereitstellung von Geld oder Sachvermögen für produktive Zwecke: Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden, sonstige Ausschüttungen und Entnahmen von Gewinnen sowie einbehaltene Gewinne
= Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen	Alle Einkommen, die durch direkte (persönliche) oder indirekte (kapitalmäßige) Beteiligung an einem Produktionsprozeß erworben werden

Wäre es möglich, auf der einen Seite die Nettowertschöpfung und auf der anderen Seite die Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen aus ihren Bestandteilen unabhängig voneinander zu berechnen, könnte man zu Kontrollzwecken die beiden Größen gegenüberstellen. Bei voneinander abweichenden Werten müßten die Berechnungen überprüft und korrigiert werden, so daß hierdurch die Ergebnisqualität der Entstehungsrechnung verbessert werden könnte¹⁾.

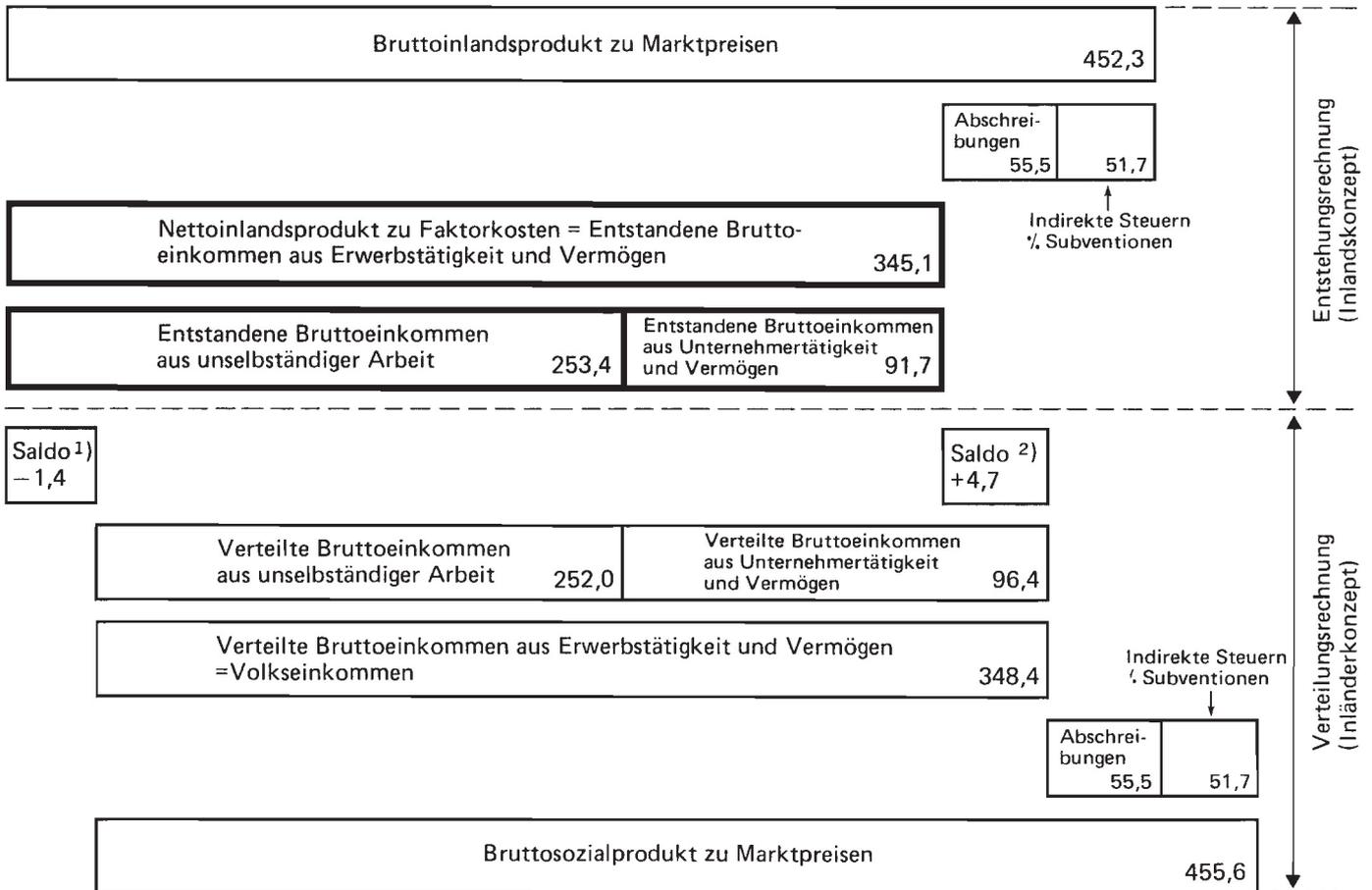
Wie eingangs erwähnt, dürfen die durch die Produktion entstandenen Einkommen nicht mit den auf die Einkommensempfänger verteilten Einkommen verwechselt werden.

Die Einkommensempfänger können auch außerhalb des Gebietes, in dem die den Einkommen zugrundeliegende Produktion stattgefunden hat, ihren Wohnsitz haben. Die an sie verteilten Einkommen sind Gegenstand der Verteilungsrechnung, der das Inländerkonzept zugrunde liegt. Von den entstandenen zu den verteilten Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen führt der Saldo dieser Einkommen zwischen den Inländern und der „übrigen Welt“. Das heißt – auf Nordrhein-Westfalen als Inland bezogen –, daß die dort entstandenen Einkommen um diejenigen Einkommen vermindert werden müssen, die außerhalb Nordrhein-Westfalens wohnende Personen durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft und/oder ihres Kapitals in Nordrhein-Westfalen empfangen haben. Entsprechend werden die in Nordrhein-Westfalen entstandenen Einkommen um die nach Nordrhein-Westfalen hineinfließenden Einkommensströme von in Nordrhein-Westfalen lebenden Personen erhöht.

Übergang von den entstandenen auf die verteilten Einkommen

¹⁾ Ein vergleichbares Problem besteht in der Verwendungsrechnung, bei der in der Länderrechnung der Außenbeitrag auch nur als Differenz ermittelt werden kann, und zwar durch Abzug des letzten Verbrauchs und der Investitionen von dem über die Verteilungsrechnung berechneten Bruttosozialprodukt. Damit wird diese Differenz von den Fehlern der Verteilungsrechnung und der Verwendungsrechnung beeinflusst.

**Berechnungszusammenhang der Einkommensaggregate
in der Entstehungs- und Verteilungsrechnung am Beispiel
Nordrhein-Westfalens für 1983 in Mrd. DM**



1) Saldo der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen Inländern und der übrigen Welt
2) Saldo der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen Inländern und der übrigen Welt

Vom Berechnungsablauf bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen her betrachtet, ergeben sich die verteilten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit dadurch, daß die entstandenen Einkommen um den Unterschied zwischen den Einkommen der Auspendler und denjenigen der Einpendler – je nach Vorzeichen – erhöht oder vermindert werden. Dazu werden die abhängig beschäftigten Berufsaus- und -einpendler mit Durchschnittsverdiensten bewertet. Zur Ermittlung der verteilten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen läßt sich der Saldo nicht direkt berechnen, da keine Informationen über die ländergrenzenüberschreitenden Ströme dieser Einkommensarten vorhanden sind. Es können jedoch die verteilten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – hauptsächlich auf der Grundlage von Steuerstatistiken – fundiert berechnet werden. Durch Subtraktion des Wertes des entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von demjenigen der entsprechenden verteilten Einkommen ergibt sich der o. a. Saldo.

**Ländergrenzüberschreitende
Einkommensströme aus
Unternehmertätigkeit und
Vermögen nicht direkt erfaßbar**

Die Summe der verteilten Einkommen wird als Volkseinkommen bezeichnet. Um zum Bruttosozialprodukt zu kommen, brauchen dann nur noch zum Volkseinkommen die im Rahmen der Entstehungsrechnung ermittelten indirekten Steuern, abzüglich Subventionen, und die Abschreibungen hinzugezählt zu werden.

**Berechnungsmethoden der Bruttoeinkommen
aus unselbständiger Arbeit**

Wie im vorherigen Abschnitt ausgeführt, können die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur indirekt als Restgröße ermittelt werden. In diese Berechnung geht also kein zusätzliches Datenmaterial ein, so daß sich berechnungsmethodische Erläuterungen erübrigen.

Berechnungsprobleme bei den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber

Bei den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erlaubt das verfügbare Ausgangsmaterial nur eine Berechnung der Bruttolohn- und -gehaltssummen. Über die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die zusammen mit den Bruttolohn- und -gehaltssummen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ausmachen, gibt es kaum Informationen. Zur Zeit wird überprüft, ob es anhand der dreijährlich durchgeführten Arbeitskostenerhebung der Europäischen Gemeinschaften für einige Wirtschaftsbereiche möglich ist, Quoten für die Arbeitgeberbeiträge zu übernehmen, die an die Bruttolohn- und -gehaltssummen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angelegt werden könnten. Nach dem bisherigen Verfahren werden die Sozialbeiträge der Arbeitgeber nicht explizit anhand statistischer Daten berechnet. Vielmehr wird unterstellt, daß sich diese Beiträge proportional zu den Bruttolohn- und -gehaltssummen verhalten. Die absoluten Werte der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit für die Bundesländer werden ermittelt, indem der Bundeswert nach den Bruttolohn- und -gehaltssummen auf die Länder aufgeteilt wird. Durch dieses Verfahren werden jedem Land Sozialbeiträge der Arbeitgeber gemäß seinem Anteil an den Bruttolohn- und -gehaltssummen zugeordnet.

Bei den Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Bruttolohn- und -gehaltssummen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche lassen sich grundsätzlich drei Vorgehensweisen unterscheiden; und zwar die unmittelbare Berechnung der Löhne und Gehälter anhand laufender Erhebungen, Fortschreibungen von Zahlen aus vergangenen Großzählungen sowie die Verwendung der Nettowertschöpfung aus der Entstehungsrechnung.

1. Unmittelbare Berechnung anhand laufender Erhebungen

Das verfügbare Ausgangsmaterial ermöglicht es, im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und weitgehend auch im Baugewerbe ohne eine Fortschreibung von Großzählungen auszukommen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Lohn- und Gehaltssummen direkt aus einer einzigen Datenquelle entnommen werden könnten und Schätzungen daher nicht notwendig wären. Im Verarbeitenden Gewerbe ergeben sich die Löhne und Gehälter aus drei Teilberichtsreisen. Der Monatsbericht liefert – zu Jahreswerten aggregiert – die Summen, die in den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen anfallen. Wirtschaftssystematisch sind – entsprechend dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – die Daten den Wirtschaftsbereichen zugeordnet, die dem Schwerpunkt derjenigen Unternehmen entsprechen, zu dem die Betriebe gehören. Bei den noch fehlenden Kleinbetrieben mit 1 bis 19 tätigen Personen müssen – soweit sie nicht bereits zum Monatsbericht melden – für die industriellen Betriebe einerseits und die handwerklichen Betriebe andererseits getrennte Quellen herangezogen werden. In den betreffenden Erhebungen werden keine Löhne und Gehälter erfaßt, sondern nur die tätigen Personen einschl. der Selbständigen.

Bei den industriellen Kleinbetrieben wird zunächst aus der jährlichen Erhebung die Anzahl der tätigen Personen um die Zahl der Selbständigen vermindert. Weil die Zahl der Selbständigen nicht bekannt ist, wird unterstellt, daß die Zahl der Betriebe der Zahl der Selbständigen entspricht. Bei den Arbeitnehmern in den Kleinbetrieben dürfte es sich in erster Linie um Arbeiter handeln. Daher werden die so gewonnenen Arbeitnehmerzahlen anschließend wirtschaftsbereichsweise mit Jahresdurchschnittslöhnen bewertet, die sich als Quotient aus den Arbeiterlöhnen und der Anzahl der Arbeiter je Wirtschaftsbereich aus dem Monatsbericht für Betriebe ergeben.

Zur Ermittlung der Löhne für die in den handwerklichen Kleinbetrieben tätigen Personen wird von den Beschäftigten des entsprechenden Berichtskreises der Handwerksberichterstattung ausgegangen. Diese Beschäftigtenzahlen werden mit Hilfe von Arbeitnehmerquoten aus der Handwerkszählung 1977 auf Arbeitnehmerzahlen umgerechnet. Ebenso wie bei den industriellen Kleinbetrieben werden dann die Arbeitnehmerzahlen mit durchschnittlichen Jahresverdiensten der Arbeiter je Wirtschaftsbereich aus dem Monatsbericht für Betriebe multipliziert.

Die Summen aus den Löhnen und Gehältern der einzelnen Wirtschaftsbereiche des Monatsberichts für Betriebe und aus den geschätzten Arbeiterlöhnen der industriellen und handwerklichen Kleinbetriebe bilden die Bruttolohn- und -gehaltssummen für die Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes.

Verarbeitendes Gewerbe

Datengrundlage für das Bauhauptgewerbe sind die Bruttolohn- und -gehaltssummen aus der monatlichen Berichterstattung. Da monatlich nur die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen erfaßt werden, werden die Summen dieser Erhebung mit Hilfe der jährlichen Totalerhebung auf die Summen aller Betriebe hochgerechnet.

Bauhauptgewerbe

Analog zum Bauhauptgewerbe gibt es auch für das Ausbaugewerbe eine monatliche Berichterstattung, die die Bruttolohn- und -gehaltssummen (Jahressummen) für die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten bereitstellt. Um den vollständigen Berichtskreis abzudecken, werden zum einen aus der Jahrerhebung die Bruttolohn- und -gehaltssummen für die Betriebe mit 1 bis 19 Beschäftigten von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten herangezogen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um Ergebnisse für den Monat Juni. Daher wird das Monatsergebnis mit Hilfe der aggregierten Jahreswerte aus der monatlichen Berichterstattung auf das ganze Jahr hochgerechnet. Weil die monatliche Berichterstattung auf Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und die Jahrerhebung auf Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten abstellt, kommt es bei den Berechnungen zu Überschneidungen. Um eine teilweise Doppelerfassung zu vermeiden, werden von den Bruttolohn- und -gehaltssummen der Monatserhebung die Ergebnisse der Betriebe mit 1 bis 19 Beschäftigten abgezogen. Zum anderen werden zu den umgerechneten Ergebnissen aus der Monatserhebung und der Jahrerhebung die Bruttolohn- und -gehaltssummen der Handwerksunternehmen des Ausbaugewerbes mit 1 bis 9 Beschäftigten aus der Handwerkszählung 1977 hinzugefügt. Das Ergebnis für den gesamten Berichtskreis kann allerdings nur für das Jahr der Handwerkszählung berechnet werden, weil es für die kleinen Unternehmen kein aktuelleres Zahlenmaterial gibt. Aus diesem Grunde wird zuerst die vollständige Bruttolohn- und -gehaltssumme für das fiktive Basisjahr 1977 ermittelt. Sodann wird diese Summe mit der Entwicklung der aus der Monatserhebung und der Jahrerhebung berechneten Bruttolohn- und -gehaltssumme auf das jeweilige Berichtsjahr fortgeschrieben.

Ausbaugewerbe

2. Fortschreibung von Großzählungsergebnissen

Bei den übrigen Wirtschaftsbereichen des Unternehmenssektors bilden Großzählungsergebnisse die Basis. Vor allem werden Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung zugrunde gelegt, in der Land- und Forstwirtschaft vorwiegend Zahlen der Landwirtschaftszählung. Bei den Fortschreibungen wird unterschiedlich vorgegangen. Zum einen werden direkt die Bruttolohn- und -gehaltssummen der Arbeitsstättenzählung fortgeschrieben. Das geschieht in der Energie- und Wasserversorgung und im Bergbau seit der Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter aus den entsprechenden Monatsberichten für Betriebe – aufbereitet nach dem Schwerpunkt des Unternehmens – und in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit der Entwicklung der Personalkosten aus den Geschäftsberichten von Bundesbahn und Bundespost, behelfsweise nach Ländern abgegrenzt mit Arbeitnehmerzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

**Energie- und Wasserversorgung,
Bergbau, Verkehr und
Nachrichtenübermittlung**

Zum anderen werden in den Wirtschaftsbereichen Handel, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Sonstige Dienstleistungen zunächst Durchschnittslohn- und -gehaltssummen aus den Löhnen und Gehältern der Arbeitsstättenzählung und den entsprechenden Arbeitnehmerzahlen, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anfallen, berechnet. Anschließend werden diese Durchschnittszahlen mit der Entwicklung der Bruttomonatsverdienste (Jahresdurchschnitt) der kaufmännischen Angestellten aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel fortgeschrieben. Das Produkt aus den fortgeschriebenen Durchschnittslohn- und -gehaltssummen und den Arbeitnehmerzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Berichtsjahr ergibt die jeweiligen unkoordinierten Bruttolohn- und -gehaltssummen.

**Handel, Kreditinstitute,
Versicherungsunternehmen,
Sonstige Dienstleistungen**

Die Landwirtschaftszählung enthält keine Einkommensangaben für die unselbstständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft. Daher werden Durchschnittslohn- und -gehaltssummen für das Jahr der Landwirtschaftszählung als Quotient aus der Anzahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte nach verschiedenen Qualifikationsstufen, die mit den Tariflöhnen und -gehältern nach Lohngruppen aus der halbjährlichen Statistik der Tariflöhne und -gehälter bewertet werden, und der Gesamtzahl der Arbeitskräfte aus der Landwirtschafts-

Land- und Forstwirtschaft

Binnenfischerei, übrige Bereiche

zählung berechnet. Fortgeschrieben werden die Durchschnittseinkommen mit der Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter aus der genannten halbjährlichen Erhebung, gewichtet mit den Arbeitskräftezahlen der Landwirtschaftszählung. Die so ermittelten Durchschnittseinkommen für das Berichtsjahr werden mit der Anzahl der Arbeitskräfte multipliziert, wobei die Arbeitskräftezahlen der Landwirtschaftszählung im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft mit der zweijährlichen Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fortgeschrieben werden können. Die Berechnungen im Wirtschaftsbereich Binnenfischerei laufen analog zu denen in der Land- und Forstwirtschaft auf der Basis der Binnenfischereierhebung 1982 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1979 ab. Bei den übrigen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft (Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe, Hochsee- und Küstenfischerei, gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege) muß auf die Arbeitsstättenzählung als Basis zurückgegriffen werden. Die Durchschnittslohn- und -gehaltssummen werden dabei mit der Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter fortgeschrieben.

Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

3. Verwendung der Nettowertschöpfung aus der Entstehungsrechnung

In den Sektoren Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck entspricht das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Nettowertschöpfung; Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fällt dort nicht an. Daher können unmittelbar die Ergebnisse aus der Entstehungsrechnung übernommen werden. Im Unterschied zum Unternehmenssektor, bei dem die Nettowertschöpfung als Differenz aus Produktionswert und Vorleistungen (abzgl. Abschreibungen und Saldo aus Produktionssteuern und Subventionen) ermittelt wird, wird in den übrigen Sektoren die Nettowertschöpfung in erster Linie direkt, z. B. aus den staatlichen Personalausgaben, berechnet²⁾.

Berechnungsmethode der Arbeitnehmerzahlen

Zur Ermittlung der Bruttolohn- und -gehaltssummen muß – wie gezeigt wurde – in einigen Wirtschaftsbereichen hilfsweise mit Arbeitnehmerzahlen gearbeitet werden. Die Arbeitnehmer bilden auch die Bezugsgröße für die Bruttolohn- und -gehaltssummen bzw. für das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Die Arbeitnehmerzahlen werden berechnungsmethodisch aus den Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgeleitet. Dazu werden aus den Arbeitnehmerzahlen der Arbeitsstättenzählung bzw. der Handels- und Gaststättenzählung und den koordinierten Erwerbstätigenzahlen für das Jahr der Großzählung Arbeitnehmerquoten für die einzelnen Wirtschaftsbereiche errechnet. Die Quoten werden in der Regel mit der Entwicklung der Arbeitnehmer aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Bundesgebiet fortgeschrieben. Die auf das jeweilige Berichtsjahr fortgeschriebenen Arbeitnehmerquoten werden dann an die entsprechenden koordinierten Erwerbstätigenzahlen angelegt, wodurch sich die unkoordinierten Arbeitnehmerzahlen des Berichtsjahres ergeben. In den Wirtschaftsbereichen Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sind keine Selbständigen tätig; dasselbe wird für die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung unterstellt. Aus diesem Grunde können für die genannten Bereiche unmittelbar die Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übernommen werden. Die Methoden zur Berechnung der Erwerbstätigenzahlen sind bereits in einem früheren Heft der Statistischen Rundschau dokumentiert³⁾.

Die Eignung des verfügbaren Ausgangsmaterials zur Berechnung der Bruttolohn- und -gehaltssummen ist danach zu beurteilen, inwieweit die Daten den Konzepten und Anforderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen oder angepaßt werden können. Hiervon hängt die Qualität der Berechnungsergebnisse ab. So müssen die Bruttolohn- und -gehaltssummen regional richtig abgegrenzt sein.

Entsprechend dem Inlandskonzept wurden daher nur Materialgrundlagen einbezogen, die die Einkommen der abhängig Beschäftigten an dem Ort erfassen, an dem sie tätig sind. Alle Erhebungen, die auf den Wohnort des Beschäftigten abstellen, wie z. B. der Mikrozensus, scheidet daher von vornherein aus. Außerdem muß es

2) Vgl. Dr. W. Gerß, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Materialgrundlagen, Berechnungsverfahren und Fehlerquellen der Entstehungsrechnung für Nordrhein-Westfalen (2. Teil), Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 8/1977, S. 457 ff.

3) Vgl. H.-J. Treck, die Messung der Arbeitsproduktivität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 2/1985, S. 73 ff.

sich um Statistiken mit Angaben für Betriebe oder Arbeitsstätten handeln. Die Verwendung von Unternehmenszahlen würde wegen der Existenz von Mehrländerunternehmen zu Verzerrungen führen. Die regionale Zuordnung macht bei den Lohn- und Gehaltssummen im Gegensatz zur Wertschöpfung keine Schwierigkeiten, da sich normalerweise eindeutig feststellen läßt, an welchem Ort die Arbeitnehmer beschäftigt sind, an die die Löhne und Gehälter ausgezahlt werden. Bei der Wertschöpfung hingegen gibt es auch bei Verwendung von Betriebsergebnissen Zuordnungsprobleme, weil die Wirtschaftsleistung durch das Zusammenwirken der Unternehmensteile zustande kommt und daher ein entstehungsgerechter Nachweis der Leistung bei den einzelnen Zweigbetrieben des Unternehmens oft nicht möglich ist oder nicht richtig gemeldet wird.

Regionale Zuordnung der Löhne und Gehälter eindeutig möglich

Darüber hinaus müssen die Betriebsdaten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirtschaftssystematisch dem Schwerpunkt des zugehörigen Unternehmens zugeordnet sein. Weil die Daten in den Ausgangsstatistiken nach dem evtl. davon abweichenden Schwerpunkt des Betriebes aufbereitet vorliegen, muß für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – sofern möglich – anhand des Einzelmateriale eine Übernahme der Unternehmensschwerpunkte auf die zugehörigen Betriebe und anschließend eine entsprechende Aufbereitung nach Wirtschaftsbereichen vorgenommen werden. Diese Anforderungen an das Material sind bei denjenigen verwendeten Statistiken erfüllt, bei denen Mehrbetriebsunternehmen von Bedeutung sind, wie bei der Arbeitsstättenzählung und den Monatsberichten im Produzierenden Gewerbe.

Als Nachteil wirkt sich aus, daß nur für einen Teil der Wirtschaftsbereiche die Bruttolöhne und -gehälter aus laufenden Erhebungen bereitstehen. Durch die Fortschreibung der Ergebnisse aus der Landwirtschafts- bzw. Arbeitsstättenzählung in den übrigen Bereichen wird die Wirtschaftsstruktur des Basisjahres trotz evtl. tatsächlicher Veränderungen beibehalten. Besonders gravierend ist dieser Mangel bei der Arbeitsstättenzählung, weil die Berechnungen z. Z. immer noch auf den Verhältnissen des Jahres 1970 beruhen. Als Alternative könnte in den Wirtschaftsbereichen, in denen mit der Arbeitsstättenzählung gearbeitet wird, auf die seit einiger Zeit zur Verfügung stehenden Einkommensangaben aus der Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zurückgegriffen werden. Diese Daten, die aus Unterlagen der Sozialversicherungsträger anfallen, umfassen jedoch nicht die gesamten Bruttolöhne und -gehälter, da nur die Einkommen bis zur Höhe der Versicherungspflichtgrenze erfaßt werden. Auch geringe Einkommen von Personen, die nicht der Versicherungspflicht unterliegen, sind nicht berücksichtigt. Diese Einkommensteile müßten mit Hilfe anderer Datenquellen hinzugeschätzt werden. Immerhin würde die Verwendung der Entgeltstatistik bedeuten, daß – unabhängig von der Qualität der zugeschätzten Werte – bereits ein Großteil der Bruttolöhne und -gehälter durch aktuelles und relativ gut abgesichertes Zahlenmaterial abgedeckt würde. Allerdings ergeben sich z. Z. noch Probleme für eine Einbeziehung der Entgeltstatistik in die Einkommensberechnungen, weil die Daten erst mit großem zeitlichen Abstand zum Berichtsjahr zur Verfügung stehen.

Daten der laufenden Beschäftigten- und Entgeltstatistik als Alternative zu fortgeschriebenen Großzählungsergebnissen

Da die Bruttolohn- und -gehaltssummen ein Bestandteil der Wertschöpfung sind, ist es auch wichtig, daß die Datenquellen, die der Berechnung der beiden Aggregate zugrunde gelegt werden, zueinander passen. Denn Unterschiede in den fachlichen, örtlichen und zeitlichen Abgrenzungen bei den verwendeten Statistiken können zu fehlerhaften Relationen der Aggregate zueinander führen und gleichzeitig die Höhe der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beeinflussen. Die Bedingung gleicher statistischer Quellen konnte nur beim Verarbeitenden Gewerbe, teilweise beim Baugewerbe und natürlich wegen der Identität beider Aggregate in den Sektoren Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck erfüllt werden. In den übrigen Bereichen wird bei den Wertschöpfungsberechnungen normalerweise nicht wie bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssummen mit der Arbeitsstättenzählung bzw. der Landwirtschaftszählung gearbeitet.

Gleiche statistische Quellen zur Ermittlung von Einkommen und Wertschöpfung nur bei einem Teil der Wirtschaftsbereiche

Die Ergebnisse der Bruttolohn- und -gehaltssummen werden für die Bundesländer in der tiefsten Wirtschaftsbereichsgliederung (49 Bereiche) berechnet, in der auch die Bundeswerte zur Verfügung stehen. Dadurch können die Länderergebnisse optimal an die Bundeswerte angepaßt werden. Zur Veröffentlichung oder zur Weitergabe an die Datenkonsumenten werden die Ergebnisse für die Wirtschaftsbereiche aus Genauigkeitsgründen zusammengefaßt. Die Freigabetiefe ist auf diejenige der Bruttowertschöpfung abgestimmt. Danach werden die Bruttolohn- und -gehaltssummen und die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der

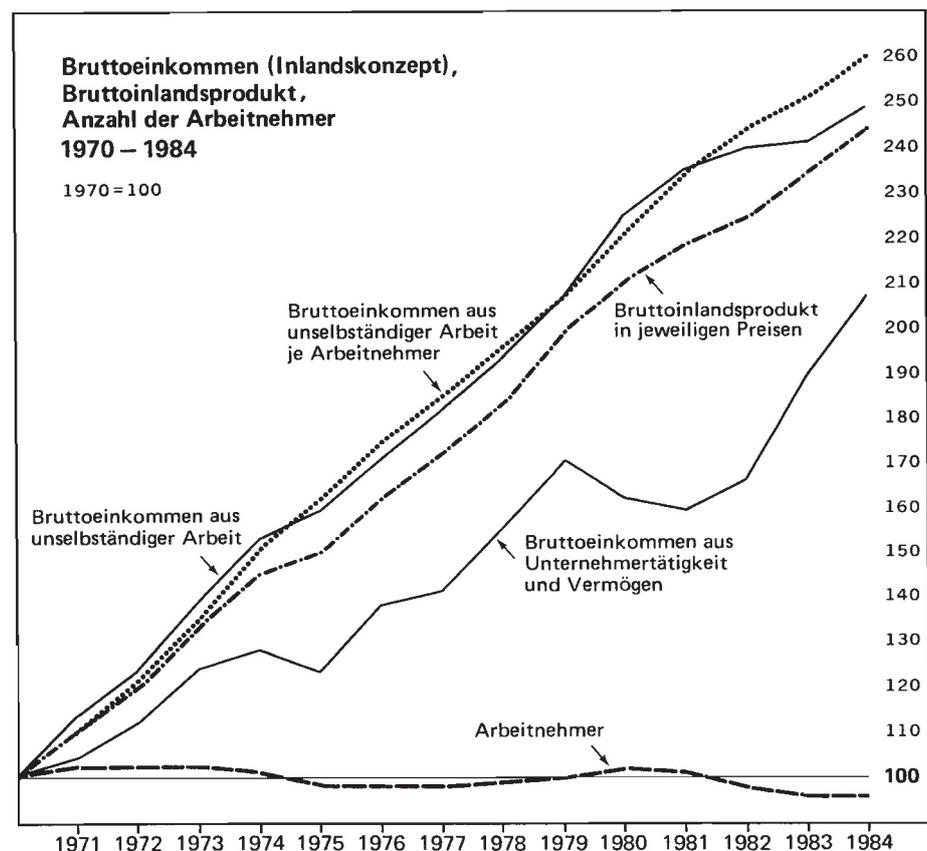
Regel für alle Länder nach zehn, für einzelne Länder auch nach noch mehr Wirtschaftsbereichen⁴⁾ freigegeben.

Entwicklungstendenzen in Nordrhein-Westfalen

Das Schaubild zeigt, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erheblich konjunktur reagibler sind als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Besonders starke Ausschläge bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zeigen sich in den Rezessionsjahren 1975 und 1980/81, in denen diese Einkommen im Vergleich mit dem jeweiligen Vorjahr sogar schrumpften, sowie in den Aufschwungphasen in den Jahren 1978/79 und 1983/84.

Einfluß der Entwicklung von Arbeitnehmerzahl und Durchschnittseinkommen auf die Zunahme der Gesamteinkommen

Die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist demgegenüber eng an das nominale wirtschaftliche Wachstum gekoppelt. Die Entwicklung dieser Einkommen hängt zum einen von den Einflüssen ab, die auf die Löhne und Gehälter der einzelnen Arbeitnehmer einwirken – wie z. B. tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen, Überstunden, Kurzarbeit usw. –, zum anderen von der Veränderung der Anzahl der Arbeitnehmer, die am Produktionsprozeß beteiligt waren und dafür entlohnt worden sind. Der Einfluß der Arbeitnehmerzahl ist jedoch von untergeordneter Bedeutung; im hohen Maße werden die Gesamteinkommen aus unselbständiger Arbeit durch die Entwicklung der Durchschnittseinkommen bestimmt. Dies geht im Schaubild aus den weitgehend übereinstimmenden Kurvenverläufen beider Größen hervor. Aber auch der Einfluß der Arbeitnehmerzahl, bei der sich seit 1970 ein leicht abwärts gerichteter Trend abgezeichnet hat, wird deutlich.



So hatte in den Jahren 1970/71 und 1979/80 die Zunahme der Beschäftigung eine merkbar expansive Wirkung auf das Gesamteinkommen. Erkennbar ist dies dadurch, daß in den genannten Jahren die Steigerungsrate der Gesamteinkommen aus unselbständiger Arbeit größer war als diejenige der Einkommen je Arbeitnehmer. Umgekehrt hatte die abnehmende Beschäftigung in den Jahren

4) In dem funktional abgegrenzten Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung fallen keine Lohn- und Gehaltssummen wie auch keine Arbeitnehmer- und Erwerbstätigenzahlen an.

1974/75, 1981/82 und 1982/83 einen sichtlich dämpfenden Effekt auf die Entwicklung der Gesamteinkommen aus unselbständiger Arbeit. Im Jahre 1983 z. B. gingen die Arbeitnehmerzahlen trotz des beginnenden Aufschwungs noch zurück. Dadurch stiegen die Bruttoeinkommen nur geringfügig um 0,6 % an bei einer Erhöhung des nominalen Bruttoinlandsprodukts um 4,2 %. Wenn der Einfluß der Arbeitnehmerzahl ausgeschaltet wird, ergibt sich eine Steigerung der durchschnittlichen Einkommen je Arbeitnehmer um 3,2 %. Sie liegt damit erheblich näher an der Steigerungsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts als diejenige der Gesamteinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Setzt man die im Inland entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu den Gesamteinkommen oder – was dasselbe ist – zur Nettowertschöpfung zu Faktorkosten (Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen und indirekte Steuern und zuzüglich Subventionen) in Beziehung, dann ergibt sich eine Gliederungszahl, die im folgenden als „Lohnanteil“ bezeichnet wird. Hiervon zu unterscheiden ist die „Lohnquote“, ein Begriff, der üblicherweise im Zusammenhang mit der funktionellen Einkommensverteilung verwendet wird. Die Lohnquote ist definiert als „Anteil der den Inländern zugeflossenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen“. Der Lohnanteil dagegen gibt an, welcher Teil der erwirtschafteten Leistung der Entlohnung der unselbständigen Arbeit dient bzw. welche Bedeutung die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit innerhalb der durch die Produktion entstandenen Gesamteinkommen haben.

Lohnanteil, Lohnquote

Lohnanteil, Arbeitnehmeranteil und Lohnstückkosten (Inlandskonzept)					
Jahr	Lohnanteil ¹⁾	Bereinigter Lohnanteil ²⁾	Lohnstückkosten ³⁾	Bereinigte Lohnstückkosten ²⁾	Arbeitnehmeranteil ⁴⁾
	%		1970 = 100		%
1970	68,5	68,5	100	100	88,0
1971	70,2	69,7	110	110	88,6
1972	70,5	69,9	117	116	88,8
1973	70,9	70,1	125	124	89,0
1974	72,2	71,5	138	136	88,9
1975	73,8	73,0	146	145	89,0
1976	72,9	71,8	150	148	89,3
1977	73,7	72,3	156	153	89,7
1978	73,0	71,5	162	158	89,9
1979	72,5	70,9	167	163	90,0
1980	75,1	73,2	180	175	90,3
1981	76,2	74,3	189	184	90,3
1982	75,8	74,0	195	190	90,1
1983	73,4	71,8	195	191	89,9
1984	72,3	70,8	196	192	89,9

1) Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit an der Nettowertschöpfung – 2) bereinigt um Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur-Konstante Erwerbstätigenstruktur des Jahres 1970 – 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 – 4) Anteil der Arbeitnehmer im Inland an den Erwerbstätigen

Ausgehend vom Jahre 1970, in dem der Lohnanteil 68,5 % betrug, stieg der Anteil bis auf 75 % bzw. 76 % in den Rezessionsjahren 1980 bis 1982 und ging in den beiden Folgejahren wieder bis auf 72 % zurück. Aus dem ansteigenden Trend der Lohnanteile drängt sich der Schluß auf, daß sich die Einkommensposition der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmer- und Vermögenseinkommen im Laufe der Jahre verbessert hat. Dies kann jedoch lediglich durch Strukturverschiebungen innerhalb des Faktors Arbeit verursacht sein, nämlich dadurch, daß zunehmend Erwerbstätige aus einer unternehmerischen Tätigkeit in eine abhängige Beschäftigung überwechseln. Eine solche – allerdings nicht sehr starke – Strukturveränderung kommt tatsächlich in der Entwicklung des Anteils der Arbeitnehmer im Inland an den Erwerbstätigen zum Ausdruck (s. Tabelle). Der höchste Arbeitnehmeranteil zeigt sich in den Jahren 1980 bis 1982 als Folge der rezessionsbedingt hohen Insolvenzen bei den Unternehmen. Er korrespondiert mit entsprechend hohen Lohnanteilen. Um die Entwicklung des Lohnanteils auch ohne den Einfluß der Änderungen der Beschäftigtenstruktur betrachten zu können, ist es üblich, den Lohnanteil – wie auch die o. a. Lohnquote – zu bereinigen, indem die Beschäftigtenstruktur eines bestimmten Ausgangsjahres (in der Tabelle: 1970) rechnerisch konstant gehalten wird:

Bereinigung des Lohnanteils zur Ausschaltung von Verschiebungen zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung

$$\text{Bereinigter Lohnanteil des Berichtsjahres} = \frac{\text{tatsächlicher Lohnanteil des Berichtsjahres} \cdot \text{Arbeitnehmeranteil des Ausgangsjahres}}{\text{Arbeitnehmeranteil des Berichtsjahres}}$$

Entsprechend den leicht steigenden Arbeitnehmeranteilen führt die Bereinigung zu etwas niedrigeren Lohnanteilen. Trotz der Bereinigung bleibt ein – wenn auch relativ geringer – trendmäßiger Anstieg der Lohnanteile erhalten. Auch die konjunkturellen Schwankungen spiegeln sich in der bereinigten Reihe wider. Damit bestätigt sich die o. a. Folgerung einer verbesserten Einkommensposition der Arbeitnehmer.

Der gesamtwirtschaftliche Lohnanteil setzt sich aus den Lohnanteilen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammen, gewichtet mit den Anteilen der Wirtschaftsbereiche an der Nettowertschöpfung. Die Lohnanteile wie auch die Anteile an der Nettowertschöpfung haben sich in den Wirtschaftsbereichen in den vergangenen Jahren unterschiedlich entwickelt. Innerhalb jeweils eines Wirtschaftsbereichs war ihre Entwicklung häufig gegenläufig; d. h. es ergab sich ein steigender Lohnanteil bei abnehmendem Gewicht des Wirtschaftsbereichs (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe) oder umgekehrt (z. B. Kredit- und Versicherungsunternehmen).

Einfluß der Änderung der Wirtschaftsstruktur auf die Entwicklung des Lohnanteils

Welchen Einfluß allein die Änderung der Wirtschaftsstruktur auf den Gesamtlohnanteil hat, kann man feststellen, wenn man fiktiv die Lohnanteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Zeitablauf konstant hält und nur die Veränderung der Anteile an der Nettowertschöpfung berücksichtigt⁵⁾. Dabei ist es sinnvoll, nur den Unternehmenssektor zu betrachten, weil bei den Sektoren Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck der Lohnanteil immer 100 Prozent beträgt. Hält man die Lohnanteile des Jahres 1970 konstant und gewichtet sie mit den Strukturanteilen des Jahres 1983 nach 8 Wirtschaftsbereichen (Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsunternehmen, Sonstige Dienstleistungen), dann ergibt sich als Summe über die genannten Wirtschaftsbereiche für 1983 ein fiktiver Gesamtlohnanteil von 62,9 % für den Unternehmenssektor. Da der Gesamtlohnanteil für das Jahr 1970 64,7 % ausmacht, wäre der Lohnanteil zwischen 1970 und 1983 um knapp 3 % gesunken, wenn sich nur die Wirtschaftsstruktur und nicht die Lohnanteile der Bereiche geändert hätten. Ausschlaggebend für diesen negativen „Wirtschaftsstruktureffekt“ war der starke Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes.

Wirtschaftsstrukturbereinigter Lohnanteil

Analog zum Struktureffekt können auch die Auswirkungen einer alleinigen Änderung bei den Lohnanteilen der Wirtschaftsbereiche isoliert werden, wobei eine gleichbleibende Wirtschaftsstruktur vorausgesetzt wird. Dazu müssen die Lohnanteile der Bereiche für das Jahr 1983 mit den Strukturanteilen des Basisjahres 1970 gewichtet werden. Der so berechnete „wirtschaftsstrukturbereinigte“ Lohnanteil 1983 beläuft sich für den Unternehmenssektor auf 70,4 %. Das ist ein um fast 9 % höherer Lohnanteil als im Jahre 1970. Er ist zudem erheblich höher als derjenige, der sich tatsächlich im Jahre 1983 eingestellt hat (67,3 %).

Lohnkosten je Produkteinheit (Lohnstückkosten)

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stellen einen der wichtigsten Kostenfaktoren dar. Um Informationen über die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten je Produkteinheit, kurz „Lohnstückkosten“, zu erhalten, werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit zum realen Bruttoinlandsprodukt in Beziehung gesetzt, da das Bruttoinlandsprodukt Ausdruck der in der Periode neu geschaffenen Sachgüter und Dienstleistungen ist. Bei dem realen Bruttoinlandsprodukt handelt es sich jedoch nicht um physische Einheiten der Produktion, wie die Bezeichnung vermuten läßt. Der Mengeneinfluß auf das Bruttoinlandsprodukt wird vielmehr dadurch erfaßt, daß die Gütermengen eines Berichtsjahres mit den Preisen eines bestimmten konstant gehaltenen Basisjahres bewertet werden. Es handelt sich somit um ein Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen und daher um eine Wertgröße. Indem es nun als mengenmäßige Bezugsgröße für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit herangezogen wird, wird von der Fiktion ausgegangen, daß 1 DM des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen einer Mengeneinheit entspricht.

Bei der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen ist zu bedenken, daß der Genauigkeitsgrad der Ergebnisse in einigen Wirtschaftsbereichen durch Probleme bei der Preisbereinigung eingeschränkt wird. So ist es z. B. in einer Reihe von Dienstleistungsbereichen kaum möglich, die nominellen Werte in eine Preis- und eine Mengeneinheit zu zerlegen. Außerdem gibt der Staat seine Leistungen zum größten Teil unentgeltlich ab, so daß in diesem Sektor gar keine

⁵⁾ Vgl. H.-J. Treckl, a. a. O., S. 79 f.

Marktpreise existieren. Darüber hinaus enthält das reale Bruttoinlandsprodukt noch die indirekten Steuern und die Abschreibungen. Da die indirekten Steuern (abzgl. Subventionen) bei den Unternehmen als durchlaufende Posten angesehen werden können und die Abschreibungen das Äquivalent für den durch den Produktionsprozeß bedingten Wertverzehr des Sachvermögens darstellen, wäre das um die genannten Größen verminderte reale Bruttoinlandsprodukt, das reale Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, die geeignetere Bezugsgröße. Die Berechnung des realen Nettoinlandsprodukts scheitert jedoch daran, daß dann in großem Umfang reine Geldströme, denen keine Güterströme gegenüberstehen, preisbereinigt werden müßten.

**Reales Nettoinlandsprodukt
grundsätzlich besser als
Bezugsgröße zur Berechnung
der Lohnstückkosten geeignet**

Die Kennzahl „Lohnkosten je Produkteinheit“ wird u. a. als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im nationalen wie auch im internationalen Vergleich verwendet. Sie gibt auch Aufschluß darüber, wie sich die Belastung der Produktion durch die Lohnkosten im Zeitablauf verändert hat.

Ebenso wie die o. g. Lohnanteile können auch die Lohnstückkosten um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigen bereinigt werden. Bereinigte Lohnkosten je Produkteinheit legt z. B. der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ den Darstellungen in seinen Jahresgutachten zugrunde.

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Belastung der Produktion durch die Lohnkosten stark zugenommen hat. Im Laufe von 14 Jahren hat sie sich etwa verdoppelt. Daran ändert sich auch kaum etwas, wenn man die Erwerbstätigenstruktur des Jahres 1970 konstant hält.

Schlußbemerkung

Die Ausführungen haben gezeigt, daß bei der Berechnung der Aggregate zur Einkommensentstehung erhebliche datenmäßige Lücken bestehen. Zum einen steht kein geeignetes Datenmaterial zur Verfügung, um die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von der Entstehungsseite her zu berechnen. Daher müssen die Werte für dieses Aggregat als Differenz aus der Nettowertschöpfung und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abgeleitet werden – unter Inkaufnahme aller Fehlermöglichkeiten, die auf diese Differenz einwirken können. Zum anderen werden die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, das Bindeglied zwischen den Bruttolohn- und -gehaltssummen und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, bisher in den Berechnungen für die Bundesländer nicht durch statistische Daten abgedeckt. Hier wird der Bundeswert der Sozialbeiträge auf die Länder gemäß ihren Anteilen an den Bruttolohn- und -gehaltssummen aufgeteilt.

**Datenlücken bei der Berechnung der
Einkommensaggregate**

Nur die Bruttolohn- und -gehaltssummen, die allerdings über 50 % der gesamten Erwerbs- und Vermögenseinkommen ausmachen, werden „originär“ berechnet. Zur Berechnungsqualität der Ergebnisse läßt sich sagen, daß mit dem vergleichsweise geringsten Fehlerspielraum bei denjenigen Wirtschaftsbereichen gerechnet werden kann, denen laufende Erhebungen zugrundeliegen, wie beim Verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe und beim Staat. In diesen Wirtschaftsbereichen werden auch weitgehend dieselben statistischen Quellen verwendet wie bei den Wertschöpfungsberechnungen für diese Bereiche. Bei den übrigen Wirtschaftsbereichen werden die Zahlen durch Fortschreibung von Großzählungsergebnissen ermittelt, wobei – bis auf die Landwirtschaft – das Jahr 1970 Basis ist. Hier besteht ein dringender Bedarf an neueren Informationen. Zur Verbesserung der Berechnungen in diesen Wirtschaftsbereichen sollte auch geprüft werden, inwieweit die laufende Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit herangezogen werden kann.

**Dringender Bedarf an neueren
Informationen**

Wichtige Kennzahlen im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentstehung sind der Lohnanteil (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Verhältnis zur Nettowertschöpfung) sowie die Lohnkosten je Produkteinheit (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Verhältnis zum realen Bruttoinlandsprodukt). Es wurde deutlich, daß die Bereinigung der Zahlen um Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur in Nordrhein-Westfalen keine wesentlichen Auswirkungen auf die Entwicklung der Kennzahlen hat, weil in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren nur in geringem Umfang Verschiebungen zwischen den Arbeitnehmer- und Selbständigenanteilen stattgefunden haben. Im übrigen handelt es sich bei den beiden Kennzahlen um relativ globale Größen. Sie

sagen z. B. nichts darüber aus, ob die festgestellten Steigerungen des Lohnanteils und der Lohnstückkosten auf eine bessere Qualifikation der Arbeitnehmer oder eine Erhöhung der Einkommen bei gleichbleibender Qualifikation zurückzuführen ist. Die Zahlen sind von allem für eine erste Orientierung brauchbar. Um Ursachen und Zusammenhänge zu untersuchen, bedarf es tiefergehender Informationen.

Dipl.-Volksw. Arend Steenken

Zur Entwicklung des Energieverbrauchs im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe seit 1960

Rückläufiger
Primärenergieverbrauch

Die drastischen Preissteigerungen auf dem internationalen Mineralölmarkt in den Jahren 1973/74 sowie 1979/80 verursachten zusätzlich auch erhebliche Verteuerungen anderer Primärenergieträger. Dadurch wiederum wurden vielfältige Maßnahmen zur Energieeinsparung ausgelöst, welche besonders nach dem zweiten Ölpreisschock auch in Nordrhein-Westfalen den Primärenergieverbrauch deutlich absinken ließen. Dieser Rückgang resultierte allerdings nicht nur aus der Senkung des spezifischen Verbrauchs, sondern auch aus den konjunkturell bedingten Produktionseinbußen der Jahre 1980 bis 1982. Gleichzeitig bildeten sich seit Anfang der achtziger Jahre auf den internationalen Energiemärkten massive Überkapazitäten heraus, die wieder zu starken realen Energiepreiserückgängen führten. Derzeit wird vor allem kontrovers darüber diskutiert, inwieweit strukturelle Veränderungen in Form veränderter Energieintensitäten und reduzierter Wirtschaftswachstumspotentiale maßgeblich sind¹⁾ oder in welchem Ausmaß und in welche Richtung sich Akzeptanzkrisen einzelner Energieträger auswirken.

Ohne den Einsatz von Energie ist weder ein ökonomischer Fortschritt noch eine Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung möglich. Denn ohne Energie läßt sich die Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen nicht aufrechterhalten, wie auch energetische Dienstleistungen mit steigendem Lebensstandard unmittelbar konsumtiv in Anspruch genommen werden. Aus diesem Grunde spielt die preisgünstige und sichere Energieversorgung eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen²⁾. Die Bereitstellung ausreichender und preiswerter Energie ist dabei für die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, für die Gewinnung und Umwandlung von Rohstoffen und für die An- und Umsiedlung von Unternehmen genauso wichtig wie für die Aufrechterhaltung des gesamten technisch-wissenschaftlichen Prozesses in der Produktion und der Verteilung von Energie überhaupt³⁾. Die Energiepolitik muß deshalb weiterhin an ihren bisherigen Hauptzielen ausgerichtet bleiben:

- Energieeinsparung und rationelle Energienutzung,
- Verringerung von Abhängigkeiten durch Verbreiterung der Energieversorgungsbasis, d. h. Diversifizierung nach Energieträgern und Herkunftsgebieten, und
- Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen⁴⁾.

Darstellungsgrundlagen

Die anhaltende Energiediskussion verlangt in unverändertem Maße statistische Daten⁵⁾. Denn der Verfall der Rohölpreise in der jüngsten Vergangenheit wie auch die Versorgungsgengpässe nach den beiden Ölkrisen machten deutlich, daß für

1) Vgl. Heinz Schürmann, Neuorientierung in der Weltenergieversorgung, in: Glückauf, Nr. 8, 1985, S. 629 ff.

2) Vgl. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Landesentwicklungsbericht 1984, Düsseldorf 1985, S. 93 ff.

3) Vgl. Hans Heinrich Koch/Hans-Peter Steinmetz, Energieoptionen für die nächsten 20 Jahre, in: der Arbeitgeber, Nr. 19, 1982, S. 1065 ff.

4) Vgl. Internationale Energieagentur, Prüfung der Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland durch die IEA-1986, Bonn 1986.

5) Vgl. dazu: o. V., Zur Entwicklung des Kohle-, Öl- und Gaseinsatzes im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) – Wochenbericht, Nr. 23, 1984, S. 271 ff.; Hermann Egge, Energieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes im Strukturwandel, in: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 7, 1984, S. 122 ff.

energiepolitische Entscheidungen quantitative Daten über die einzelnen Energieträger unentbehrlich sind. Die hier nachgewiesenen Ergebnisse beruhen auf der Monatsberichterstattung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe über den mengenmäßigen Verbrauch von Kohle, Heizöl, Gas und Strom. Für die Jahre von 1960 bis 1976 beziehen sich die Daten auf die verarbeitende Industrie in Nordrhein-Westfalen. Seit der Umstellung auf die Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Sypro), werden die Ergebnisse der amtlichen Statistik über den Energieverbrauch ausgewiesen für das verarbeitende Gewerbe einschließlich Handwerk von Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. Zu berücksichtigen ist dabei, daß diese Verbrauchsangaben nicht unterscheiden zwischen energetischer und nicht-energetischer Verwendung, d. h. ihrer Verwendung als Endenergie bzw. als Rohstoff.

Monatsberichterstattung

Zur Ermittlung des Gesamtverbrauchs an Energie ist es erforderlich, die in ihren natürlichen Mengen erhobenen Energieträger auf ein einheitliches, ihrem Wärmehalt entsprechendes Niveau umzurechnen. Auf diese Weise können die bei der Produktion eingesetzten Mengen der einzelnen Energieträger miteinander verglichen werden. Als Standardmaß wird dabei das Wärmeäquivalent der Steinkohle zugrundegelegt und der Verbrauch in Steinkohleeinheiten (t SKE) dargestellt⁶⁾.

Steinkohleeinheiten

Langfristige Entwicklung

Der absolute Verbrauch des nordrhein-westfälischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes an Kohle, Öl, Gas und Strom erhöhte sich von 64,3 Mill. t SKE im Jahre 1960 auf einen Höchstwert von jeweils 70,2 Mill. t SKE im Jahre 1970 und 1974. Seither nahm der Energieeinsatz aber wieder ab und erreichte 1983 mit 51,6 Mill. t SKE seinen bislang tiefsten Stand. Für 1985, dem letzten Jahr des Beobachtungszeitraumes, wurde ein Gesamtverbrauch von 52,2 Mill. t SKE ausgewiesen. Der Einsatz der erfaßten Energieträger reduzierte sich damit im Verlaufe von 25 Jahren um fast ein Fünftel (-18,8 %). Die tabellarische Darstellung läßt allerdings deutlich erkennen, daß diese Entwicklung sich keineswegs kontinuierlich vollzog. Nach einem schwachen Rückgang in den frühen sechziger Jahren zog der Verbrauch in der Mitte dieses Jahrzehnts deutlich an, um dann in der zweiten Hälfte wieder abzufallen. Die späten sechziger Jahre wiesen erneut positive Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr auf und 1970 wurde erstmals die 70 Mill.-Grenze überschritten. Zwar stellten sich dann wieder rückläufige Verbräuche ein, jedoch verharrten diese auf einem gegenüber früher höheren Niveau. Zum Zeitpunkt der ersten Ölkrise 1973/74 wurde der absolut höchste Verbrauch ermittelt, dem jedoch 1975 der absolut (-10,6 Mill. t SKE) wie auch relativ (-15,2 %) höchste Fall nachfolgte. Für dieses Jahr wurde erstmals in der gesamten Beobachtungsperiode ein unter 60 Mill. t SKE liegender Verbrauchswert berechnet. Zwar erhöhte sich der Energieeinsatz bis zur zweiten Ölkrise 1978/79 noch einmal. Er blieb mit 63,0 Mill. t SKE jedoch weit hinter dem 1974 erreichten Ergebnis zurück. Generell wirkte sich die zweite Ölkrise nachhaltiger auf den Energieverbrauch aus, denn in den nächsten drei Jahren bewegten sich die Abnahmeraten zwischen 4,4 und 6,8 %. Auch für 1983 stellte sich noch ein Rückgang um 1,3 % ein. Die 1984 festgestellte Steigerung auf 53,3 Mill. t SKE setzte sich 1985 nicht fort, sondern ihr folgte unmittelbar eine erneute Reduzierung um 2,0 %.

Tabellenteil: 1

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens nach dem Zweiten Weltkrieg spiegelt sich auch im Energiesektor wider. Sie ist hier gekennzeichnet durch einen stürmischen Substitutionsprozeß, der ganz eindeutig zu Lasten der Kohle ging. Dagegen erfuhren die Energieträger Heizöl, Gas und Strom beachtliche Zuwachsraten, welche allerdings vom Rückgang der Kohle überkompensiert wurden, so daß sich insgesamt gesehen die bereits erwähnte Verringerung des Energieverbrauchs einstellte. Im Zeitraum von 1960 bis 1985 sank der Kohleverbrauch um fast die Hälfte (-46,8 %) auf 26,3 Mill. t SKE. Diese Verminderung ergab sich jedoch nicht gleichmäßig, sondern die zeitliche Entwicklung läßt erkennen, daß Jahren mit nahezu konstantem Kohleverbrauch (1963 - 4, 1968 - 9, 1970 - 1, 1975 - 6, 1979 - 81) solche mit außerordentlich hohen Verbrauchseinschränkungen nachfolgten (1965, 1972, 1977, 1982). Der höchste Negativwert im Vorjahresvergleich wurde mit -25,0 % für 1975 errechnet. In diesem der ersten Ölkrise

Substitution der Kohle

⁶⁾ Die Umrechnung erfolgt nach folgendem Schlüssel: Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Rohbraunkohle = 0,27; Braunkohlenbriketts und Braunkohlenkoks = 0,69; leichtes Heizöl = 1,46; schweres Heizöl = 1,4; 1 000 kWh Strom = 0,123; 1 000 Nm³ Gas = 1,2.

Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1960 bis 1985 (1 000 t SKE)						
Energieträger	1960	1965	1970	1975	1980	1985
Kohle	49 535	43 050	38 209	25 936	27 540	26 335
Heizöl	4 675	11 520	16 232	12 839	9 896	6 678
Gas	8 916	9 231	14 051	16 764	17 988	13 641
Strom	1 160	1 340	1 684	4 021	4 758	5 577
Insgesamt¹⁾	64 286	65 141	70 176	59 560	60 182	52 231

1) ohne Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

nachfolgenden Jahr erfuhren jedoch mit Ausnahme des Stroms alle Energieträger eine Verbrauchseinschränkung. Erwähnenswert, aber nicht unbedingt überraschend ist, daß sich jeweils in den Jahren der beiden Ölkrisen der Kohleverbrauch gegenüber dem Vorjahr erhöhte. Auch 1984 erhöhte sich die Kohle wieder auf einen Wert von 26,9 Mill. t SKE, konnte dieses Ergebnis aber bereits 1985 (-2,2 %) schon nicht mehr halten.

Ganz anders vollzog sich die Entwicklung beim Heizöl. Gegenüber einem Verbrauch von 4,7 Mill. t SKE zum Beginn der Beobachtungsperiode erreicht dieser an deren Ende im Jahre 1985 einen Wert von 6,7 Mill. t SKE und mithin eine Steigerung um 42,8 %. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die jüngsten Ergebnisse sich auf nicht einmal mehr die Hälfte der zu Beginn der siebziger Jahre erreichten Mengen belaufen. Denn bis 1973 waren fast ausnahmslos beträchtliche Zuwächse zu verzeichnen, so daß der Heizölverbrauch in diesem Jahr auf 16,8 Mill. t SKE anwuchs. Die beiden später nachfolgenden Krisen im Ölsektor bewirkten allerdings wieder kräftige Einschnitte mit jeweils zweistelligen Abnahmeraten in den Jahren 1975 bzw. 1980 – 1981. Unterscheidet man nach leichtem und schwerem Heizöl, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Während sich beim ersteren der Verbrauch im Zeitablauf um 175,7 % auf 1,8 Mill. t SKE erhöhte, betrug der relative Zuwachs beim schweren Heizöl nur noch 21,6 %, was mengenmäßig ausgedrückt aber immerhin einen Verbrauch von 4,9 Mill. t SKE im Jahre 1985 bedeutete. Gegenüber dem Sechsfachen zu Beginn der Beobachtungsperiode nahm damit der Verbrauch des schweren Heizöls gegenüber demjenigen von leichtem Heizöl auf weniger als das Dreifache im Jahre 1985 ab. Beiden Ölsorten ist gemeinsam, daß sich ihr jährlicher Verbrauch von 1960 bis 1973 – abgesehen von jeweils einer Ausnahme – ständig steigerte, während er in den anschließenden Jahren meistens rückläufig war. Überwiegend waren dabei in den einzelnen Beobachtungsjahren bei Zuwächsen wie auch bei Abnahmen die positiven oder negativen Veränderungsrate des leichten Heizöls größer.

Seit 1973 Wende im Ölverbrauch

Der Gasverbrauch wuchs in den 26 Beobachtungsjahren von 8,9 auf 13,6 Mill. t SKE (+53,0 %). Ebenso wie beim Heizöl wurde hier jedoch zwischenzeitlich ein beträchtlich höherer mengenmäßiger Verbrauch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre registriert, wobei das Maximum mit 18,9 Mill. t SKE in das Jahr 1977 fiel. Ein ähnlich hoher Wert wurde nochmals für 1979 berechnet.

Eine im Vergleich zu den übrigen Energieträgern ganz andere Entwicklung vollzog sich beim Stromverbrauch. Er erhöhte sich im Zeitablauf um fast das Vierfache und gelangte damit auf eine Zuwachsrate von 380,8 % gegenüber 1960. Mengenmäßig bedeutete das für das Jahr 1985 einen Verbrauch von 5,6 Mill. t SKE. Anders als bei Kohle, Öl und Gas fiel also der Spitzenverbrauch an das Ende der Beobachtungsperiode. Auch die ölkrisenbedingten Verbrauchseinschränkungen trafen nicht den Strom. Im Gegenteil stieg der Elektrizitätsverbrauch 1975 gegenüber 1974 um 14,5 %, und 1980 kam der entsprechende Wert noch auf 2,5 %. In diesen beiden Jahren verzeichneten demgegenüber die restlichen Energieträger negative Veränderungen. Diese Ergebnisse scheinen die Aussage zu bestätigen, daß es sich beim Strom um eine „Edelenergie“ handelt. Denn er ist vielseitig anwendbar, läßt sich einfach handhaben und zeichnet sich durch hohe Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit bei der Bereitstellung sowie Umweltfreundlichkeit am Anwendungsort aus. Diese natürlichen Eigenschaften des Stromes verschaffen ihm mit zunehmender technischer Qualität des jeweiligen Anwendungsgebietes – wie beispielsweise Informationsübertragung und Informationsverarbeitung, Beleuchtung oder stationäre Antriebe von Maschinen – eine günstigere Ausgangsposition auf dem Energiemarkt als den anderen Energieträgern. Denn Kohle, Öl oder Gas sind in diesen Anwendungsgebieten entweder überhaupt nicht einsetzbar oder von den

„Edelenergie“ Strom

Gebrauchseigenschaften her unterlegen. Aus dieser Sicht kann selbst bei einem relativ steigenden Strompreis die Verwendung von Elektrizität konkurrenzfähig bleiben.

Verbrauchsstruktur

Die zeitliche Entwicklung des Verbrauchs von Kohle, Öl, Gas oder Strom fand ihren Niederschlag auch in der Verbrauchsstruktur, die sich nämlich grundlegend änderte. Noch 1960 wurden mehr als drei Viertel (77,0 %) des Energieverbrauchs im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe durch den Einsatz von Kohle befriedigt. Im Jahre 1985 gelangte die Kohle nur noch auf einen Anteil von etwas mehr als der Hälfte (50,4 %). Zwischenzeitlich war die Kohle sogar auf 40,4 % abgesunken. Stein- und Braunkohle werden wohl bei der Deckung des zukünftigen Energiebedarfs der Industrie eine Hauptrolle spielen müssen. Denn in kritischen Phasen hat sich der Bergbau immer wieder als ein wesentlicher Faktor bei der Sicherung der Energieversorgung erwiesen. Deshalb wurde in den letzten Jahren durch eine Reihe flankierender energiepolitischer Maßnahmen sichergestellt, daß die heimische Steinkohle – ungeachtet ihrer Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischer Kohle – mit einem angemessenen Anteil zur Energieversorgung beiträgt. Zu nennen sind hier insbesondere der Jahrhundertvertrag und der Hüttenvertrag. Bei ersterem handelt es sich um eine Vereinbarung über den Steinkohleeinsatz in Kraftwerken, wobei über den sog. Kohlepfennig, den die Stromverbraucher zu zahlen haben, eine Herabschleusung des höheren Inlandspreises von Steinkohle auf den niedrigeren Importpreis finanziert wird. Geschäftsgrundlage des Hüttenvertrages ist die Zusage der öffentlichen Hand, der Stahlindustrie den Kokskohlenbezug zu Weltmarktpreisen zu ermöglichen. Hier wird über die sog. Kokskohlebeihilfe der Preis der inländischen Kokskohle auf das Weltmarktniveau abgesenkt. Für die Energiepolitik stellt sich hier die kritische Frage, in welcher Form und in welchem Umfang finanzielle Hilfen des Staates, d. h. Subventionen, oder finanzielle Belastungen der Verbraucher für das politische Ziel einer erhöhten Versorgungssicherheit akzeptiert werden können⁷⁾.

**Jahrhundertvertrag
und Hüttenvertrag**

Energieträger	1960	1977	1985
	%		
Kohle	77,0	40,4	50,4
Heizöl	7,3	21,0	12,8
Gas	13,9	31,0	26,1
Strom	1,8	7,6	10,7
Insgesamt¹⁾	100	100	100

1) ohne Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

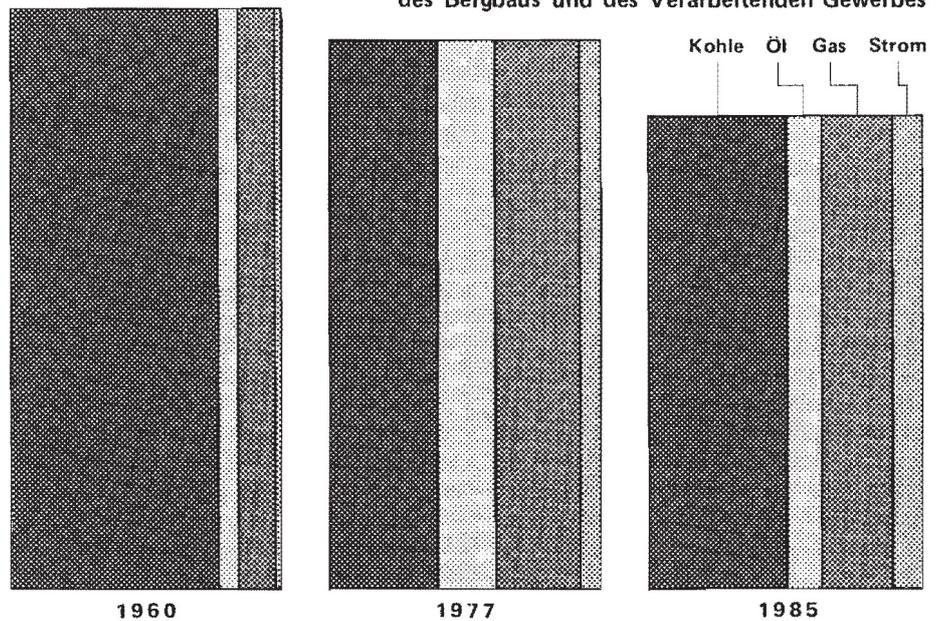
Auch der Mineralölsektor läßt die Veränderungen der Verbrauchsstruktur deutlich erkennen. Zwar lag der Anteil am mengenmäßigen Verbrauch 1985 um 5,5 Prozentpunkte höher als ein Vierteljahrhundert zuvor, aber er erreichte jetzt nur noch knapp ein Achtel des gesamten industriellen Energieverbrauchs gegenüber mehr als einem Fünftel im Jahre 1977. Der Verbrauchsrückgang der letzten Jahre ist gekennzeichnet durch einen rapiden Rückgang der Nachfrage nach den schweren Produkten auf dem Wärmemarkt und bei der Stromerzeugung und eine demgegenüber zwar auch rückläufige, aber stabilere Nachfrage nach den leichten Produkten für Transportzwecke und in der chemischen Industrie. Äußeres Zeichen dieser Entwicklung waren ein Herunterfahren der Raffineriekapazitäten und eine Erweiterung der Anlagen zur Umwandlung von schweren in leichte Produkte.

Der industrielle Gaseinsatz zeigte sich 1985 gegenüber 1960 anteilmäßig fast verdoppelt. Aber auch hier war im Vergleich zu 1977 ein Absinken des Anteils zu verzeichnen, der sich von fast einem Drittel auf ein gutes Viertel reduzierte. Eingesetzt wird das Gas überwiegend auf dem Wärmemarkt, d. h. für Heizzwecke, als Prozeßwärme sowie zur Stromerzeugung. Die gestiegene Anwendung von Gas ist teilweise logistisch bedingt. Der umfassende Ausbau der Leitungsnetze hat den Einzugsbereich der Gasversorgung wesentlich erweitert. Abgesichert durch langfristige Lieferverträge der Gasversorgungsunternehmen und weltweit beachtliche Gasvorräte steht das Gas damit unmittelbar im Betrieb zur Verfügung, so daß

**Verdoppelung des
industriellen Gaseinsatzes**

7) Näheres hierzu siehe bei Gerhard Sohn, Der deutsche Steinkohlenbergbau – strukturpolitisches Sorgenkind, in: Verwaltungsrundschau, Nr. 2, 1986, S. 46 ff.

Anteile der Energieträger am Energieverbrauch des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes



logistische Probleme der Anlieferung und Lagerung gar nicht erst entstehen können. Gas besitzt des weiteren produkt- und anwendungsspezifische Eigenschaften, die einen besonders rationellen und wirtschaftlichen Einsatz ermöglichen. Da beispielsweise Erdgas frei von Staub, Ruß und Schwefeloxiden verbrennt, reduzieren sich nicht nur die Schadstoffbelastungen der Umwelt, sondern es vermindern sich auch die finanziellen Aufwendungen für die Instandhaltung der Feuerungsanlagen und die Abgasabführung gegenüber anderen Energiearten. Auch entfallen beim Erdgaseinsatz die nicht unerheblichen Investitionskosten, die beim Einsatz anderer Energieträger getätigt werden müssen, um gesetzlichen Vorschriften wie der „Technischen Anleitung – Luft“ zu genügen.

Anstieg des industriellen Stromverbrauchs

Im Gegensatz zum sinkenden gesamten Energieverbrauch im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe stieg der industrielle Stromverbrauch kräftig. Sein Anteil erfuhr eine Anhebung von lediglich 1,8 % (1960) auf 7,6 % im Jahre 1977. Mengenmäßig war der Strom 1985 inzwischen zu einem Zehntel (10,7 %) an der Deckung des industriellen Gesamtenergieverbrauchs beteiligt. Dieser Anstieg kommt nicht überraschend, denn im technologischen Wandel und Fortschritt hat der elektrische Strom teilweise den Charakter einer „Modernisierungsenergie“ gewonnen. Erfahrungsgemäß waren die Humanisierung und Rationalisierung industrieller Prozesse, umweltschützende Maßnahmen, die rationellere Nutzung von Brennstoffen und ihre Substitution sowie die Nutzung regenerativer Energiequellen – beispielsweise durch elektrische Wärmepumpen – in der Regel mit zusätzlichem Stromverbrauch verbunden⁸⁾.

Energieverbrauchsstruktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen 1985				
Energieträger	Bundesrepublik Deutschland		Nordrhein-Westfalen	
	1 000 t SKE	%	1 000 t SKE	%
Kohle	41 206	38,5	26 335	50,4
Heizöl	18 197	17,0	6 678	12,8
Gas	32 380	30,3	13 641	26,1
Strom	15 195	14,2	5 577	10,7
Insgesamt¹⁾	106 978	100	52 231	100

1) ohne Stromerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

Die nordrhein-westfälische Energieverbrauchsstruktur weicht deutlich erkennbar von derjenigen des Bundes ab. Insgesamt gesehen entfielen auf Nordrhein-Westfalen 52,2 Mill. t SKE des Bundesbedarfs an Energie in Höhe von 107,0 Mill. t SKE. Das entsprach einem Anteil von 48,8 %. Geprägt durch Bergbau sowie Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, wurde 1985 in diesem Bundesland

8) Vgl. Wolfgang Mülkens, Energiemärkte im Wandel – Abhängigkeit sinkt, in: Der Arbeitgeber, Nr. 19, 1985, S. 729.

mehr als die Hälfte (50,4 %) des Energiebedarfs durch Kohle gedeckt, bundesweit waren es nur 38,5 %. Nordrhein-Westfalen allein umfaßte damit fast zwei Drittel (63,9 %) des gesamten Kohleverbrauchs im Bundesgebiet. Auf ähnlich hohe Werte gelangte es bei den anderen Energieträgern nicht mehr. Die Anteile am Bundesverbrauch schwankten zwischen 36,7 % (Heizöl, Strom) und 42,1 % (Gas). Bezogen auf den jeweiligen Gesamtverbrauch, resultierten daraus die auf Bundesebene höheren Anteilswerte für Gas (30,3 %), Öl (17,0 %) und Strom (14,2 %). Für Nordrhein-Westfalen beliefen sich die entsprechenden Werte auf 26,1 %, 12,8 % bzw. 10,7 %.

Verbrauch der Wirtschaftshauptgruppen

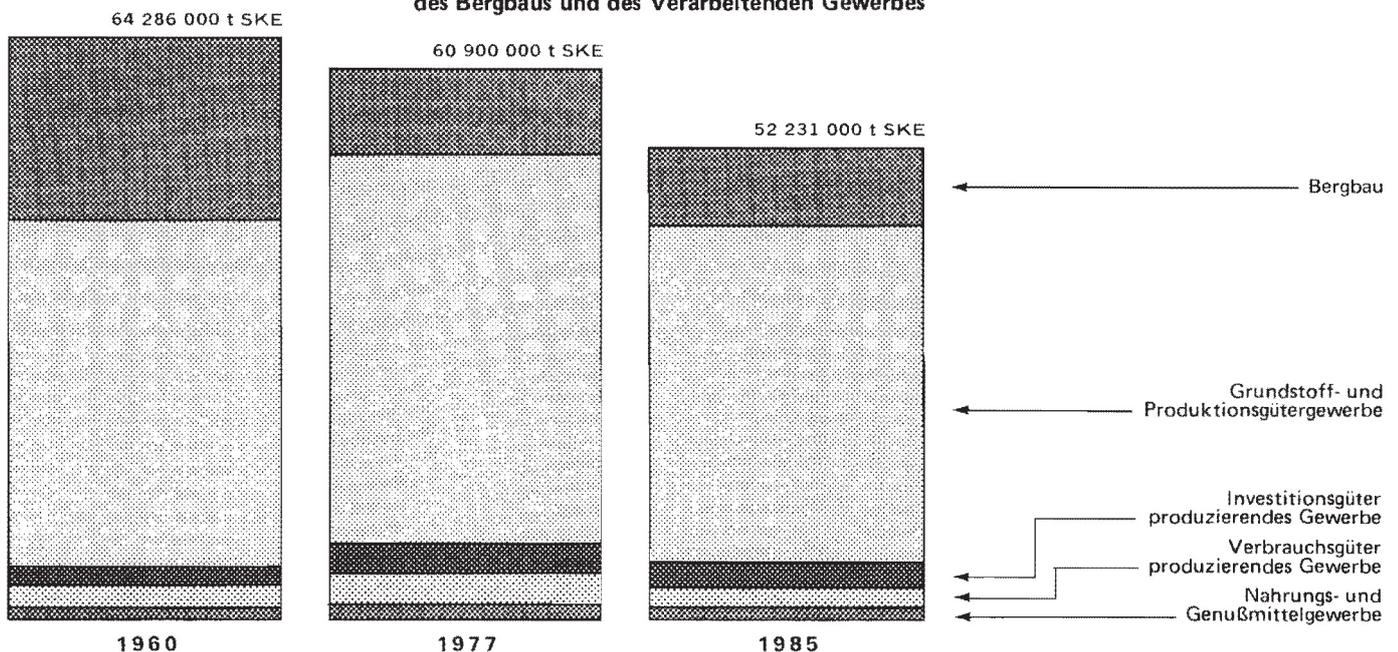
Der Verbrauch von Kohle, Öl, Gas und Strom konzentrierte sich im Zeitablauf gleichbleibend auf die Wirtschaftshauptgruppen Bergbau sowie Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, welche immer rd. neun Zehntel des gesamten Energieverbrauchs auf sich vereinten. Die getrennte Betrachtungsweise läßt jedoch deutlich werden, daß eine Umschichtung erfolgte. Im Bergbau ging der Einsatz der erfaßten Energieträger von 33,6 % (1960) auf 18,6 % (1985) zurück, wohingegen er sich im Grundstoffsektor um 12 Prozentpunkte auf 69,7 % an hob. Daneben mußten sich die anderen drei Wirtschaftshauptgruppen mit verhältnismäßig bescheidenen Anteilen begnügen, die mit 5,3 % (1960 = 3,2 %) im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe noch am höchsten lagen. Danach folgte mit 4,1 % das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, welches lediglich 1960 (3,7 %) einen höheren Wert als der Investitionsgüterbereich auswies. Die niedrigsten Werte wurden ständig für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe berechnet, welches nach 1,8 % im Jahre 1960 nur 2,3 % der Energie verbrauchte.

Tabellenteil: 2

Auf den Grundstoff- und Produktionsgütersektor entfielen 1985 71,7 % des gesamten Kohleverbrauchs (1960 = 56,9 %), 76,1 % des Verbrauchs an schwerem Heizöl (1960 = 73,1 %) sowie 68,0 % des Verbrauchs von Gas (1960 = 52,5 %). Begründen lassen sich diese hohen Anteilswerte damit, daß die Produktionsprozesse insbesondere der chemischen Industrie, der eisenschaffenden Industrie sowie der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sehr energieintensiv sind. Darüber hinaus werden Kohle, Öl und Gas in nicht unerheblichem Ausmaß auch für nichtenergetische Zwecke verwendet. Die absolute Einschränkung des Energieverbrauchs im Grundstoffsektor realisierte sich vor allem aus Einsparungen beim energetischen Einsatz der Energieträger: u. a. in der eisenschaffenden Industrie durch den Übergang vom Blockguß- zum Stranggußverfahren oder in der chemischen Industrie durch Rückgewinnung der Abwärme.

Größter Energieverbrauch im Grundstoff- und Produktionsgütersektor

Anteile der Wirtschaftshauptgruppen am Energieverbrauch des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes



Der hohe Verbrauchsanteil des Bergbaus resultierte vor allem aus dem Kohleeinsatz. Allerdings verkleinerte sich ihr Einsatz von mehr als einem Drittel (1960) auf ein gutes Viertel (1985). Nicht ganz so klein verlief die Minderung des Stromanteils von 23,0 % auf 15,2 %, während sich der Gasanteil von 36,8 % auf 13,1 % mehr als halbierte. Sowohl beim schweren als auch beim leichten Heizöl gelangte der Bergbau 1985 auf die nur geringfügigen Anteile von jeweils 1,9 %. Beim leichten Heizöl fallen die hohen Anteilswerte des Investitionsgütersektors (26,3 %) und des Verbrauchsgütersektors (11,0 %) auf. Dabei blieben die nachgewiesenen Ergebnisse noch deutlich hinter den für 1960 ermittelten (35,5 % bzw. 13,7 %) zurück. Auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erreichte bei diesem Energieträger mit 7,9 % seinen höchsten Anteilswert und übertraf damit den diesbezüglichen Anteil des Jahres 1960 (7,3 %). Beim schweren Heizöl lagen die drei letztgenannten Hauptgruppen mit ihren Anteilswerten ebenfalls ständig über dem Bergbau. Allerdings wichen die Ergebnisse insofern vom Normalverlauf ab, als sich sowohl die Reihenfolge als auch die zeitliche Entwicklung änderten. Zum einen überholte der Verbrauchsgütersektor den Investitionsgütersektor mit in jedem Jahr höheren Anteilswerten. Zum anderen zeigten sich im Zeitablauf gegenläufige Tendenzen: Der Anteil des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes stieg von 3,5 % (1960) auf 7,1 % (1985), während sich im Gegenzug bei den Verbrauchsgüterindustrien ein Abfall von 17,6 % auf 10,5 % einstellte. Da in derselben Periode der Anteil der Investitionsgüterindustrien (4,3 % bzw. 4,4 %) nahezu unverändert blieb, wurde die Schere zwischen dem Investitionsgüter und dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ständig geringer.

Energieintensität

Erfahrungsgemäß besteht zwischen der produktiven Verwendung von Energie und der Güterproduktion ein funktionaler Zusammenhang. Eine Ausweitung der Produktion ist demnach mit einer Vermehrung der produktiven Energieverwendung verbunden. Eine proportionale Kopplung der Entwicklung beider Größen ist bei einer Konstanz der Rahmenbedingungen gegeben, wenn also die Produktionsstruktur wie auch das angewendete Produktionsverfahren unverändert bleiben. Je weniger diese Voraussetzung erfüllt ist – und das ist in einer dynamischen Wirtschaft der Fall –, um so loser ist die Kopplung zwischen Produktionsmenge und gesetzter Energie. Eine Meßgröße für den Kopplungsgrad ist die sog. „Energieintensität“ der Produktion. Sie stellt das Ergebnis von Energieeinsatz und Produktionsergebnis dar. Tabellarisch läßt sich zeigen, daß die industrielle Produktion seit 1960 mit immer weniger Energie erzeugt wurde. Im Jahre 1970 verbrauchten der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe Nordrhein-Westfalens 70,2 Mill. t SKE an Energie, 1985 dagegen nur noch 52,2 Mill. t SKE. Bereinigt man diesen absoluten Energieverbrauch mit Hilfe des Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe von den Schwankungen der Güterproduktion, so zeigt die Energieintensität an, wieviel Energie für eine konstante Gütermenge aufgewendet werden mußte. Im Verlauf der fünfzehnjährigen Beobachtungsperiode sank dieser Koeffizient um 31,0 % oder mit anderen Worten: der industrielle Energieverbrauch für einen unverändert bleibenden Output betrug in Nordrhein-Westfalen 1985 nur noch gut zwei Drittel seines Wertes von 1970. Relativ gesehen wurde die Produktion also mit immer weniger Energie realisiert. Diese Einsparungen müssen dabei

Sinkende Energieintensität

Energieintensität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1960 bis 1985			
Jahr	Energieverbrauch ¹⁾	Index der Netto- produktion	Energieintensität
	1 000 t SKE	1980 = 100	Spalte 1 · 100 Spalte 2
1970	70 176	92,4	75 948
1971	69 399	93,5	74 224
1972	65 668	94,7	69 343
1973	68 946	100,8	68 399
1974	70 203	99,4	70 627
1975	59 560	90,6	65 740
1976	61 188	96,2	63 605
1977	60 900	96,1	63 371
1978	60 301	97,1	62 102
1979	62 966	101,7	61 914
1980	60 182	100	60 182
1981	56 148	97,4	57 647
1982	52 316	94,6	55 302
1983	51 640	94,0	54 936
1984	53 284	95,9	55 562
1985	52 231	99,6	52 441

1) ohne Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstige Quellen außer aus Wasserkraft

gleichermaßen Änderungen der Produktionsstruktur wie auch energiesparenden Maßnahmen zugerechnet werden. Als Ursachen müssen festgehalten werden: eine bessere Ausnutzung der eingesetzten Energieträger, infolge neuer Produktionsverfahren ein geringerer Nutzenergiebedarf sowie strukturelle Verschiebungen in der Produktion.

Verbrauch nach Branchen 1985

Die langfristige Entwicklung des Energieverbrauchs belegt, daß in der nordrhein-westfälischen Industrie beträchtliche Verbesserungen in der Energieausnutzung erzielt wurden. Teilweise geschah das bewußt, um die Energiekosten zu senken, teilweise ergaben sich die Einsparungen als Nebeneffekt technischer Neuerungen bei den Produktionsprozessen. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch den Strukturwandel hin zu den weniger energieintensiven Branchen und innerhalb der Branchen zu Produkten mit einer höheren Wertschöpfung.

Die eisenschaffende Industrie zeigte sich 1985 als die Branche mit dem höchsten absoluten Energieverbrauch. Mit ihren 16,1 Mill. t SKE umfaßte sie allein 30,8 % des gesamten industriellen Energiebedarfs, während sich aber im gesamten Verarbeitenden Gewerbe der Einsatz von Kohle, Öl, Gas und Strom seit 1977 um 14,2 % verringerte, kam dieser Rückgang in der eisenschaffenden Industrie auf 17,1 %. Hauptverbrauchsträger war bei ihr nach wie vor die Kohle mit 11,4 Mill. t SKE im Jahre 1985; ein Betrag, welcher bereits 43,2 % des industriellen Kohleneinsatzes beinhaltet, so daß auch verständlich ist, warum eine schlechte oder gute inländische Stahlkonjunktur mit den dadurch ausgelösten Verwerfungen im Produktionsvolumen auf die wirtschaftliche Situation des Bergbaus zurückwirken muß. Zweitwichtigster Energieträger für die Eisen- und Stahlindustrie war das Gas mit einer Verbrauchsmenge von 2,9 Mill. Nm³, was 25,6 % des industriellen Gasverbrauchs bedeutete. Dieser Wirtschaftszweig konnte seine Kokereigasinstallationen beim Übergang zum Erdgas weiterverwenden, so daß dem Erdgas auf diese Weise ein Kostenvorsprung gegenüber der Verwendung von Öl verschafft wurde.

Hauptenergieverbrauch in der eisenschaffenden Industrie

Energieverbrauch*) ausgewählter Wirtschaftszweige 1977 und 1985			
Sypro	1977	1985	Veränderung
	1 000 t SKE		%
Bergbau	9 620	8 635	-10,2
Mineralölverarbeitung	2 647	3 590	+35,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	3 517	2 195	-37,6
Eisenschaffende Industrie	19 421	16 095	-17,1
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzweigwerke	2 294	2 430	+ 5,9
Gießerei	918	542	-41,0
Maschinenbau	988	846	-14,4
Chemische Industrie	11 927	10 719	-10,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	1 294	732	-43,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	1 233	999	-19,0
Papier- und Pappeverarbeitung	272	336	+23,5
Ernährungsgewerbe	1 536	1 271	-17,3

*) ohne Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

Mit einem Volumen von 10,7 Mill. t SKE ist die chemische Industrie bezüglich des Energieverbrauchs zweitstärkster Wirtschaftszweig. Gegenüber 1977 betrug der Verbrauchsrückgang in ihr lediglich 10,1 %. Sie trat 1985 auf als drittgrößter Kohleabnehmer (4,6 Mill. t SKE), rangierte beim Ölverbrauch (0,9 Mill. t) an zweiter Stelle hinter der Mineralölverarbeitung und setzte genau so viel Gas ein (2,9 Mill. Nm³) wie die eisenschaffende Industrie. Dagegen verbrauchte kein anderer Wirtschaftszweig so viel Strom wie sie; mit einem Wert von 20 424 MW lag sie weit über der eisenschaffenden Industrie (12 280 MW) und dem Bergbau (11 859 MW). Insbesondere der hohe Ölverbrauch kam in diesem Zusammenhang nicht überraschend, da in der Chemie in großem Umfang das Heizöl als Vorprodukt beispielsweise für die Düngemittelerzeugung verwendet wird.

Tabellenteil: 3

An dritter Stelle der Energieverbraucher folgte mit 8,6 Mill. t SKE der Bergbau. Erwartungsgemäß resultierte dieses Ergebnis aus dem hohen Kohleverbrauch, der sich auf 7,1 Mill. t SKE belief, damit die eisenschaffende Industrie allerdings nicht erreichen konnte. Weiterhin fiel der hohe Gaseinsatz (1,5 Mill. Nm³) des Bergbaus auf, wohingegen Heizöl nur geringfügige Verwendung fand.

**Weitere Verbrauchsschwerpunkte:
Mineralölverarbeitung, NE-
Metallindustrie sowie Steine- und
Erden-Industrie**

Das Schwergewicht der Wirtschaftshauptgruppe Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, zu der auch die schon dargestellte eisenschaffende und die chemische Industrie zählen, wird dadurch untermauert, daß nach der Hauptgruppe Bergbau drei weitere Wirtschaftszweige aus dem Grundstoffsektor aufgeführt sind: Mineralölverarbeitung (3,6 Mill. t SKE), NE-Metallerzeugung und NE-Metallhalbzeugwerke (2,4 Mill. t SKE) sowie Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (2,2 Mill. t SKE). Diese Wirtschaftszweige unterscheiden sich nicht nur auf Grund ihrer spezifischen Produktionspaletten, sondern auch in der zeitlichen Entwicklung ihres Energieverbrauchs. Dieser stieg in der Mineralölverarbeitung seit 1977 um 35,6 %, wobei allerdings wegen des derzeitigen Abbaus von Raffineriekapazitäten mit einem zukünftigen Rückgang gerechnet werden muß, sowie in der NE-Metallindustrie um 5,9 %. In der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden schrumpfte der Energieeinsatz im Vergleich zu 1977 dagegen um mehr als ein Drittel (-37,6 %). Zwischen der Herstellung von Baustoffen und der Baustoffindustrie besteht ein kausaler Zusammenhang, so daß die Entwicklung der Baustoffindustrie entscheidend von der rückläufigen Bautätigkeit beeinflußt wurde. Hauptenergieträger in der Mineralölverarbeitung war selbstverständlich das Heizöl (1,9 Mill. t); während in der NE-Metallindustrie diese Rolle gleichermaßen auf die Kohle und den elektrischen Strom entfiel (1,0 Mill. t SKE bzw. 9,2 MW). Bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden wurde diese Position von der Kohle (1,3 Mill. t SKE) und vom Gas (4,6 Mill. Nm³) eingenommen. Denn in der Zementindustrie wird der Wärmebedarf durch Kohle gedeckt und in der Kachel- und Fliesenherstellung dominiert das Erdgas, weil es sich bei der Wärmeerzeugung in den Brennöfen hervorragend dosieren läßt.

Die anderen Wirtschaftszweige blieben teilweise beträchtlich hinter den Hauptverbrauchern zurück. Erwähnenswert ist noch das Ernährungsgewerbe, welches einen Verbrauch von 1,3 Mill. t SKE auswies, damit jedoch um 17,3 % unter seinem Ergebnis von 1977 blieb. Die sowohl umsatz- als auch beschäftigungsmäßig für die nordrhein-westfälische Wirtschaft bedeutungsvollen Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau sowie Elektrotechnik, die sämtlich dem Investitionsgütersektor zugeordnet werden müssen, fielen wegen ihres Energieverbrauchs nicht auf. Selbst zusammengefaßt vereinten sie 1985 nicht mehr als 3,5 % der Energieträger auf sich.

Konzentration des Energieverbrauchs

Die quantitative Analyse ökonomischer Ballungserscheinungen hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einer wichtigen Aufgabe der Wirtschaftsstatistik entwickelt. Der Messung der Konzentration kommt deshalb eine immer größer werdende Bedeutung zu. Konzentration bezeichnet einmal einen Prozeß, wonach das relative Gewicht größerer wirtschaftlicher Einheiten überproportional wächst, während das der kleinen abnimmt. Zum anderen bezeichnet Konzentration einen Zustand, nämlich das relative Verhältnis von großen und kleinen Einheiten. In der statistischen Konzentrationsmessung wird die Ballung der Teile einer Merkmalssumme auf Merkmalsträger untersucht. Von absoluter Konzentration wird in diesem Zusammenhang gesprochen, wenn zu wenigen Merkmalsträgern der Verteilung ein großer Teil der Merkmalssumme gehört.⁹⁾

Auch für den Energiebereich lassen sich derartige Untersuchungen realisieren. Zu diesem Zweck wurden für die Jahre 1983 – 1985 die in die monatliche Berichterstattung einbezogenen nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in abnehmender Reihenfolge nach der Höhe ihres Energieverbrauchs insgesamt sortiert. Desweiteren wurde unterschieden nach einzelnen Energieträgern. Insgesamt sank die Zahl der berichtspflichtigen Betriebe von 11 218 im Jahre 1983 über 11 040 (1984) bis auf 10 951 im Jahre 1985. Bei einer Abschneidegrenze von 80 %, d. h. es wurden nur solange Betriebe berücksichtigt, bis ein 80 %iger Anteil am jeweiligen Beobachtungswert erreicht war, ergaben sich überraschende Ergebnisse. Bezogen auf den gesamten Energieverbrauch, konzentrierten 1,2 % (1983) bzw. 1,1 % (1984, 1985) der Betriebe jeweils 80 % des Energieverbrauchs auf sich. Absolut gesehen handelte es sich dabei um lediglich zwischen 134 und 123 Betriebe.

**Hohe Konzentration des
Energieverbrauchs**

9) Vgl. dazu: Arend Steenken, Die Konzentration im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Nr. 12, 1984, S. 831 ff.

Mit Ausnahme des schweren Heizöls und der Kohle lag die entsprechende Betriebszahl bei den anderen Energieträgern zwar höher, schwankte jedoch bei allen ebenso wie beim gesamten Energieverbrauch absolut und relativ nur geringfügig. Um auf 80 % des Verbrauchs zu gelangen, reichten beim schweren Heizöl 0,6 % bzw. 0,5 % aller Betriebe, beim leichten Heizöl dagegen waren 11,1 % bzw. 10,8 % der Betriebe erforderlich, um diese Bedingungen zu erfüllen. Mit 1 249, 1 192 bzw. 1 185 wurde das absolut gesehen höchste Ergebnis erzielt, das wegen der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des leichten Heizöls jedoch nicht überraschte. Zusammengefaßt waren 1,9 % bzw. 2,0 % der Betriebe ausreichend, um die Abschneidegrenze von 80 % für Heizöl insgesamt zu erreichen. Dieser Anteilswert reduzierte sich bei der Kohle sogar auf 0,2 %, d. h. lediglich 21 bzw. 20 Betriebe verbrauchten rd. 80 % dieses Energieträgers. Für Gas wurden Anteilswerte von 1,4 % bzw. 1,5 % und für Strom solche von 2,3 % bzw. 2,4 % berechnet. Hier führten also durchschnittlich 165 bzw. 261 Betriebe zur Abschneidegrenze. Unabhängig vom betrachteten Energieträger muß generell gesagt werden, daß sich eine sehr hohe Konzentration des Energieverbrauchs auf nur wenige Betriebe nachweisen ließ.

**Lediglich bei leichtem
Heizöl höhere Betriebszahl**

Energieverbrauch 1983 bis 1985 nach Energieträgern und Hauptverbrauchern				
Merkmal		Betriebe		Verbrauch
		Anzahl	Anteil kumuliert %	Anteil kumuliert %
Energie insgesamt	a	134	1,2	80,0
	b	125	1,1	80,0
	c	123	1,1	80,0
Kohle	a	21	0,2	80,7
	b	21	0,2	80,6
	c	20	0,2	80,2
Heizöl insgesamt	a	218	1,9	80,0
	b	210	1,9	80,0
	c	218	2,0	80,0
Heizöl, leicht	a	1 249	11,1	80,0
	b	1 192	10,8	80,0
	c	1 185	10,8	80,0
Heizöl, schwer	a	68	0,6	80,0
	b	59	0,5	80,0
	c	59	0,5	80,1
Gas	a	158	1,4	80,0
	b	170	1,5	80,0
	c	167	1,5	80,0
Strom	a	261	2,3	80,0
	b	257	2,3	80,0
	c	266	2,4	80,0
Insgesamt	a	11 218	100	100
	b	11 040	100	100
	c	10 951	100	100

Ausgehend von diesen auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogenen Ergebnissen, stellte sich die Frage, inwieweit sie noch die tatsächliche wirtschaftliche Struktur des Landes widerspiegeln. Deshalb wurden die unterhalb der Abschneidegrenze liegenden Betriebe zusätzlich nach ihrem Wirtschaftszweig ausgewertet und der Anteil der ausgewählten Einheiten am Energieverbrauch des Wirtschaftszweiges insgesamt berechnet. Erwartungsgemäß fanden sich diejenigen Wirtschaftszweige weniger in die Auswahl einbezogen, welche zwar, vom Umsatz und der Beschäftigung her gesehen, mit zu den bedeutungsvollen zählen – Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik –, deren Energieverbrauch jedoch nicht so fühlbar ist. Dagegen war die Repräsentation der Wirtschaftszweige mit einem hohen Energieeinsatz sehr ausgeprägt. Hier machten die ausgewählten Betriebe in der Regel bereits über 90 % des Verbrauchs im gesamten Wirtschaftszweig aus, wobei sich der Wert im Zeitablauf von 1983 bis 1985 kaum veränderte. Jeweils auf 1985 bezogen, ergaben sich für die eisenschaffende bzw. chemische Industrie Anteile von 94,5 % bzw. 91,5 %. Im Bergbau belief er sich auf 90,7 % und in der Mineralölverarbeitung sogar auf 97,4 %. Branchen jedoch, welche durch ihre überwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet sind, gelangten auf niedrigere Anteilswerte wie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (56,6 %) oder das Ernährungsgewerbe (13,3 %). Grob verallgemeinernd bleibt festzuhalten, daß eine unter dem Gesichtspunkt der Entlastung der Wirtschaft von

**Berücksichtigung regionaler
und sektoraler Belange**

Sektoraler Repräsentationsgrad beim Energieverbrauch 1983 bis 1985 nach Hauptverbrauchern		
Wirtschaftszweig	Jahr a = 1983 b = 1984 c = 1985	Repräsentationsgrad %
Bergbau	a	92,0
	b	91,1
	c	90,7
Mineralölverarbeitung	a	97,7
	b	96,1
	c	97,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	a	57,1
	b	55,1
	c	56,6
Eisenschaffende Industrie	a	94,4
	b	94,6
	c	94,5
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	a	86,1
	b	87,7
	c	87,2
Gießerei	a	–
	b	–
	c	10,5
Maschinenbau	a	8,3
	b	9,0
	c	8,9
Straßenfahrzeugbau	a	44,2
	b	41,1
	c	42,8
Chemische Industrie	a	92,4
	b	92,1
	c	91,5
Herstellung und Verarbeitung von Glas	a	58,2
	b	50,0
	c	55,3
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	a	56,8
	b	55,6
	c	60,1
Papier- und Pappeverarbeitung	a	37,0
	b	36,6
	c	38,2
Ernährungsgewerbe	a	13,6
	b	14,4
	c	13,3

statistischen Auskunftspflichten vorgenommene Einschränkung der meldenden Betriebe zu zufriedenstellenden Ergebnissen hinsichtlich des Energieverbrauchs und seiner Struktur in der nordrhein-westfälischen Industrie führen kann. Wenn die Ergebnisse jedoch auch die sektorale Struktur des Landes repräsentieren sollen, dürfte eine erhebliche Ausweitung der Zahl der meldenden Betriebe erforderlich werden. Deren Umfang wird sich noch weiter erhöhen, wenn auch regionale Belange berücksichtigt werden. Denn eine auf Landesebene wirksame Wirtschaftspolitik muß sowohl die sektoralen als auch die regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten in ihre Entscheidungen einbeziehen.

Berichtssystem der Binnenschifffahrtsstatistik

Geschichtliche Entwicklung

Bereits im vorigen Jahrhundert bestand ein starkes staatliches Interesse an der Erfassung des Schiffs- und Güterverkehrs auf den deutschen Binnenwasserstraßen. Die Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins legte im Jahr 1871 dem Bundesrat einen Entwurf gesetzlicher Bestimmungen für die „Statistik des Verkehrs auf den deutschen Wasserstraßen“ vor, dem der Bundesrat im selben Jahr zustimmte. Vor 1871 wurden zwar für den größten Teil der Flüsse, so zum Beispiel für den Rhein, regelmäßig Erhebungen über die auf ihnen transportierten Güter durchgeführt; es gab jedoch keine Gesamtstatistik. Schwierigkeiten wurden vor allem darin gesehen, daß nicht an allen Hafenplätzen geeignete Institutionen vorhanden waren, die Aufzeichnungen hätten vornehmen können.¹⁾

Nach den o. g. Bestimmungen waren als Grundlage von Verkehrsermittlungen erstmals im Jahr 1872 und dann im Abstand von 5 Jahren ein Verzeichnis der Wasserstraßen zu erstellen und der Bestand an Flußschiffen (Segel- und Dampfschiffe) zu erheben. Ab 1872 waren dann laufend statistische Aufzeichnungen über den Schiffs- und Güterverkehr auf den Wasserstraßen vorzunehmen. Die Aufzeichnungen hatten an allen wichtigen Hafenplätzen, Schleusen und anderen Durchgangsstellen, an Anmeldestellen für die Flößerei sowie an den Grenzzollstätten zu erfolgen. Die Bestimmung der als wichtig einzustufenden Erhebungsstellen und der Behörden, die die Erhebungen durchzuführen hatten, war dabei Sache der einzelnen Landesregierungen bzw. der gemeinsamen Schifffahrtsbehörden. Schiffsgattung, Heimatstaat des Schiffes, Herkunfts- und Bestimmungsort und Tragfähigkeit der Schiffe und Flöße sowie Gattung und Gewicht der beförderten Güter und die Transportrichtung (zu Berg oder zu Tal) bildeten die Erhebungsmerkmale der Statistik. Das Güterverzeichnis, anhand dessen die Güter zu verschlüsseln waren, war dabei dasjenige, das bereits von der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) für Erhebungen auf dem Rhein eingeführt und dem Güterverzeichnis der Eisenbahnstatistik angelehnt war. Die Ergebnisse der Statistik wurden in Jahresübersichten dargestellt, getrennt nach Ankunft, Abgang und Durchgang sowie nach Berg- und Talverkehr. Muster von Erhebungspapieren waren den gesetzlichen Bestimmungen beigelegt. Diese Papiere wurden schon damals als Zählkarten bezeichnet, eine Bezeichnung, die auch für die heutigen Vordrucke der amtlichen Binnenschifffahrtsstatistik noch verwandt wird. Falls bereits an den Erhebungsstellen Aufzeichnungen zu anderen Zwecken vorlagen, durften diese für die Binnenschifffahrtsstatistik verwandt werden. Die statistischen Übersichten waren von den einzelnen Meldestellen an die Bundesregierungen zu senden, die diese an die statistische Zentralstelle des Reiches übermittelten. Zusätzlich zu den Anschreibungen über den Schiffs- und Güterverkehr mußten Hinweise über Umstände (Wetter, Wasserstände), die die Schifffahrt im Anschreibungszeitraum beeinflussten, gegeben werden.

Man erkannte jedoch bald, daß die Anschreibungen über den Schiffs- und Güterverkehr, insbesondere was die Angaben über die Herkunft und Bestimmung der Schiffe und Güter betraf, nur unvollständig waren²⁾. Ein Bundesratsbeschluß aus dem Jahr 1881, der denjenigen des Jahres 1871 nochmals bekräftigte, bestimmte als Erhebungsstellen alle „Hafenplätze, welche als Konsumtionsorte oder als Umladeorte oder als Anmeldestellen für die Flößerei von besonderer Wichtigkeit sind.“³⁾ Zusätzlich wurden als Erhebungsstellen Durchgangsstellen genannt, die Übergänge aus einem der Hauptstrom- und Flußgebiete in das andere bildeten. Als Meldestelle für die Erhebungen an den Grenzübergängen wurden in diesem Bundesratsbeschluß explizit die Grenzzollämter genannt.

1) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band I, Berlin 1873, Seite 288.

2) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 235, Teil I, Berlin 1911, Seite VII.

3) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Band 1, Berlin 1884, Seite 98

Die auf dieser Rechtsgrundlage durchgeführte Binnenschiffahrtsstatistik beruhte auf den Meldungen von etwa 100 wichtigen Plätzen und erfaßte nur etwa die Hälfte der gesamten beförderten Gütermenge.⁴⁾ Dadurch war die Aussagefähigkeit der Statistik stark eingeschränkt. Sie genügte weder der „Darstellung der Binnenhandelsbewegung im allgemeinen“ noch „für praktische Verwaltungszwecke, insbesondere für die Tarifpolitik der Eisenbahnen und Wasserstraßen“.⁵⁾

Ein Bundesratsabschluß im Jahr 1908 sah deshalb einige wesentliche Neuerungen vor: Der Schiffs- und Güterverkehr sollte nunmehr in allen Häfen und allen sonstigen Lösch- und Ladeplätzen erfaßt werden. Allerdings hielt man es für ausreichend, in weniger wichtigen Häfen nur die Ankunft von (beladenen) Schiffen zu erfassen. Die Bestimmung der wichtigen Häfen oblag dem Reichskanzler. Wie auch in den früheren gesetzlichen Bestimmungen blieb die Erfassung auf Schiffe beschränkt, die der Personen- und Güterbeförderung dienten. So wurden z. B. Fahrten zum Fischfang, zu Baggerarbeiten oder zu Strombauten im Rahmen der Statistik nicht berücksichtigt.

Die Erfassung der beförderten Güter wurde nach dem systematischen Güterverzeichnis der Eisenbahnstatistik, das nur leicht angepaßt wurde, vorgenommen. Ferner wurde ein eigenes Verzeichnis von 62 Verkehrsbezirken für die Binnenschiffahrtsstatistik aufgestellt, da in den Ergebnissen der Statistik zusätzlich der Austausch der Güter zwischen diesen Verkehrsbezirken darzustellen war. Nach dem o. g. Beschluß war auch die Erfassung des Wechselverkehrs (nur Massengutverkehr) mit der Eisenbahn, d. h. die Erfassung des unmittelbaren Güterumschlags vom Schiff auf die Eisenbahn und umgekehrt, vorzunehmen.

Aufgabe der Binnenschiffahrtsstatistik sollte es zum einen sein, den Verkehrsumfang auf den Binnenwasserstraßen und deren Leistungsfähigkeit darzustellen. Zum anderen sollte die Güterbewegung auf den Wasserstraßen zwischen den verschiedenen Hafenplätzen und Verkehrsbezirken nachgewiesen werden. Zur Darstellung der Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen diente die Berechnung der gefahrenen Tonnenkilometer (= Transport eines Gutes im Gewicht von 1 t über 1 km Weg). Diese Berechnungen waren vom Kaiserlichen Statistischen Amt vorzunehmen.

Für die Statistik über den Bestand an Binnenschiffen war 1907 eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen worden. Die Erstellung des Wasserstraßenverzeichnisses entfiel im Rahmen der Binnenschiffahrtsstatistik, da dieses bereits vom Königlich Preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten geführt wurde. Muster von amtlichen Zählpapieren waren den gesetzlichen Bestimmungen wiederum beigefügt. Nur mit Genehmigung des Reichskanzlers durften die Erhebungspapiere geändert und an den Grenzzollstellen Zollpapiere für Zwecke der Statistik verwendet werden.

Der Binnen-See-Verkehr, d. h. der Übergangsverkehr zwischen See- und Binnenschiffahrt von seegehenden Schiffen auf dem Rhein und dem Dortmund-Ems-Kanal, der Ende des 19. Jahrhunderts fertiggestellt wurde, war getrennt darzustellen. Die Übersichten über den Schiffs- und Güterverkehr waren nach Verkehrsbezirken anzufertigen, vierteljährlich abzuschließen und von den Landeszentralbehörden an das Kaiserliche Statistische Amt zu versenden. Falls an den Erhebungsorten die Wasserstände aufgezeichnet wurden, so waren auch diese Aufzeichnungen mit einzusenden. Das Kaiserliche Statistische Amt hatte die Ergebnisse der Statistik über den Schiffs- und Güterverkehr in Jahresübersichten zu veröffentlichen.

Nach mehrjährigen Unterbrechungen durch den ersten und zweiten Weltkrieg wurde die Statistik dann zunächst auf der Grundlage der Gemeinsamen Anordnungen der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 9. 6. 1949 und später auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. 9. 1953 durchgeführt.

Die heutige Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Statistik der Binnenschiffahrt vom 26. 7. 1957. Durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz entfiel im wesentlichen nur die Erfassung des bedeutungslos gewordenen Floßverkehrs. Entfallen konnte auch die Erfassung des Schleusenverkehrs im Rahmen der amtlichen Statistik, da die Angaben hierfür im Rahmen von Geschäftsstatistiken

4) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 235, Teil I, Berlin 1911, Seite VII.

5) Vgl. ebenda.

der Wasserstraßenverwaltungen anfallen. Das o. g. Gesetz stellt nur noch auf die Erfassung von Schiffsfahrten ab, die ausschließlich dem Güterverkehr dienen; der Schiffsverkehr zur Personenbeförderung wurde von der Statistik ausgenommen. Nicht mehr berücksichtigt werden – im Gegensatz zu früher – auch die Schiffe, die lediglich als Schleppkraft dienen. Die Abgrenzung des Seeverkehrs vom Binnenverkehr geht von der Grenze (Seegrenze) aus, die in § 1 der 3. Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz vom 3. 8. 1951 festgelegt sind. Als Binnenverkehr wird allerdings der Schiffsverkehr südlich einer zweiten Grenze, der Binnengrenze der Seeschifffahrt, bezeichnet. Diese Grenze kann man sich als gedachte Linie vorstellen, die von dem Hafen Lübeck über die Häfen Hamburg, Bremen, Haren (Ems) bis nach Emmerich (Rheingrenze) verläuft.

Die Erhebung des Schiffsbestandes wurde wieder in das Binnenschiffahrtsstatistikgesetz aufgenommen. Im Gegensatz zu früheren gesetzlichen Bestimmungen hat nunmehr laufend eine Fortschreibung zu erfolgen, die vom Statistischen Bundesamt vorzunehmen ist. Sie beruht auf den Ergebnissen der Binnenschiffszählung vom 1. 1. 1950 mit den Veränderungsanzeigen der Schiffsregistergerichte und Schiffseigner. Die zum Bereich Binnenschifffahrt gehörenden Unternehmen werden ebenfalls vom Statistischen Bundesamt im Rahmen einer Unternehmenserhebung statistisch erfaßt. Erhebungsmerkmale zum Stichtag 30. Juni sind dabei die Art der Unternehmenstätigkeit, der Schiffsbestand, die Beschäftigten sowie der erzielte Vorjahresumsatz. Auch die Angaben über den Empfang und Versand der Verkehrsbezirke, die tonnenkilometrischen Leistungen und die Angaben über den Schiffsverkehr (Ankünfte und Abgänge) sind zentral im Statistischen Bundesamt aufzubereiten.

Das heutige Verzeichnis der Wasserstraßen beruht auf Aufzeichnungen der Wasser- und Schiffsämter, die von diesen an die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen und von dort an den Bundesverkehrsminister weitergegeben werden. Aufzeichnungen über Wasserstände sind von den Erhebungsstellen nicht mehr für die Statistik weiterzuleiten. Die vormals getrennte Darstellung des Binnen-See-Verkehrs entfiel ebenso wie die getrennte Nachweisung des Wechselverkehrs mit der Eisenbahn. Die Angaben über den Schiffs- und Güterverkehr in allen Häfen und an sonstigen Lösch- und Ladeplätzen sowie an den Grenzzollstellen werden von den einzelnen statistischen Landesämtern erhoben und aufbereitet.

Berichtsweg und Erhebungsunterlagen der heutigen Binnenschiffahrtsstatistik

Im folgenden soll der Berichtsweg im Rahmen der heutigen amtlichen Binnenschiffahrtsstatistik in Nordrhein-Westfalen dargestellt werden.

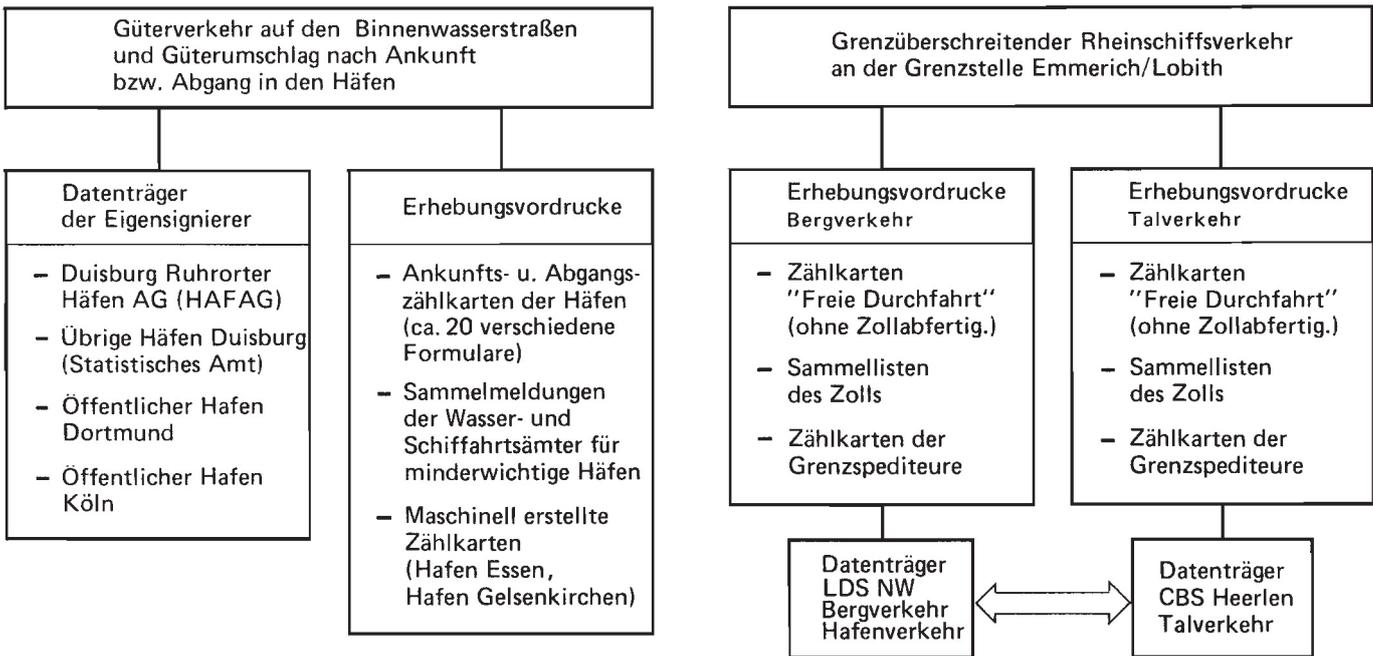
Auskunftspflichtig sind zunächst die Schiffsführer sowie die Frachtführer oder Verfrachter. Diese müssen ihre Meldungen an folgende statistische Meldestellen abgeben:

- Örtlich zuständige **Verwaltungsbehörden** (Hafenämter)
- Besitzer privater Häfen und sonstiger privater Lade- und Löschplätze
- Wasser- und Schiffsämter (für Schiffsverkehr außerhalb von Lade- und Löschplätzen und für minderwichtige Häfen)
- Grenzzollamt Emmerich (für den grenzüberschreitenden Schiffs- und Güterverkehr).

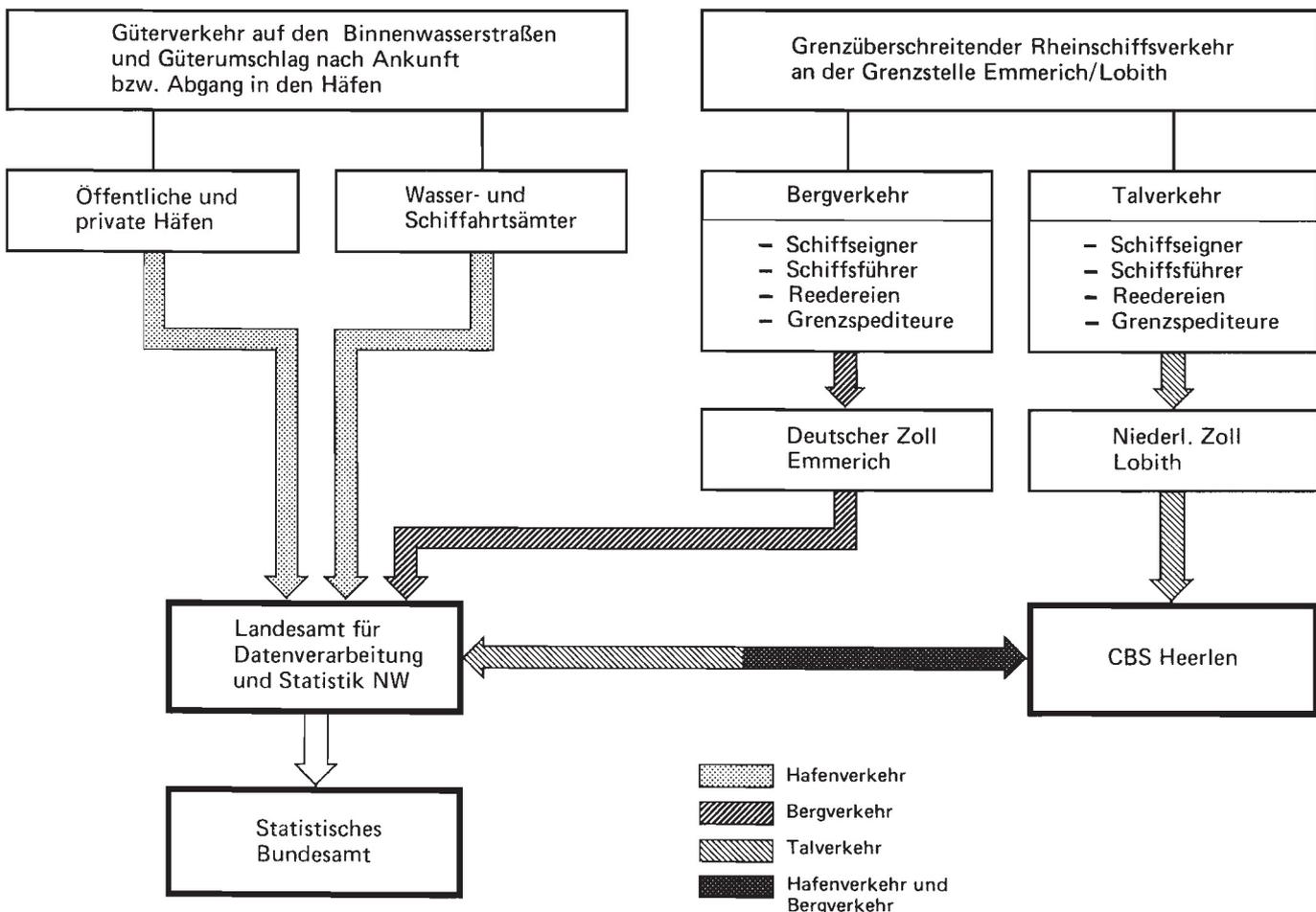
Die statistischen Meldestellen füllen zum überwiegenden Teil die Erhebungsvordrucke selbst aus und geben diese monatlich an das LDS NW zur Aufbereitung weiter.

Für die Hafenstatistik und die Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs gibt es ganz bestimmte amtliche Erhebungsvordrucke. Allerdings werden nicht von allen Stellen diese Vordrucke verwandt. Neben den amtlichen Ankunfts- und Abgangszählkarten gibt es in Nordrhein-Westfalen allein noch 20 weitere Formulare, die von den Häfen für die Statistik benutzt werden, und auch internen Zwecken dienen. Die Verwendung dieser Belege wurden den Hafenämtern nur unter der Bedingung gestattet, daß alle für die Statistik erforderlichen Angaben in ihnen enthalten sein müssen. Zwei nordrhein-westfälische Häfen (Gelsenkirchen und Essen) liefern dem LDS NW maschinell erstellte Zählkarten mit bereits verschlüsselten Angaben. Drei weitere Häfen (Köln, Dortmund und Duisburg) liefern die Daten der Binnen-

Datenlieferung zur Binnenschifffahrtsstatistik



Berichtsweg der Binnenschifffahrtsstatistik



schiffahrtsstatistik auf Magnetband. Diese Daten werden mit den im LDS erfaßten Daten zusammengeführt und durchlaufen gemeinsam eine Plausibilitätskontrolle bevor Ergebnisse erstellt werden. Bedingung für die Einführung dieses Verfahrens war, daß die Verschlüsselung der Angaben analog den in der Statistik geltenden Systematiken (Hafenverzeichnis, Güterverzeichnis) erfolgt und der Bandsatzaufbau der gelieferten Magnetbänder dem der amtlichen Binnenschiffahrtsstatistik entspricht.

Beim grenzüberschreitenden Verkehr an der Grenzstelle Emmerich-Lobith werden folgende Erhebungsvordrucke verwandt, die der Zoll entgegennimmt bzw. ausfertigt und nach Prüfung dem LDS NW übermittelt:

- Amtliches Formular für die „Freie Durchfahrt“ (Verkehr ohne Zollabfertigung an der Grenze)
- Selbstgedruckte Formulare der Grenzspediteure
- Sammelübersichten des Zolls, die im LDS NW gedruckt werden.

In den letztgenannten Sammelübersichten trägt der Zoll alle Angaben für Schiffe ein, die von ihm abgefertigt werden und sich dabei nicht der Hilfe eines Grenzspediteurs bedienen.

Beim grenzüberschreitenden Verkehr an der Grenzstelle Emmerich/Lobith wird allein der Bergverkehr auf deutscher Seite erfaßt. Die Angaben zum Talverkehr werden auf niederländischer Seite erhoben und aufbereitet. Das Zollamt Lobith leitet die statistischen Belege hierzu an das Niederländische Statistische Zentralamt (CBS), Außenstelle Heerlen, weiter. Monatlich werden dann die aufbereiteten Daten über den Berg- und Talverkehr zwischen dem LDS NW und dem CBS auf Datenträger ausgetauscht. Dieses Verfahren wird seit 1972 praktiziert. Vor dem Austausch werden die Daten noch teilweise umgeschlüsselt, um den jeweiligen landesinternen Anforderungen zu entsprechen. Im LDS NW werden – nachdem die Plausibilitätskontrollen für den Hafenverkehr und den grenzüberschreitenden Bergverkehr abgeschlossen sind – die Daten des Talverkehrs ebenfalls einer Plausibilitätskontrolle unterzogen, bevor das statistische Gesamtergebnis erstellt wird.

Die Verarbeitung von Datenlieferungen auf Magnetband im Rahmen der Binnenschiffahrtsstatistik bringt eine wesentliche Zeit- und Arbeitersparnis und hat sich bisher bewährt, so daß eine Ausweitung des Kreises von Erhebungsstellen, die Daten auf Magnetband liefern, durchaus für wünschenswert gehalten wird.

Erhebungsmerkmale

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein Wasserstraßennetz von 707 km schiffbarer Länge, das ist nicht ganz ein Sechstel der Länge aller Wasserstraßen im Bundesgebiet. Im einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Flüsse und Kanäle auf nordrhein-westfälischem Gebiet: Rhein, Weser, Ruhrwasserstraße, Rhein-Herne-Kanal, Wesel-Datteln-Kanal, Dortmund-Ems-Kanal, Mittellandkanal, Datteln-Hamm-Kanal und Spoy-Kanal. Die monatliche Statistik über den Schiffs- und Güterverkehr in den Häfen beruht auf den Meldungen von insgesamt 102 Häfen sowie sonstigen Lösch- und Ladeplätzen. Auch heute noch gibt es die Unterscheidung zwischen wichtigen und minderwichtigen Häfen. Die Einstufung eines Hafens als wichtiger bzw. minderwichtiger Hafen wurde bereits 1950 festgelegt und richtete sich nach der Höhe des jährlichen Güterumschlags in Tonnen. Dieser Güterumschlag mußte mindestens 100 000 t und mehr betragen, eine Grenze die seitdem nicht nach oben angepaßt wurde. In Nordrhein-Westfalen gibt es insgesamt 42 Häfen, die als wichtige Häfen eingestuft sind.

Im Rahmen der Hafenstatistik ist für jede Ankunft und jeden Abgang eines Schiffes eine Zählkarte auszufüllen. Reihenfahrten desselben Schiffes dürfen jedoch zusammen auf einer Ankunfts- bzw. Abgangszählkarte aufgeführt werden. Für leer ankommende bzw. leer abgehende Schiffe werden aufgrund von Verschlüsselungen auf den korrespondierenden Abgangs- bzw. Ankunfts-zählkarten maschinell die entsprechenden Zählkarten für Leerfahrten erstellt.

An der Grenzstelle Emmerich wird i. d. R. für jede Durchfahrt eines Schiffes zu Berg ein Erhebungsvordruck ausgefüllt. Eine besondere Rolle spielen hier die Grenzpassagen von Schiffen, die die Genehmigung zur „Freien Durchfahrt“ erhalten haben. Die Genehmigungsinhaber, das können einzelne Schiffseigner (Partikuliere), Reedereien oder Genossenschaften sein, müssen den amtlichen Erhebungsvordruck für die „Freie Durchfahrt“ nicht am Tag der Grenzpassage abgeben, sondern dürfen ihn nach Ablauf des Berichtsmonats an das Zollamt Emmerich schicken. Auch hier dürfen Reihenfahrten gesammelt aufgeführt werden.

Die einzelnen Erhebungsmerkmale der heutigen Binnenschiffahrtsstatistik sind im Prinzip die gleichen, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen des Jahres 1908 erhoben wurden und zum Teil auch schon in den Anfängen der Statistik Gegenstand der Erhebung waren.

Hinsichtlich des Schiffes werden im wesentlichen die Schiffsgattung, die Flagge und die Tragfähigkeit erfaßt und aufbereitet. Andere Angaben zum Schiff, die lt. Gesetz ebenfalls erfaßt werden dürfen, wie z. B. der Name des Schiffes und die Maschinenleistung, werden lediglich dazu verwandt, u. U. fehlende oder falsche Angaben anhand des amtlichen Schiffsregisters zu ergänzen bzw. korrigieren. Dieses Schiffsregister wird von der Internationalen Vereinigung des Rheinschiffsregisters (IVR), Rotterdam, geführt und laufend ergänzt.

Im Rahmen der Statistik werden sieben Schiffsgattungen unterschieden: Gütermotorschiffe, Tankmotorschiffe, Güterschleppkähne, Tankschleppkähne, Güterschubleichter, Tankschubleichter und Trägerschiffsleichter. Dabei sind Trägerschiffsleichter Fahrzeuge ohne eigene Antriebskraft, die zunächst von Seeschiffen befördert werden und dann auf Binnenwasserstraßen von anderen Schiffen zum Zielhafen geschoben oder geschleppt werden.

Die Flagge, unter der ein Schiff fährt, wird im Rahmen der Binnenschiffahrtsstatistik anhand eines amtlichen Flaggenschlüssels signiert. Für fast alle europäischen Länder gibt es dabei eigene Schlüssel, beim außereuropäischen Ausland werden dagegen verschiedene Staatengruppen unter einem gemeinsamen Schlüssel zusammengefaßt. Die Ergebnisse der Statistik zeigen, daß der weitaus größte Teil der gesamten beförderten Gütermenge auf deutschen Binnenwasserstraßen von Schiffen unter einigen wenigen ausgewählten Flaggen transportiert wird. Fast die Hälfte der Güter wird von Schiffen unter deutscher Flagge befördert. Stärkste Konkurrenz sind dann die Schiffe unter niederländischer Flagge, für die sich ein entsprechender Anteil im Jahr 1985 von 35 % errechnet. Schweizer Schiffe erzielten in demselben Jahr einen Anteil von 7 % und belgische Schiffe transportierten 5 % der gesamten im Jahr 1985 erfaßten Gütermenge.

Anhand des Merkmals „Tragfähigkeit“ läßt sich erkennen, daß in den letzten Jahren die Größe der Binnenschiffe kontinuierlich zugenommen hat. Die Tragfähigkeit der Güterschiffe mit eigener Triebkraft betrug 1985 bei den nordrhein-westfälischen Binnenschiffen im Durchschnitt 1 033 t gegenüber 925 t im Jahr 1978. Bei den Güterschiffen ohne eigene Triebkraft lag der Wert im Jahr 1985 bei 1 570 t gegenüber 1 281 t im Jahr 1978.

Bezüglich der Fahrt werden im Rahmen der Statistik die benutzten Schifffahrtswege und die Verkehrsrichtung (zu Berg, zu Tal) erfaßt.

Die beförderten Güter sind nach Art und Gewicht anzugeben. Die Verschlüsselung der Güterart erfolgt nach dem amtlichen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969. Der Anteil der in nordrhein-westfälischen Häfen umgeschlagenen Gütermenge am Gesamtumschlag in deutschen Binnenhäfen betrug im letzten Jahr ca. 47 %, das waren insgesamt 133 Mill. t. Davon wurden 54 Mill. t allein in den Duisburger Häfen umgeschlagen.

Gemessen an der beförderten Gütermenge in t, haben in Nordrhein-Westfalen im wesentlichen fünf wichtige Gütergruppen Bedeutung: An erster Stelle stehen Erze und Metallabfälle, die in 1985 einen Anteil an der Gesamtumschlagsmenge von 28 % erreichten. Es folgen Steine und Erden mit 19 %, feste mineralische Brennstoffe mit 16 %, Mineralölerzeugnisse und Gase mit 14 % sowie chemische Erzeugnisse mit 8 %.

Für die Güter werden die Ein-, Aus- und Umladeorte erfaßt, so daß Ergebnisse für die einzelnen Häfen nachgewiesen werden können. Die Verschlüsselung der Häfen

erfolgt dabei nach dem amtlichen Hafenverzeichnis. Bei der Erfassung des Güterverkehrs in den Häfen wird auch danach gefragt, ob die Güter in Containern ab- bzw. abtransportiert wurden. Allerdings kann aus dieser Angabe nicht ohne weiteres darauf geschlossen werden, ob die Güter auch in Containern befördert wurden. Anzahl und Größe der Container werden nicht erfaßt. Diese Daten, an denen von Konsumentenseite ein starkes Interesse besteht, könnten erst nach einer entsprechenden Gesetzesänderung erhoben werden.

Beim grenzüberschreitenden Verkehr an der Grenzstelle Emmerich/Lobith sind zusätzlich zu den Ein- und Ausladeorten auch die Herkunfts- und Bestimmungsländer der Güter anzugeben.

Ergebnisdarstellung

Die Ergebnisse der Binnenschiffahrtsstatistik werden monatlich und jährlich ausgewiesen. Dabei wird der Gütererpfang und -versand in den Häfen nach Güterarten und nach Verkehrsrichtung dargestellt.

Die Ergebnisse über den Schiffsverkehr weisen beladene Schiffe (Ankunft und Abgang) mit ihrer Tragfähigkeit und der geladenen Gütermenge aus. Dabei wird in Schiffe mit eigener Triebkraft und ohne eigene Triebkraft unterschieden. Die Ergebnisse werden auch für Wasserstraßengebiete zusammengefaßt: Dies sind in Nordrhein-Westfalen das Weser- und Mittellandkanalgebiet, das westdeutsche Kanalgebiet und das Rheingebiet. Der Schiffs- und Güterverkehr an der Grenzstelle Emmerich wird nach Güterarten, Flaggen, Schiffsgattungen und getrennt nach Berg- und Talverkehr nachgewiesen.

Die Aufgabenstellung der Binnenschiffahrtsstatistik hat sich seit ihren Anfängen im vorigen Jahrhundert nicht wesentlich geändert. Sie hat einen Überblick zu vermitteln über das Verkehrsaufkommen auf den Binnenwasserstraßen, über die Bedeutung der einzelnen Häfen und Grenzdurchgangsstellen und die umgeschlagenen Güterarten sowie die Beteiligung deutscher und ausländischer Schiffe am Transportgeschehen auf dem Wasser. Die Ergebnisse der Statistik bilden die Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen von Bund und Ländern (z. B. Aus- und Umbau von Wasserstraßen, Verwendung öffentlicher Mittel für die Steuerung des Schiffsbestandes), und sie finden Berücksichtigung bei internationalen Verhandlungen.

Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte 1978 bis 1984 nach Bruttojahresentgelt

– Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials –

Das Jahreszeitraummaterial der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit bietet die Möglichkeit, die Entwicklung des Bruttojahresentgeltes für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Zeitablauf zu verfolgen. Betrachtet wird im folgenden die Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (ausschließlich der Personen ohne Entgelt sowie ohne Auszubildende). Für diesen – zumindest hinsichtlich der Beschäftigungsart und -dauer homogenen – Personenkreis sollen einerseits die Verteilungen auf Entgeltklassen, andererseits die Veränderungen beim durchschnittlichen Bruttojahresentgelt für den Zeitraum 1978 bis 1984 analysiert werden.

Unter Bruttojahresentgelt wird hier das Arbeitsentgelt verstanden, für das Sozialversicherungsbeiträge abzuführen sind (entsprechend der jeweils gültigen Beitragsätze für die einzelnen Versicherungsträger). Das beitragspflichtige Bruttoarbeitsentgelt wird durch die sogenannte „Beitragsbemessungsgrenze“ nach oben beschränkt. Diese Grenze wird jährlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt; von 1978 bis 1984 erfuhr sie eine Steigerung um rd. 40 % von 44 400 DM auf 62 400 DM in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, von 55 200 DM auf 76 800 DM in der Knappschaftlichen Rentenversicherung.

Erwerbstätigkeit

Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze 1978 – 1984 – DM –		
Jahr	Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte	Knappschaftliche Rentenversicherung
1978	44 400	55 200
1979	48 000	57 600
1980	50 400	61 200
1981	52 800	64 800
1982	56 400	69 600
1983	60 000	73 200
1984	62 400	76 800

Entsprechend der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze verschob sich die Verteilung der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in den Entgeltklassen. In die hier zu Vergleichszwecken gebildete oberste Kategorie „43 200 DM und mehr“ fielen 1978 nur 8,8 % der Beschäftigten, 1984 war der Anteil mit 35,5 % viermal so hoch. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Zuwachs von rd. 1 Mill. Personen.

Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Anteil der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, die ein Bruttojahresentgelt von weniger als 24 000 DM erzielten, von 26,8 % 1978 auf 10,8 % 1984. Zur Entgeltkategorie „24 000 DM bis unter 28 800 DM“, auf die 1978 mit 22,3 % noch der höchste Anteil entfiel, zählten 1984 nur noch 8,2 %. Rückläufig waren auch die Werte in der nächst höheren Klasse „28 800 DM bis unter 33 600 DM“: 21,1 % 1978 (bzw. 21,6 % 1979) standen 1984 13,7 % der Arbeitnehmer gegenüber.

Ganzjährig vollzeitbeschäftigte sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1978 – 1984 nach Bruttojahresentgelt											
Jahr	Insgesamt	Davon mit einem Bruttojahresentgelt von ... bis unter ... DM									
		4 800	4 800 – 9 600	9 600 – 14 400	14 440 – 19 200	19 200 – 24 000	24 000 – 28 800	28 800 – 33 600	33 600 – 38 400	38 400 – 43 200	43 200 und mehr
		%									
1978	3 909,2	0,2	1,9	4,1	7,0	13,6	22,3	21,1	13,0	7,9	8,8
1979	3 926,3	0,1	1,7	3,6	6,2	10,3	18,1	21,6	15,3	9,8	13,2
1980	3 948,8	0,1	1,5	3,0	5,0	7,6	14,2	20,6	18,3	11,9	17,7
1981	4 018,4	0,1	1,3	2,6	4,2	6,3	12,2	19,3	18,6	13,0	22,5
1982	3 981,2	0,1	1,2	2,3	3,8	5,4	10,4	17,2	19,2	14,4	26,0
1983	3 867,8	0	1,0	2,0	3,5	5,0	9,8	15,1	20,0	15,3	29,1
1984	3 803,7	0	1,0	1,8	3,2	4,8	8,2	13,1	17,3	15,2	35,5

In den beiden Entgeltgruppen „33 600 DM bis unter 38 400 DM“ und „38 400 DM bis unter 43 200 DM“ werden die Veränderungen – sowohl das Hereinwachsen größerer Arbeitnehmerkreise als auch deren Übergang in die benachbarte Entgeltkategorie – im Zeitablauf besonders deutlich. 1978 erzielten 13 % der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ein sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt zwischen 33 600 DM und 38 400 DM. Dieser Anteil stieg kontinuierlich auf 20 % 1983 an, sank dann auf 17,3 % im Jahr 1984 ab. Ähnlich stellt sich die Entwicklung in der Klasse „38 400 DM bis 43 200 DM“ dar: 7,9 % der Arbeitnehmer zählten 1978 hier hinein, 1983 waren es bereits 15,3 %; für 1984 lag der Wert mit 15,2 % wieder leicht darunter.

Entsprechend der oben beschriebenen Verschiebungen veränderte sich auch das durchschnittliche Bruttojahresentgelt je ganzjährig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Für 1978 wurde ein Wert von 29 095 DM ermittelt, 1979 lag er bei 31 129 DM, ein Jahr später bei 33 191 DM. Durchschnittlich 34 839 DM betrug das sozialversicherungspflichtige Arbeitsentgelt im Jahr 1981, 36 353 DM waren es 1982. 1983 lag der Betrag mit 37 768 DM noch um rd. 2 000 DM niedriger als 1984, wo durchschnittlich ein Bruttoarbeitsentgelt von 39 720 DM von einem ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer erzielt wurde. Insgesamt ist damit das Durchschnittsentgelt von 1978 bis 1984 um 36,5 % angestiegen. Die jährlichen Zuwachsraten lagen zwischen 3,9 und 7,0 %, wobei sie zunächst von 7 % – 1979 im Vergleich zu 1978 – kontinuierlich auf 3,9 % (1983 gegenüber 1982) absanken. Für 1984 betrug der Zuwachs wieder 5,2 %, was etwa der Veränderungsrate von 1980/81 entspricht.

Durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer 1978 – 1984		
Jahr	Durchschnittlicher Bruttojahresentgelt	Veränderung zum Vorjahr
	DM	%
1978	29 095	x
1979	31 129	+7,0
1980	33 191	+6,6
1981	34 839	+5,0
1982	36 353	+4,3
1983	37 768	+3,9
1984	39 720	+5,2

Mit einer Zunahme um 36,5 % für den gesamten Zeitraum von 1978 bis 1984 lag der Zuwachs des durchschnittlichen Bruttojahresentgelts bei ganzjährig Vollzeitbeschäftigten unter der Erhöhung bei der Beitragsbemessungsgrenze. Dies führte dazu, daß der Anteil des durchschnittlichen Bruttojahresentgelts eines ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers an der Beitragsbemessungsgrenze von 65,5 % 1978 auf 63,7 % 1984 sank.

Pö.

Baulandverkäufe und Durchschnittswerte für Bauland 1985

Die Statistik der Baulandpreise erfaßt Verkäufe unbebauter Grundstücke. Nicht berücksichtigt werden die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehörenden Immobilien, die von einer besonderen Erhebung erfaßt werden, und bereits bebaute Grundstücke.

Preise

Die Finanzämter Nordrhein-Westfalens meldeten 1985 insgesamt 8 526 Baulandverkäufe mit einer Fläche von 9,1 Mill. m²; gegenüber 1984 ging die Zahl der Verkäufe um 13,4 % und die veräußerte Fläche um 12,4 % zurück. Der Veräußerungswert der umgesetzten Fläche betrug 1985 insgesamt rd. 923,7 Mill. DM; der durchschnittliche Quadratmeterpreis lag bei rd. 101,50 DM.

Baulandverkäufe 1962 – 1985 nach Fläche, Wert und Preis								
Jahr	Verkäufe		Fläche		Wert		Verkaufspreis	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr %	1 000 ²	Veränderung gegenüber Vorjahr %	1 000 DM	Veränderung gegenüber Vorjahr %	DM/m ²	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1962	28 422	.	52 360	.	639 307	.	12,21	.
1964	23 566	+ 1,3	39 596	- 8,2	625 724	+ 4,2	15,80	+13,4
1966	19 897	-18,3	31 929	-21,6	587 334	-17,4	18,39	+ 5,3
1968	16 745	+ 9,7	25 185	+15,5	562 815	+29,0	22,35	+11,8
1970	16 420	- 4,1	27 775	-10,8	734 448	+10,7	26,44	+24,0
1971	17 477	+ 6,4	30 186	+ 8,7	892 293	+21,5	29,56	+11,8
1972	16 633	- 4,8	30 236	+ 0,2	1 026 089	+15,0	33,94	+14,8
1973	11 439	-31,2	18 922	-37,4	681 237	-33,6	36,00	+ 6,1
1974	11 334	- 0,9	15 447	-18,4	570 819	-16,2	36,95	+ 2,6
1975	12 135	+ 7,1	15 642	+ 1,3	602 035	+ 5,5	38,49	+ 4,2
1976	13 801	+13,7	15 652	+ 0,1	676 171	+12,3	43,20	+12,2
1977	15 007	+ 8,7	17 683	+13,0	932 085	+37,8	52,71	+22,0
1978	15 883	+ 5,8	25 971	+46,9	1 189 860	+27,7	45,82	-13,1
1979	14 527	- 8,5	22 023	-15,2	1 392 888	+17,1	63,25	+38,0
1980	13 851	- 4,7	19 592	-11,0	1 429 263	+ 2,6	72,95	+15,3
1981	11 349	-18,1	14 939	-23,7	1 284 094	-10,2	85,95	+17,8
1982	10 244	- 9,7	11 593	-22,4	1 104 088	-14,0	95,24	+10,8
1983	10 745	+ 4,9	12 700	+ 9,5	1 285 502	+16,4	101,22	+ 6,3
1984	9 849	- 8,3	10 392	-18,2	1 104 474	-14,1	106,28	+ 5,0
1985	8 526	-13,4	9 100	-12,4	923 719	-16,4	101,50	- 4,5

Die Umsätze der verschiedenen Baulandarten entwickelten sich wie folgt:

Bei baureifem Land verringerte sich die verkaufte Fläche von 6,3 Mill. m² im Jahre 1984 auf 5,2 Mill. m² im Beobachtungsjahr 1985; die Quadratmeterpreise sanken von 152,39 DM auf 149,77 DM.

Bei Rohbauland ging die Nachfrage von 1,3 Mill. m² auf 1,1 Mill. m² zurück; der durchschnittliche Quadratmeterpreis betrug 1985 rd. 51 DM (1984: rd. 48 DM). Beim sonstigen Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke, Freiflächen) erreichte die veräußerte Fläche 1985 mit 2,8 Mill. m² dieselbe Größenordnung wie 1984 (2,8 Mill. m²); der erzielte Quadratmeterpreis lag 1985 bei rd. 33 DM (1984: rd. 31 DM).

Jahr	Baureifes Land		Rohbauland		Sonstiges Bauland	
	1 000 m ²	DM/m ²	1 000 m ²	DM/m ²	1 000 m ²	DM/m ²
1962	15 338	16,98	30 319	10,56	6 703	8,77
1964	10 617	23,39	23 412	13,66	5 567	10,34
1966	10 959	25,67	15 689	15,22	5 281	12,74
1968	10 137	31,60	10 697	16,59	4 351	14,93
1970	11 770	39,27	10 711	17,52	5 294	15,98
1971	13 029	41,64	10 871	20,99	6 286	19,34
1972	13 511	51,58	9 970	21,41	6 755	17,14
1973	9 144	50,62	5 319	26,87	4 459	16,92
1974	7 468	53,94	4 207	23,33	3 772	18,53
1975	8 141	54,39	2 983	27,55	4 519	17,05
1976	9 637	56,60	3 387	23,80	2 628	19,08
1977	11 241	67,07	3 161	32,88	3 281	22,60
1978	12 707	76,32	3 180	32,41	10 082	11,59
1979	12 428	90,79	3 760	33,53	5 836	23,73
1980	11 112	102,68	3 269	45,75	5 211	26,62
1981	9 026	122,11	2 132	36,96	3 781	27,26
1982	6 931	136,04	1 620	39,28	3 042	32,08
1983	7 567	147,35	2 242	35,41	2 891	31,49
1984	6 251	152,39	1 336	48,04	2 804	31,23
1985	5 156	149,77	1 138	50,71	2 806	33,41

Größe der veräußerten Grundstücke

Von den 1985 registrierten Veräußerungsfällen hatten Grundstücke zwischen 500 bis 1 000 m² den größten Anteil (46,0 %). 34,6 % der Grundstücke hatten eine Fläche von unter 500 m², 19,4 % waren größer als 1 000 m². Bei baureifem Land, das wie Rohbauland vorwiegend dem Wohnungsbau dient, standen mit 63,5 % die Grundstücke mit einer Größe von über 500 m² im Vordergrund; hier war vor allem die Grundstücksgröße „500 bis 1 000 m²“ am stärksten gefragt (50,8 % aller Veräußerungsfälle).

Beim verkauften Industrieland überwogen die größeren Grundstücke: 43,7 % der Verkaufsfälle hatten eine Fläche zwischen 1 000 bis 3 000 m² und 38,7 % eine Größe von über 3 000 m². Grundstücksgrößen bis zu 1 000 m² waren bei dieser Baulandart nur mit 17,6 % beteiligt.

Art der Grundstücke	Verkäufe					
	insgesamt	davon ... bis unter ... m ²				
		100 – 300	300 – 500	500 – 1 000	1 000 – 3 000	3 000 und mehr
Anzahl	%					
Baureifes Land	7 093	12,9	23,6	50,8	10,8	1,9
Rohbauland	602	10,6	12,3	36,0	28,1	13,0
Industrieland	506	4,8	4,9	7,9	43,7	38,7
Land für Verkehrszwecke	263	40,7	15,6	16,3	16,0	11,4
Freiflächen	62	30,6	6,5	25,8	27,4	9,7
Bauland insgesamt	8 526	13,2	21,4	46,0	14,2	5,2

Bei Grundstücken, die als Freiflächen (Parks, Parkplätze, Kinderspielplätze u. ä.) dienen, hatten 25,8 % der Verkaufsfälle eine Größe von 500 bis unter 1 000 m² und 37,1 % eine Fläche von 1 000 m² und mehr.

Beim Land für Verkehrszwecke – insbesondere für den Straßenbau – wurden überwiegend kleinere Grundstücke bis zu 300 m² (40,7 %) veräußert.

Veräußerer und Erwerber unbebauter Grundstücke

Wie in den Vorjahren wurden auch im Jahre 1985 die Baulandverkäufe vor allem zwischen natürlichen Personen abgewickelt. Die veräußerten Grundstücke (Verkaufsfälle) befanden sich zu 60,3 % (Flächenanteil: 56,0 %) in Privathand. Beachtliche Quoten entfielen wie im Vorjahr aber auch auf die Gemeinden: Sowohl an der Zahl der Veräußerungsfälle als auch an der verkauften Fläche waren sie mit 20,2 % bzw. 22,0 % überdurchschnittlich beteiligt.

Grundstückserwerber waren weit überwiegend Privatpersonen; auf sie entfielen 1985 bei den Kauffällen 83,8 % und bei der erworbenen Fläche 60,2 %. Im gleichen Zeitraum hatten die Gemeinden an den erworbenen Grundstücken eine Quote von 5,5 % und an der erworbenen Fläche von 14,2 %. Wohnungsunternehmen und sonstige juristische Personen (Aktien-, Kommandit-, Offenen Handelsgesellschaften) waren Verkäufer von 20,0 % der veräußerten Fläche; sie erwarben 23,0 % der insgesamt umgesetzten Fläche. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen waren auch 1985 nur unwesentlich beteiligt.

Bauland 1985 nach Veräußerern und Erwerbern				
Wirtschaftseinheit	Veräußerer		Erwerber	
	Fälle	Fläche	Fälle	Fläche
%				
Natürliche Personen	60,3	56,0	83,8	60,2
Bund	0,5	0,8	0,4	1,2
Land	0,5	1,2	0,7	1,4
Gemeinden	20,2	22,0	5,5	14,2
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	4,3	3,1	0,6	1,7
Freie Wohnungsunternehmen	5,0	3,7	2,9	4,7
Sonstige juristische Personen	9,2	13,2	6,1	16,6

Grundstücksverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte nach Gemeindegrößenklassen

Wie in den Vorjahren wurden die meisten Baulandverkäufe in ländlichen Gebieten getätigt. Von der umgesetzten Fläche unbebauter Grundstücke entfielen auf die Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern 6,7 % und auf Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern 21,5 %. Den größten Anteil (33,3 %) hatten die Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern. Kommunen mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern waren an der veräußerten Fläche mit 13,8 % beteiligt. Im großstädtischen Raum entfielen auf die Gemeinden von 100 000 bis unter 500 000

Baulandverkäufe 1985 nach Gemeindegrößenklassen und Grundstücksarten									
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Bauland			Von dem Bauland war					
	baureifes Land		Rohbauland		sonstiges Bauland				
	1 000 m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²
unter 10 000	615	6,7	46,27	53,3	69,62	20,0	21,65	26,7	17,99
10 000 – 20 000	1 955	21,5	60,11	60,9	84,55	14,1	26,67	25,0	19,55
20 000 – 50 000	3 027	33,3	79,68	54,7	122,67	11,1	42,25	34,2	22,95
50 000 – 100 000	1 253	13,8	133,42	67,8	174,95	11,5	48,71	20,7	45,01
100 000 – 500 000	1 651	18,1	154,42	52,0	237,68	13,8	104,78	34,2	48,06
500 000 und mehr	599	6,6	191,03	45,9	339,16	5,6	79,86	48,5	63,90
Insgesamt	9 100	100	101,50	56,7	149,77	12,5	50,71	30,8	33,41

Einwohnern 18,1 % und auf die Größenklasse „500 000 und mehr Einwohner“ 6,6 % der veräußerten Baulandflächen.

An der in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1985 insgesamt umgesetzten Fläche hatte baureifes Land einen Anteil von 56,7 % und Rohbauland einen Anteil von 12,5 %; auf das sonstige Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke, Freiflächen) entfielen 30,8 %. Bis auf die Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohner dominierten die Umsätze von baureifem Land. Die Anteile von Rohbauland an der umgesetzten Fläche schwankten innerhalb der Gemeindegrößenklassen zwischen 5,6 % und 20,0 %, wobei die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern den höchsten und Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern den niedrigsten Anteil hatten.

Das sonstige Bauland, das überwiegend Industrieland ist, erreichte in Städten mit 500 000 und mehr Einwohnern einen Anteil von 48,5 % der veräußerten Fläche, in Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 20,7 % und in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern 26,7 %.

Die Höhe der durchschnittlichen Quadratmeterpreise steht in engem Zusammenhang mit der Einwohnerzahl der Gemeinden. Für baureifes Land wurden in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern rd. 70 DM gezahlt. Mit wachsender Einwohnerzahl steigen die Preise stark an und erreichten in Gemeinden mit über 500 000 Einwohnern einen Quadratmeterpreis von rd. 339 DM. Beachtliche Preisspannen wurden auch bei Rohbauland und bei sonstigem Bauland ermittelt. Für Rohbauland betrug der Quadratmeterpreis in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern rd. 22 DM, in Großstädten mit 100 000 bis unter 500 000 Einwohnern dagegen rd. 105 DM. Für das sonstige Bauland reichte die Preisspanne von 18 DM/m² bis 64 DM/m².

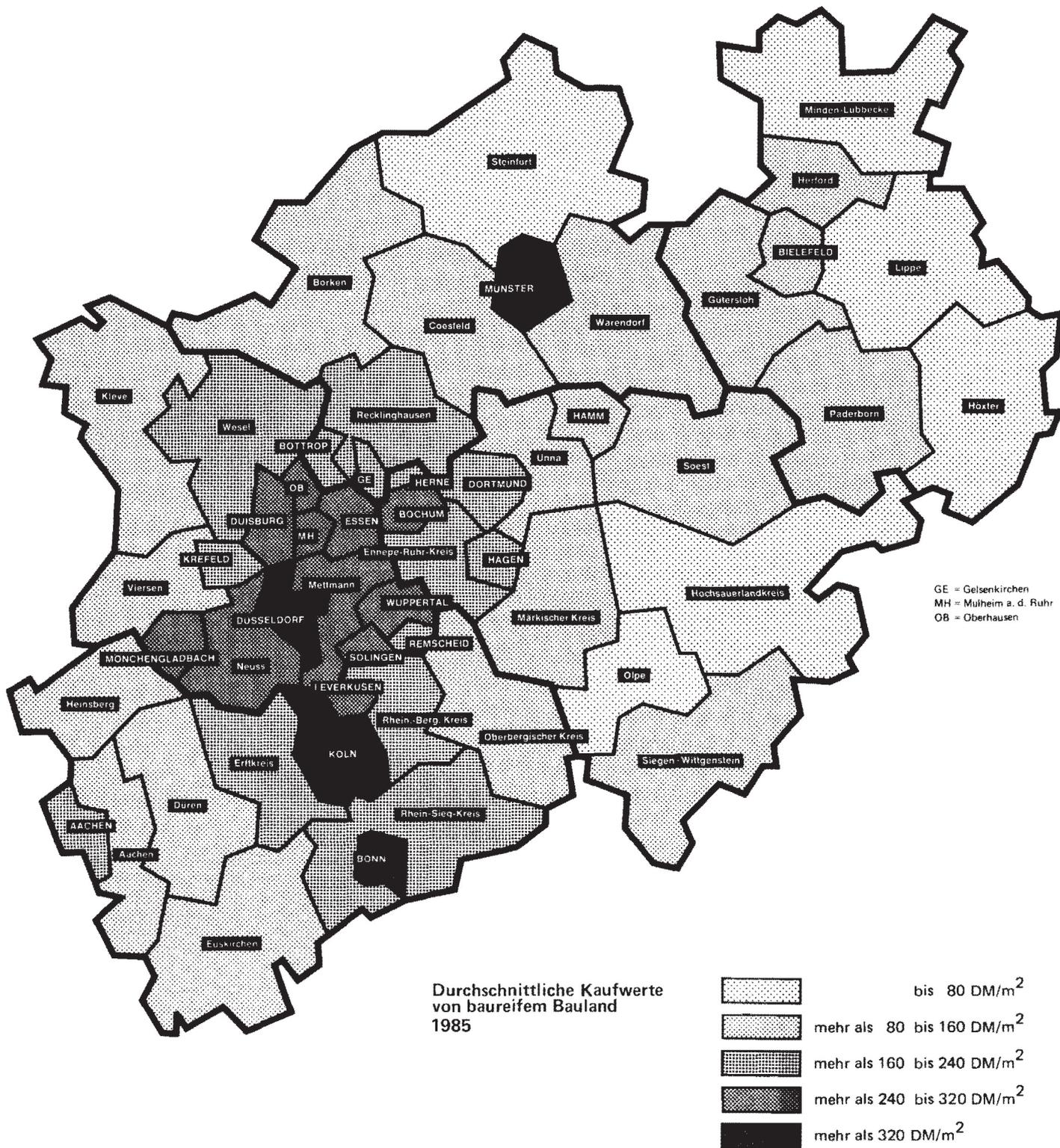
In Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1985 ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von unter 50 DM für 20,6 % der veräußerten Grundstücke bezahlt. Auf die Preisspanne „50 bis unter 100 DM/m²“ entfielen 25,9 % der Verkaufsfälle; bei 32,6 % lag die Preisspanne zwischen 100 und 200 DM/m². Für 18,7 % wurde ein Quadratmeterpreis von 200 bis unter 400 DM erzielt; bei 2,2 % der Verkaufsfälle lagen die Grundstückspreise bei über 400 DM/m².

Bei der Differenzierung der Baulandpreise nach der Einwohnerzahl der Gemeinden zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Grundstückspreisen und Einwohnerzahl: So wurden in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern 85,3 % der Grundstücke zu einem Quadratmeterpreis von unter 100 DM veräußert; höhere Preise hatten damit nur einen Anteil von 14,7 %.

Während somit der Grundstücksmarkt in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern weitgehend durch Quadratmeterpreise von weniger als 100 DM gekennzeichnet ist, steigt der Anteil der Grundstücksverkäufe mit 100 DM/m² und mehr mit zunehmender Gemeindegröße: in der Größenklasse „10 000 bis unter 20 000 Einwohnern“ betrug dieser Anteil bereits 31,0 %, in Gemeinden von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern wurden 49,3 % und in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern sogar 72,4 % der veräußerten Grundstücke zu einem Quadratmeterpreis von 100 DM und mehr abgegeben.

Im großstädtischen Raum verlagert sich der Grundstücksmarkt zur höchsten Preisklasse hin (400 DM/m²): Während in Gemeinden mit bis zu 100 000 Einwohnern auf diese Kategorie 0,6 % der Grundstücksverkäufe entfielen, stieg dieser

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Verkäufe							
	insgesamt	davon ... bis unter ... DM/m ²						
		unter 50	50 – 100	100 – 150	150 – 200	200 – 300	300 – 400	400 und mehr
		%						
unter 10 000	565	50,3	35,0	8,3	3,4	2,8	–	0,2
10 000 – 20 000	1 923	34,3	34,7	19,8	5,3	5,0	0,6	0,3
20 000 – 50 000	2 830	19,1	31,6	21,1	15,0	10,1	2,6	0,5
50 000 – 100 000	1 345	7,4	20,2	23,2	22,2	20,6	4,8	1,6
100 000 – 500 000	1 461	9,1	9,2	14,6	19,1	28,5	13,8	5,7
500 000 und mehr	402	10,0	10,0	13,9	12,4	25,9	13,4	14,4
Insgesamt	8 526	20,6	25,9	18,8	13,8	14,0	4,7	2,2



Anteil in Städten mit bis zu 500 000 Einwohnern auf 5,7 %; in den größten Städten (mit über 500 000 Einwohnern) betrug er sogar 14,4 %.

Baulandverkäufe nach Baugebieten

Die Darstellung der hier erfaßten Grundstücksverkäufe nach Baugebieten zeigt, daß in dichtbesiedelten Gebieten nur noch wenig Baulandverkäufe abgewickelt werden und der Grundstücksmarkt sich fast ausschließlich auf die Randgebiete der Städte und auf weniger dicht besiedelte Räume verlagert hat: Von der 1985 umgesetzten Fläche entfielen auf Wohngebiete in offener Bauweise 55,6 % sowie auf Industrie- und Dorfgebiete 30,7 %. Wohngebiete in geschlossener Bauweise hatten an der umgesetzten Fläche nur einen Anteil von 9,5 %, mit Wohngebieten gemischte Geschäftsgebiete von 4,2 %. Rohbauland war fast nur noch in Wohngebieten in offener Bauweise (78,5 %) und im Industrie- und Dorfgebiet (12,6 %) zu erwerben.

Baulandverkäufe 1985 nach Baugebieten										
Art der Grundstücke	Verkäufe insgesamt		Von dem Bauland lag in							
			Geschäftsgebieten, gemischt mit Wohngebieten		Wohngebieten in				Industrie- und Dorfgebiet	
					geschlossener		offener			
					Bauweise					
1 000 m ²	DM/m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²	%	DM/m ²	
Baureifes Land	5 156	149,77	5,7	320,45	14,5	194,48	74,3	133,73	5,5	70,16
Rohbauland	1 138	50,71	1,6	36,40	7,3	54,49	78,5	54,41	12,6	27,31
Sonstiges Bauland	2 806	33,41	2,3	58,80	1,5	63,59	11,9	30,42	84,3	32,62
Bauland insgesamt	9 100	101,50	4,2	262,44	9,5	174,96	55,6	112,91	30,7	36,15

In den mit Wohngebieten gemischten Geschäftsgebieten betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Bauland 262 DM und in Wohngebieten in geschlossener Bauweise 175 DM, in Wohngebieten in offener Bauweise 113 DM; im Industrie- und Dorfgebiet wurden 36 DM gezahlt. Für baureifes Land konnte in mit Wohngebieten gemischten Geschäftsgebieten ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 320 DM erzielt werden, in Wohngebieten in geschlossener Bauweise 194 DM und in Wohngebieten in offener Bauweise 134 DM.

KI.

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau 1985

Löhne und Gehälter

Die vollbeschäftigten männlichen Arbeiter im nordrhein-westfälischen Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau) erreichten im Jahresdurchschnitt 1985 einen mittleren regelmäßigen Bruttostundenverdienst von 16,89 DM, während das durchschnittliche Arbeitsentgelt in der Gesamtindustrie bei 17,42 DM lag. Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit betrug im Hoch- und Tiefbau 40,1 Stunden (Gesamtindustrie: 41,3), so daß sich ein Bruttowochenverdienst von 681 DM ergab.

Durchschnittlich bezahlte Arbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter sowie Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Hoch- und Tiefbau*) und in der Gesamtindustrie 1985								
Jahr Monat	Männliche Arbeiter						Bruttoverdienst der Angestellten	
	bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst		Bruttowochenverdienst		Hoch- und Tiefbau Gesamtindustrie	
	Hoch- und Tiefbau	Gesamtindustrie	Hoch- und Tiefbau	Gesamtindustrie	Hoch- und Tiefbau	Gesamtindustrie		
	h		DM					
1985 Januar	39,1	41,4	16,78	16,91	656	700	4 079	4 112
April	39,1	41,0	16,75	17,36	654	713	4 166	4 180
Juli	41,0	41,3	16,82	17,54	690	725	4 249	4 223
Oktober	41,1	41,3	17,06	17,57	702	726	4 365	4 231
Jahresdurchschnitt	40,1	41,3	16,89	17,42	681	719	4 245	4 200

*) einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der männlichen Bauarbeiter lag im Oktober 1985 um 1,9 % über dem Oktoberwert 1984. In der Gesamtindustrie stieg der Stundenlohn im gleichen Zeitraum um 4,6 %. Beim Bruttowochenverdienst ergab sich im Jahresabstand (Okt. 85/84) im Hoch- und Tiefbau eine Zunahme von 4,8 % und im Durchschnitt der Gesamtindustrie eine Zunahme von 3,9 %. Die mittlere wöchentliche Arbeitszeit war 1985 mit 40,1 Stunden um 0,3 Stunden höher als im Jahre 1984 (39,8 Stunden). Im Durchschnitt der Gesamtindustrie lag sie mit 41,3 Stunden um 0,2 Stunden unter dem für 1984 (41,5 Stunden) errechneten Wert.

Der regelmäßige mittlere Bruttomonatsverdienst der vollbeschäftigten Angestellten im Hoch- und Tiefbau Nordrhein-Westfalens betrug im Jahresdurchschnitt 1985 4 245 DM. Im Durchschnitt der Gesamtindustrie erreichten die Angestellten dagegen einen Monatsverdienst von 4 200 DM. Der Anstieg der Angestelltegehälter im Hoch- und Tiefbau im Laufe des Jahres 1985 lag zwischen der Erhöhung der Stunden- und Wochenlöhne der Bauarbeiter. Die Angestellten im Baubereich verdienten im Oktober durchschnittlich 3,1 % mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Durchschnitt der Gesamtindustrie ergab sich für die Angestellten im gleichen Zeitraum eine Verdienststeigerung von 3,6 %.

KI.

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Zusammenfassende Schriften

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1986
(724 S., 39,00 DM; Bestell-Nr. Z 02 1 8600)

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1986
(124 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. Z 03 1 8600)

Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens 1986,
Informationen aus der amtlichen Statistik
(376 S., 13,00 DM; Bestell-Nr. Z 04 1 8600)

Sonderveröffentlichungen

Der Weserraum — ausgewählte Daten
(96 S., 5,00 DM; Bestell-Nr. Z 17 4 8600)

Jahresgesundheitsbericht Nordrhein-Westfalen 1985
(172 S., 16,50 DM; Bestell-Nr. A 52 4 8500)

Verzeichnisse

Behördenverzeichnis Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1986/87
(386 S., 26,00 DM; Bestell-Nr. Z 11 5 8600)

Verzeichnis der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen 1986
(368 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. A 53 5 8600)

Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen

Heft 556: Berufsbildungsstatistik in NRW 1985
(264 S., 25,50 DM; Bestell-Nr. B 25 2 8500)

Heft 558: Berufsbildende Schulen in NRW 1985
(216 S., 20,00 DM; Bestell-Nr. B 21 2 8500)

Heft 564: Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
in Nordrhein-Westfalen 1978 — 1985
(224 S., 21,50 DM; Bestell-Nr. E 93 2 8500)

Heft 559: Zahlungsschwierigkeiten in NRW 1985
(56 S., 5,50 DM; Bestell-Nr. J 13 2 8500)

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unseren Veröffentlichungs-Kurzkatalog.

Jahr	Ergebnisrechnung	Vertriebskosten		Ergebnisrechnung	Vertriebskosten	Ergebnisrechnung	Vertriebskosten
		1980	1981				
1980	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1981	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1982	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1983	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1984	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1985	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1986	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1987	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1988	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1989	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1990	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1991	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1992	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1993	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1994	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1995	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1996	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1997	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1998	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
1999	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2001	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2002	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2003	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2004	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2005	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2006	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2007	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2008	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2009	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2010	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2011	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2012	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2013	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2014	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2015	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2016	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2017	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2018	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2019	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2020	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2021	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2022	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2023	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2024	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2025	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2026	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2027	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2028	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2029	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2030	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000

TABELLENTEIL

Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1960 – 1985

1 000 t SKE



Jahr	Energieverbrauch insgesamt ¹⁾	Kohle	Leichtes Heizöl	Schweres Heizöl	Gas	Strom
1960	64 286	49 535	645	4 030	8 916	1 160
1961	63 497	47 802	849	4 891	8 875	1 080
1962	63 349	46 676	1 158	6 102	8 566	847
1963	62 660	45 231	1 530	6 809	8 224	866
1964	65 243	45 418	1 826	7 940	8 912	1 147
1965	65 141	43 050	2 252	9 268	9 231	1 340
1966	61 776	38 985	2 451	10 206	8 652	1 482
1967	60 898	37 763	2 435	10 633	8 679	1 388
1968	63 171	36 910	2 699	11 515	10 592	1 455
1969	66 248	36 671	2 975	12 380	12 549	1 673
1970	70 176	38 209	3 087	13 145	14 051	1 684
1971	69 399	38 222	3 103	12 072	15 000	1 002
1972	65 668	31 459	3 252	12 798	15 533	2 626
1973	68 946	32 236	3 413	13 391	16 602	3 304
1974	70 203	34 567	2 835	11 956	17 332	3 513
1975	59 560	25 936	2 601	10 238	16 764	4 021
1976	61 188	25 838	2 599	11 063	17 186	4 502
1977	60 900	24 601	2 576	10 214	18 902	4 607
1978	60 301	25 773	2 601	10 071	17 402	4 454
1979	62 966	27 619	2 503	9 505	18 698	4 641
1980	60 182	27 540	1 961	7 935	17 988	4 758
1981	56 148	27 319	1 594	6 144	16 269	4 822
1982	52 316	24 957	1 916	6 114	14 637	4 692
1983	51 640	24 823	1 925	5 741	14 123	5 028
1984	53 284	26 940	1 904	5 511	13 663	5 266
1985	52 231	26 335	1 778	4 900	13 641	5 577

1) ohne Stromerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

Verbrauchsstruktur von Kohle, Heizöl, Gas und Strom im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1960 – 1985 nach Hauptgruppen

%

2

Wirtschaftsgruppen	1960	1965	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Kohle														
Bergbau	37,1	37,5	39,9	25,2	27,8	29,6	31,3	30,5	28,7	28,1	29,6	30,4	28,3	26,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	56,9	58,7	57,8	73,3	70,7	68,9	67,3	68,3	70,2	70,8	69,1	68,3	70,4	71,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1,7	1,4	1,0	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2,4	1,3	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,9	1,1	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8
schweres Heizöl														
Bergbau	1,5	0,4	1,1	0,4	0,4	1,5	1,4	1,3	1,1	1,4	1,4	1,5	1,6	1,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	73,1	77,9	79,6	81,1	81,5	79,3	79,1	79,0	77,4	73,6	76,0	77,4	77,3	76,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	4,3	3,9	3,4	3,1	3,2	3,5	3,6	3,6	3,9	4,4	3,8	3,9	3,8	4,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	17,6	12,2	10,4	9,0	8,4	9,0	9,2	9,2	9,9	10,9	10,0	9,6	9,8	10,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3,5	5,6	5,5	6,4	6,5	6,7	6,7	6,9	7,7	9,7	8,8	7,6	7,5	7,1
leichtes Heizöl														
Bergbau	0,9	1,6	2,6	2,7	2,7	4,8	5,3	5,2	3,4	3,5	2,4	2,1	1,9	1,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	42,6	43,5	40,6	38,3	35,7	33,9	32,5	31,8	31,4	28,5	49,4	54,3	54,0	52,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	35,5	32,6	33,7	34,5	36,2	36,1	36,0	36,5	38,1	39,5	28,1	25,4	25,8	26,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	13,7	15,6	15,9	15,5	15,8	15,3	16,4	16,5	16,3	16,6	12,0	10,6	10,5	11,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7,3	6,7	7,2	9,0	9,6	9,9	9,8	10,0	10,8	11,9	8,1	7,6	7,8	7,9
Gas														
Bergbau	36,8	45,4	27,3	19,6	16,6	13,3	12,5	12,2	14,7	15,8	17,4	14,2	12,0	13,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	52,5	44,0	63,7	67,2	69,8	70,0	70,5	71,9	68,4	66,7	64,6	67,2	68,7	68,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	6,9	7,0	5,5	6,5	6,8	6,8	8,0	7,7	8,5	8,5	8,6	8,5	9,1	9,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,4	3,3	3,1	5,1	5,1	8,1	7,1	6,5	6,6	6,9	7,0	7,3	7,6	6,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,4	0,3	0,4	1,6	1,7	1,8	1,9	1,7	1,8	2,1	2,4	2,8	2,6	2,8
Strom														
Bergbau	23,0	21,5	16,5	14,4	13,6	13,5	13,6	13,8	14,6	15,3	16,3	15,8	15,2	15,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	63,6	64,3	68,0	70,0	70,5	69,8	69,3	69,5	68,5	67,7	66,0	66,6	67,2	66,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	6,5	7,4	8,1	7,9	8,1	8,4	8,6	8,5	8,7	8,7	9,1	9,0	9,1	9,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5,1	5,0	5,5	5,6	5,7	6,1	6,2	6,0	5,9	5,8	6,1	6,1	6,1	6,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,8	1,8	1,9	2,1	2,1	2,2	2,3	2,2	2,3	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4
Insgesamt¹⁾														
Bergbau	33,6	31,0	26,9	17,4	17,3	17,3	18,1	18,1	18,6	19,5	20,4	20,0	18,8	18,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	57,7	59,3	63,0	71,1	70,9	69,6	68,9	69,6	69,2	68,4	67,5	68,2	69,6	69,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	3,2	4,0	4,3	4,8	5,1	5,3	5,5	5,3	5,4	5,2	5,2	5,1	5,1	5,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,7	3,8	3,9	4,3	4,3	5,3	5,0	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,2	4,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,8	1,9	1,9	2,4	2,4	2,5	2,5	2,3	2,3	2,5	2,6	2,4	2,3	2,3

1) einschl. Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen

Hauptgruppe	Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Energie insgesamt SKE ¹⁾	Kohle insgesamt SKE	extra leicht und leicht
				t
G/P	Mineralölverarbeitung	3 589 681	-	441 510
G/P	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2 195 436	1 280 119	50 409
G/P	Eisenschaffende Industrie	16 094 861	11 371 659	28 664
G/P	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	2 429 715	1 043 097	10 673
G/P	Gießerei	541 700	133 236	24 061
G/P	Stabziehereien, Kaltwalzwerke	149 282	-	5 982
G/P	Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen)	147 904	258	6 153
I	Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen	247 943	56	17 170
I	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	254 052	18	21 686
G/P	Mechanik	693	-	61
I	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	168 841	829	19 651
I	Maschinenbau	845 593	51 557	100 097
I	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	551 458	59 412	39 673
I	Schiffbau	2 102	21	540
I	Luft- und Raumfahrzeugbau	1 855	-	.
I	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	421 656	6 304	47 357
I	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	16 113	-	3 685
I	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	444 764	589	69 454
V	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmabdrücke	6 768	23	1 711
G/P	Chemische Industrie	10 719 242	4 626 569	65 056
I	Herstellung von Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	18 939	-	.
V	Feinkeramik	58 060	-	1 380
V	Herstellung und Verarbeitung von Glas	732 011	-	5 266
G/P	Holzbearbeitung	91 698	10 857	4 937
V	Holzverarbeitung	100 642	1 365	23 684
G/P	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	999 088	394 241	1 108
V	Papier- und Pappeerarbeitung	336 144	7	14 293
V	Druckerei, Vervielfältigung	94 697	6	10 796
V	Herstellung von Kunststoffwaren	246 748	6 324	26 876
G/P	Gummiverarbeitung	122 217	21 163	5 921
V	Ledererzeugung	.	2 161	920
V	Lederverarbeitung	7 435	582	1 992
V	Textilgewerbe	616 239	40 427	32 810
V	Bekleidungsindustrie	53 932	6	14 566
V	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	.	-	-
N/G	Ernährungsgewerbe	1 270 696	206 304	94 971
N/G	Tabakverarbeitung	3 456	-	631
B	Bergbau (B)	8 634 959	7 078 110	22 939
G/P	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (G/P)	37 081 514	18 881 198	644 535
I	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (I)	2 973 321	118 788	320 370
V	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (V)	2 267 122	50 900	134 294
N/G	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (N/G)	1 274 152	206 304	95 602
	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau)	52 231 067	26 335 302	1 217 740

1) ohne Stromeigenerzeugung aus Kohle und sonstigen Quellen außer aus Wasserkraft

**Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1985 nach
hauptbeteiligten Wirtschaftszweigen
– Betriebsergebnisse –**

3

Verbrauch an				Haupt- gruppe
Heizöl	Orts-, Kokerei- und Ferngas	Erdgas	Strom	
mittelschwer, schwer und extra schwer	1 000 Nm ³		1 000 kWh	
1 469 018	334 271	179 411	2 811 290	G/P
71 902	12 816	393 577	2 065 254	G/P
130 680	1 388 013	1 527 541	12 280 120	G/P
46 908	40 505	313 474	9 230 416	G/P
1 884	16 691	157 031	1 318 953	G/P
2 224	3 483	73 179	373 169	G/P
–	5 691	71 912	370 231	G/P
1 405	20 468	114 136	482 343	I
861	10 440	119 208	533 309	I
–	33	73	3 881	G/P
10 058	3 858	68 149	315 721	I
48 367	37 145	244 751	1 972 712	I
29 683	4 375	155 491	1 632 122	I
33	–	546	4 810	I
–	–	–	6 473	I
48 621	4 322	101 318	1 246 337	I
1 140	470	2 491	45 399	I
12 858	20 069	141 221	1 068 604	I
14	86	1 279	21 058	V
820 842	242 136	2 703 411	20 423 895	G/P
853	–	–	65 279	I
11	–	41 838	47 365	V
207 225	50 358	217 882	921 381	V
10 595	–	12 870	366 028	G/P
4 375	293	5 712	429 533	V
99 615	1 229	210 173	2 432 077	G/P
30 827	12 923	153 571	597 262	V
1 998	12 146	17 062	334 015	V
11 714	5 578	33 129	1 132 091	V
10 749	712	37 558	261 489	G/P
4 753	–	1 752	–	V
34	161	1 147	18 914	V
99 292	1 760	206 587	1 200 767	V
6 881	740	7 307	114 863	V
–	–	–	–	V
247 234	4 016	313 045	1 901 928	N/G
–	–	1 303	7 899	N/G
67 039	1 493 177	2 177	11 858 558	B
2 664 417	2 045 580	5 680 210	51 936 803	G/P
153 879	101 147	955 746	7 373 109	I
367 074	84 045	687 266	4 835 010	V
247 234	4 016	314 348	1 909 827	N/G
3 499 643	3 727 965	7 639 747	77 913 307	

Veröffentlichungen zur Bundestagswahl in NRW 1987

Im Zusammenhang mit der Wahl zum Deutschen Bundestag gibt das LDS NRW als Ergebnisbericht – gemäß dem jeweiligen Auswertungsstand – wieder eine Folge von Veröffentlichungen heraus. Nach bisherigen Erfahrungen empfiehlt es sich, rechtzeitig die komplette fünfteilige Reihe vorzubestellen. Die jeweiligen Berichte werden sofort nach Fertigstellung ausgeliefert.

Zur **Bundestagswahl 1987** erscheinen im einzelnen:

- **Heft 1: Ergebnisse früherer Wahlen** in Nordrhein-Westfalen (enthält für die Wahlkreise 53 – 123 Ergebnisse der Bundestagswahlen 1980 und 1983 (Erst- und Zweitstimmen), der Europawahl 1984, der Kommunalwahlen 1984 sowie der Landtagswahl 1985; außerdem gebietliche Abgrenzungen und ausgewählte Strukturdaten für die einzelnen Wahlkreise; erschienen im Februar 1986, 64 S. + 6 mehrf. Karten, 7,00 DM; Bestell-Nr. B 71 3 8700)
- **Heft 2: Vorläufige Ergebnisse** (Wahlkreise, gewählte Bewerber; erschienen am 26. Januar 1987, 88 S., 8,00 DM; Bestell-Nr. B 72 3 8700)
- **Heft 3: Endgültige Ergebnisse** (Wahlkreise, gewählte Bewerber; erscheint ca. Mitte Februar 1987; ca. 90 S., 8,50 DM; Bestell-Nr. B 73 3 8700)
- **Heft 4: Ergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden** (erscheint etwa Ende April 1987; ca. 180 S. + 14 mehrf. Karten, 20,50 DM; Bestell-Nr. B 74 3 8700)
- **Heft 5: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht** (erscheint im Mai 1987; ca. 90 S., 8,50 DM; Bestell-Nr. B 75 3 8700)

Im Sommer 1986 wurde daneben erstmalig eine **Wahlkreismappe** für die einzelnen nordrhein-westfälischen Bundestags-Wahlkreise (jeweils zugehörige Gemeinden) herausgegeben, von der Einzelstücke (Wahlkreise 53 – 123) noch nachgeliefert werden können. Sie enthält jeweils Vergleichszahlen zu früheren Wahlen, (Wähler-)Strukturdaten, übergreifende regionale Wahlergebnisse sowie acht mehrfarbige Karten. Preis pro Einzelmappe 10,00 DM.

ZAHLENSPIEGEL

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	16 777	16 686
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 503	8 443
3	*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	6,1
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	13 192	13 309
5	*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,4	9,6
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	4,7	4,3
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 710	15 930
8	*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,2	11,5
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	148	136
10	*	je 1 000 Lebendgeborene	11,2	10,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (—)	Anzahl	—2 517	—2 621
12	*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	— 1,8	—1,9
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	16 719	18 395
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	25 276	18 260
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—)	"	—8 557	+135
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	36 562	40 811
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	717	734
18	* darunter Männer	"	411	414
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 077	2 069
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	639	622
21	* Schweine	"	6 177	6 356
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 319	2 296
23	* Zuchtsauen	"	706	731
24	* darunter trächtig	"	466	474
Schlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder	1 000 St.	77	74
26	* Kälber	"	22	23
27	* Schweine	"	989	1 021
28	* darunter Hausschlachtungen	"	16	14
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	106	107
30	* darunter Rinder	"	22	21
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	81	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken	1 000	2 222	1 997
34	* für Masthühnerküken	"	2 782	2 852
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 003	3 321
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	271	264
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,9	96,4
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	* Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	114	121
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 947
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 357	1 363
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	190 156	189 383
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 004	4 174
45	* Gehälter (brutto)	"	2 694	2 797
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	33 635	35 360
47	* darunter Auslandsumsatz	"	9 737	10 476

1) Bei den Werten des Jahres 1986 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — Viehbestand am 3. Dezember 1984 bzw. 3. Dezember 1985 — 7) aus gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat — 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und

1985			1986			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
16 684	16 682	16 678	16 670	1
12 346	8 980	8 651	10 043	10 560	9 980	...	2
8,7	6,5	6,1	7,1	3
13 948	14 207	13 688	14 963	14 586	15 400	...	4
9,8	10,4	9,7	10,6	5
3,6	4,1	3,7	2,9	4,6	4,0	...	6
14 537	14 666	15 489	14 790	14 072	14 729	...	7
10,3	10,7	10,9	10,4	8
116	120	128	119	141	150	...	9
8,3	8,4	9,4	8,0	9,7	9,7	...	10
-589	-459	-1 801	+173	+514	+671	...	11
-0,4	-0,3	-1,3	+0,1	12
22 076	21 027	21 010	25 118	13
22 399	22 519	23 488	20 891	14
-323	-1 492	-2 478	+4 227	15
42 121	40 577	42 743	40 440	16
729	713	709	719	721	699	689	17
399	387	384	380	381	369	364	18
.	19
.	20
6 495	.	.	.	6 572	.	.	21
2 273	.	.	.	2 359	.	.	22
733	.	.	.	745	.	.	23
476	.	.	.	488	.	.	24
76	77	91	71	69	83	93	25
26	27	26	25	27	31	30	26
1 017	1 038	1 113	1 075	996	1 090	1 148	27
6	7	11	6	5	7	10	28
108	110	121	113	106	119	127	29
22	22	26	22	20	25	27	30
3	3	3	3	3	4	4	31
82	84	90	88	82	90	95	32
2 188	1 713	1 380	1 358	1 679	1 892	1 064	33
3 063	2 895	2 998	3 343	3 000	3 410	3 146	34
3 345	3 457	3 613	3 866	3 655	3 881	4 205	35
271	243	242	301	276	249	250	36
96,8	96,2	96,2	97,6	97,1	96,6	96,3	37
13,7	12,6	12,2	15,6	14,3	13,3	13,0	38
113	120	131	120	101	122	123	39
95	103	102	96	83	100	102	40
1 968	1 970	1 962	1 973	1 977	1 986	1 977	41
1 382	1 381	1 374	1 384	1 386	1 390	1 382	42
193 930	194 990	208 843	198 870	165 096	193 719	207 219	43
4 199	4 103	4 723	4 458	4 416	4 360	4 952	44
2 663	2 667	2 733	2 919	2 820	2 803	2 853	45
34 535	37 385	38 976	34 779	29 026	35 224	36 789	46
10 090	10 868	11 202	10 143	7 939	9 987	10 548	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 6) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: ohne Innereien — 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 9) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 245	2 195
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	949	947
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	304	311
4	* Erd- und Erdölgas	"	645	636
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	437	393
6	* leichtes Heizöl	"	109	102
7	* schweres Heizöl	"	328	291
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 389	6 493
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 717
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	88	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	168	163
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	136	133
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 963	15 878
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	428	439
15	Gehälter (brutto)	"	169	171
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 143	2 135
17	darunter Auslandsumsatz	"	335	294
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	118	122
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	97	98
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	530	528
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	356	354
22	geleistete Arbeiterstunden	"	50 374	49 480
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 159	1 197
24	Gehälter (brutto)	"	869	905
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 684	14 371
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 241	4 582
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	124
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	104
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	822	839
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	561	575
31	geleistete Arbeiterstunden	"	79 931	81 178
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 629	1 736
33	Gehälter (brutto)	"	1 197	1 247
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	10 708	11 627
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 101	4 437
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	95	96
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	319	315
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	237	234
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 585	32 677
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	616	625
42	Gehälter (brutto)	"	325	335
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 307	4 434
44	darunter Auslandsumsatz	"	862	947
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	102	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	102
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 303	10 170
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	172	177
50	Gehälter (brutto)	"	134	139
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 793	2 793
52	darunter Auslandsumsatz	"	198	216
Handwerk⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	96,9	95,5
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	128,1	125,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich kohl — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1985			1986			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
.	6 330	.	.	.	5 348	.	1
.	2 561	.	.	.	2 738	.	2
.	970	.	.	.	1 117	.	3
.	1 591	.	.	.	1 621	.	4
.	968	.	.	.	1 325	.	5
.	210	.	.	.	366	.	6
.	758	.	.	.	959	.	7
6 539	6 505	6 860	6 560	6 033	6 461	6 568	8
2 357	2 410	2 819	2 311	2 298	2 629	2 701	9
87	90	91	84	83	80	84	10
165	165	163	159	158	162	161	11
135	134	133	129	129	132	131	12
16 566	15 960	17 684	16 408	13 598	15 068	16 346	13
430	406	759	450	421	405	767	14
170	163	166	171	173	169	168	15
1 951	1 975	2 107	1 760	1 618	1 754	1 893	16
286	263	265	211	187	219	203	17
116	118	131	114	100	110	113	18
96	99	96	95	84	94	95	19
532	533	530	528	528	530	526	20
358	358	356	354	353	354	351	21
50 827	50 580	53 454	50 579	44 303	48 555	51 301	22
1 177	1 251	1 284	1 218	1 203	1 284	1 303	23
850	872	907	912	882	892	928	24
14 458	14 774	15 442	12 727	11 270	12 694	13 228	25
4 510	4 637	4 768	3 952	3 491	4 042	4 136	26
113	122	133	136	105	131	132	27
97	110	109	101	82	107	108	28
848	850	850	866	866	870	869	29
583	585	584	597	597	599	597	30
82 667	84 012	90 283	87 418	70 040	85 078	92 063	31
1 794	1 690	1 851	1 936	1 965	1 854	1 993	32
1 201	1 191	1 194	1 361	1 306	1 284	1 276	33
10 856	12 909	13 205	12 581	9 714	12 783	13 376	34
4 060	4 670	4 849	4 709	3 236	4 211	4 924	35
110	128	134	109	98	138	136	36
91	101	100	90	74	102	102	37
318	317	315	316	318	318	316	38
236	235	234	235	236	235	234	39
33 360	33 918	36 183	33 780	27 090	34 315	36 318	40
620	587	643	674	645	637	691	41
313	313	330	343	327	326	332	42
4 511	4 901	5 186	4 788	3 827	5 139	5 280	43
1 024	1 074	1 072	1 067	841	1 077	1 069	44
99	104	111	104	97	103	114	45
105	105	104	104	107	106	105	46
70	69	67	69	71	70	69	47
10 510	10 520	11 239	10 685	10 065	10 703	11 191	48
178	169	186	180	182	180	198	49
129	128	136	132	132	133	149	50
2 759	2 826	3 036	2 923	2 597	2 853	3 012	51
210	224	248	204	184	220	216	52
.	97,0	.	.	.	94,8	.	53
.	128,1	.	.	.	131,6	.	54

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsquartals

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 828	11 167
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 836	9 997
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 877	1 814
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	251 343	234 019
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 973	24 256
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	11 593	8 470
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 624	8 499
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 757	7 286
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	605,8	540,5
10	* Gehälter (brutto)	"	140,3	136,3
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 076,7	1 858,8
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 761	2 292
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 359	2 074
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 193	2 321
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 015 365	724 340
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	551	397
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	430	407
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 181	2 127
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	423 105	374 397
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	360	352
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 898	4 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1980 = 100	109,5	112,1
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	115,3	115,7
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	103,3	109,2
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	102,4	100,4
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	107,4	110,7
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	118,6	123,6
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	114,5	120,0
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	121,0	122,7
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	122,3	126,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	101,0	104,0
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	115,6	120,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	116,5	123,4
34	Fertigwaren	"	114,3	117,2
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1980 = 100	108,1	108,2
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	114,1	115,4
37	Gaststättengewerbe	"	106,2	105,6
38	Kantinen	"	115,6	123,0
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	182 534	173 385
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	156 534	190 994
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	10 838,7	11 995,2
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,2	337,8
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 530,5	11 659,9
44	* davon Rohstoffe	"	318,4	313,6
45	* Halbwaren	"	1 112,9	1 150,1
46	* Fertigwaren	"	9 099,2	10 196,2
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 104,2	3 412,0
48	* Enderzeugnisse	"	5 995,0	6 784,2
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 198,3	1 333,7
50	Dänemark	"	207,4	253,8
51	Frankreich	"	1 055,2	1 153,4
52	Griechenland	"	90,0	101,8
53	Großbritannien	"	897,7	1 049,9
54	Italien	"	687,8	769,8
55	Niederlande	"	1 229,6	1 337,5
56	Portugal	"	54,2	66,0
57	Republik Irland	"	55,3	68,1
58	Spanien	"	203,9	237,5

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1985			1986				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
9 320	10 573	12 048	9 698	9 005	9 539	11 492	1
8 797	9 941	10 075	9 222	8 396	9 412	...	2
1 585	1 666	1 886	1 402	1 326	1 384	1 780	3
238 938	237 664	235 903	231 181	233 105	233 536	230 648	4
28 970	28 734	31 144	29 761	22 878	28 412	29 833	5
10 208	9 810	10 469	9 966	7 188	9 435	9 812	6
9 833	9 842	10 676	10 410	8 342	9 966	10 440	7
8 929	9 082	9 999	9 385	7 348	9 011	9 581	8
607,1	592,5	655,7	597,4	557,3	579,5	618,7	9
132,3	131,5	133,3	144,7	145,0	140,0	139,8	10
2 091,4	2 147,1	2 390,1	2 316,3	2 054,4	2 167,9	2 336,3	11
2 247	2 496	2 229	2 500	2 646	2 071	2 014	12
2 066	2 264	2 050	2 343	2 487	1 956	1 889	13
2 230	2 562	2 210	2 275	2 322	1 922	1 867	14
697 419	806 498	675 393	712 446	731 118	597 321	590 015	15
374	436	377	381	390	320	302	16
471	533	429	442	446	383	416	17
2 563	2 944	1 687	2 176	2 171	2 182	2 782	18
522 745	446 350	266 450	336 557	381 356	421 774	508 510	19
424	437	289	362	367	348	429	20
4 350	5 201	4 288	4 084	4 245	3 562	3 153	21
106,6	104,5	121,8	117,1	98,6	110,6	123,3	22
117,2	105,8	119,9	120,8	107,3	110,1	121,5	23
88,7	107,4	134,4	105,2	87,1	124,8	133,5	24
91,2	96,8	117,6	100,3	80,4	99,6	115,9	25
100,6	99,1	121,0	100,6	91,9	102,6	121,9	26
125,6	130,8	127,7	114,4	113,0	137,7	148,8	27
116,6	113,4	125,1	131,6	115,7	117,7	125,7	28
127,0	118,3	134,8	109,5	100,9	103,2	108,0	29
112,4	119,7	141,5	156,9	116,0	131,1	164,7	30
103,2	93,1	107,7	102,6	88,8	94,9	101,5	31
122,8	123,8	138,1	106,7	92,9	106,1	111,0	32
130,2	127,6	141,8	92,7	80,9	92,2	93,6	33
111,7	118,1	132,5	127,5	110,8	126,7	136,6	34
109,3	113,7	116,1	112,2	101,1	116,8	115,8	35
117,6	141,8	139,1	120,7	115,2	156,4	149,1	36
107,2	106,3	108,7	109,2	97,8	106,5	106,1	37
109,0	119,3	146,3	128,3	96,2	123,0	140,8	38
164 421	174 350	190 370	182 265	169 217	153 083	201 072	39
164 686	195 220	224 363	221 348	155 275	153 128	220 416	40
11 391,8	12 279,7	13 372,9	12 180,3	9 469,3	11 525,3	12 587,3	41
318,9	348,8	379,0	315,4	282,2	359,5	394,9	42
11 072,9	11 930,9	12 993,9	11 864,9	9 187,1	11 165,8	12 192,4	43
299,3	320,3	316,0	266,6	216,1	271,4	278,7	44
1 031,1	1 156,0	1 235,3	809,8	674,1	806,2	879,0	45
9 742,5	10 454,6	11 442,6	10 788,5	8 296,9	10 088,2	11 034,7	46
3 168,2	3 432,6	3 754,6	3 202,3	2 561,5	3 105,7	3 298,8	47
6 574,3	7 022,0	7 688,0	7 586,2	5 735,4	6 982,5	7 735,9	48
1 230,0	1 382,2	1 503,3	1 087,5	1 029,3	1 393,9	1 522,1	49
281,8	273,3	308,2	235,8	216,1	277,8	293,5	50
881,2	1 230,4	1 290,9	1 281,1	764,5	1 193,6	1 298,7	51
91,7	103,0	109,9	103,3	79,0	98,2	117,6	52
1 085,7	1 179,3	1 260,7	1 208,4	806,6	968,9	1 105,9	53
470,1	797,3	866,7	874,9	413,1	803,0	934,0	54
1 356,7	1 421,3	1 486,9	1 294,9	1 086,8	1 361,2	1 456,1	55
58,2	58,3	69,8	82,2	53,0	63,7	78,4	56
56,2	63,6	73,9	65,4	49,6	65,1	67,6	57
162,7	224,1	276,0	326,5	203,2	274,5	356,5	58

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	5 421,2	6 062,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 348,9	1 528,1
3	übrige Länder	"	4 068,7	4 407,0
Fremdenverkehr¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	750	748
5	* darunter von Auslandsgästen	"	140	141
6	* Gästeübernachtungen	"	2 342	2 385
7	* darunter von Auslandsgästen	"	321	330
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	11 639	11 086
9	* davon Gütereingang	"	6 615	6 592
10	* Güterversand	"	5 024	4 494
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 415	10 860
12	davon Bergverkehr	"	7 484	7 418
13	Talverkehr	"	3 931	3 442
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	56 756	55 130
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	50 120	49 804
16	Lastkraftwagen	"	2 194	2 189
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	3 363	2 179
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	40 111	41 010
19	* davon mit Personenschaden	"	7 812	6 783
20	mit nur Sachschaden	"	32 299	34 227
21	* getötete Personen	"	182	141
22	* verletzte Personen	"	9 864	8 502
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 956	2 445
Deutsche Bundesbahn³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	7 366	7 180
25	Güterversand	"	9 307	9 190
26	Güterwagenstellung	1 000	340	333
Deutsche Bundespost⁴⁾				
27	Briefsendungen	Mill.	239	368
28	Paketsendungen	1 000	4 727	4 627
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	229	240
30	aufgegebene Telegramme	1 000	140	136
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen⁵⁾				
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	407 144	421 981
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	398 767	413 403
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	89 864	89 364
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	88 049	86 974
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 815	2 390
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	40 333	38 485
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	36 033	34 301
38	* an öffentliche Haushalte	"	4 300	4 184
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	269 898	286 008
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	215 609	231 185
41	* an öffentliche Haushalte	"	54 289	54 823
42	durchlaufende Kredite	"	7 049	8 124
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 447	7 228
44	an öffentliche Haushalte	"	602	896

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

1985			1986			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
5 453,4	6 450,3	6 900,6	6 560,0	4 701,3	6 499,8	7 230,4	1
1 535,1	1 553,2	1 781,6	1 692,9	1 406,3	1 687,3	1 787,9	2
4 403,3	4 276,1	4 690,7	3 927,3	3 361,7	3 338,2	3 568,9	3
794	963	932	786	654	959	970	4
185	190	162	174	165	191	155	5
2 823	2 996	2 833	2 834	2 656	3 040	2 894	6
450	430	384	483	408	473	370	7
11 996	11 702	9 506	10 880	11 326	11 043	11 597	8
7 020	6 797	5 227	6 604	6 435	6 049	5 943	9
4 976	4 905	4 279	4 276	4 891	4 994	5 654	10
12 547	11 609	9 618	11 928	11 807	11 291	8 974	11
8 658	7 658	6 413	8 607	7 649	7 161	5 034	12
3 889	3 951	3 205	3 321	4 158	4 130	3 940	13
46 293	51 596	63 196	65 662	46 372	58 530	68 149	14
40 860	47 465	58 882	59 988	42 760	54 246	63 693	15
2 149	2 120	2 541	2 564	1 790	2 455	2 872	16
2 407	1 159	805	2 015	1 113	848	597	17
41 790	40 449	42 215	44 317	36 125	42 590	49 470	18
8 602	8 071	7 941	8 626	6 835	7 593	8 455	19
33 188	32 378	34 274	35 691	29 290	34 997	41 015	20
145	154	152	151	149	125	179	21
10 723	10 062	9 807	10 831	8 704	9 492	10 431	22
3 014	2 894	2 718	2 916	2 518	2 674	2 801	23
7 329	7 219	7 893	7 085	6 198	6 756	7 320	24
9 275	9 243	10 275	8 521	7 557	8 466	8 979	25
336	334	374	308	270	306	330	26
336	362	410	245	209	247	282	27
3 918	4 297	5 124	3 981	3 462	4 340	5 013	28
244	226	234	252	235	252	...	29
143	147	139	144	134	139	136	30
412 369	413 252	414 596	424 177	424 515	426 527	428 067	31
404 235	405 452	406 608	415 827	415 949	417 804	419 338	32
88 151	88 210	86 959	86 813	85 596	86 860	85 974	33
86 599	87 091	85 278	85 473	84 475	85 482	83 429	34
1 552	1 119	1 681	1 340	1 121	1 378	2 545	35
38 307	38 209	38 206	36 711	36 517	36 145	36 134	36
34 329	34 201	34 230	33 346	33 288	32 937	32 686	37
3 978	4 008	3 976	3 365	3 229	3 208	3 448	38
278 320	279 115	281 590	292 190	293 909	294 994	297 334	39
224 552	225 227	227 324	238 291	239 775	240 893	242 827	40
53 768	53 888	54 266	53 899	54 134	54 101	54 507	41
7 591	7 718	7 841	8 463	8 493	8 528	8 625	42
6 884	6 910	6 993	7 321	7 310	7 341	7 418	43
707	808	848	1 142	1 183	1 187	1 207	44

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	348 765	366 837
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	202 385	212 770
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	166 313	174 510
4	* von öffentlichen Haushalten	"	36 072	38 260
5	* Spareinlagen	"	146 380	154 067
6	* bei Sparkassen	"	89 259	93 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 900	9 422
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 476	8 783
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	420	478
10	* Vergleichsverfahren	"	2	3
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 274	4 208
12	* Wechselsumme	Mill. DM	34	36
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	470 202	463 137
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	449 079	443 080
15	von Lastenzuschuß	"	21 124	20 060
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	119	122
17	Mietzuschuß je Fall	"	118	121
18	Lastenzuschuß je Fall	"	140	139
Gesetzliche Krankenversicherung²⁾				
(ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 865
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 620	5 665
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 950
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 639,0	7 989,3
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 487,4	4 861,6
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	3 160,7	3 428,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	688,9	725,0
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	117,2	142,5
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	520,5	565,4
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 151,6	3 127,7
29	* Umsatzsteuer	"	1 465,4	1 330,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 686,3	1 797,2
31	* Bundessteuern	"	1 194,1	1 246,7
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,2	0,4
33	* Zölle	"	119,4	120,9
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	991,7	1 030,2
35	darunter Mineralölsteuer	"	558,6	612,7
36	* Landessteuern ⁴⁾	"	391,6	394,0
37	* darunter Vermögensteuer	"	102,0	100,7
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	161,6	161,2
39	* Biersteuer	"	32,2	31,9
40	* Gemeindesteuern ⁴⁾⁵⁾	"	2 643,6	2 756,4
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 990,3	2 105,4
42	* Grundsteuer A	"	13,0	13,4
43	* Grundsteuer B	"	461,1	475,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften⁴⁾				
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 780,8	16 394,5
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 193,0	6 145,9
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 793,2	10 280,6
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 612,9	2 590,2
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 094,6	4 324,1
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 732,4	1 869,1
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶⁾	"	1 708,9	1 804,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt

1985			1986				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
346 914	347 036	348 979	369 690	371 190	372 643	375 433	1
200 289	200 044	201 788	212 034	212 963	214 110	216 059	2
162 721	163 206	165 088	173 239	173 563	174 652	177 119	3
37 568	36 838	36 700	38 795	39 400	39 458	38 940	4
146 625	146 992	147 191	157 656	158 227	158 533	159 374	5
89 551	89 746	89 869	94 262	94 558	94 708	95 116	6
8 469	7 952	8 709	9 901	7 709	8 207	8 805	7
8 077	7 585	8 519	10 494	7 137	7 901	7 964	8
513	494	515	480	488	490	413	9
2	1	2	5	—	—	2	10
3 596	4 104	4 254	3 500	3 121	3 242	3 542	11
29	35	33	27	24	28	31	12
469 532	455 609	462 671	545 541	557 412	547 493	...	13
449 790	436 314	442 904	515 459	527 304	517 645	...	14
19 742	19 295	19 767	30 082	30 108	29 848	...	15
122	121	121	143	143	143	...	16
121	120	121	141	142	142	...	17
137	136	137	167	166	166	...	18
9 845	9 919	9 934	9 885	9 910	9 962	9 996	19
5 636	5 708	5 732	5 688	5 708	5 761	5 803	20
2 950	2 952	2 953	2 962	2 962	2 962	2 964	21
6 053,0	10 558,7	6 302,9	7 197,7	6 514,2	10 483,2	6 299,3	22
3 397,2	7 567,5	3 380,4	4 239,0	3 296,1	7 845,8	3 429,4	23
3 201,4	3 332,3	3 372,1	3 894,6	3 256,5	3 424,0	3 411,0	24
-161,2	2 556,9	-101,6	-171,4	-104,1	2 428,7	-30,4	25
260,6	147,2	87,0	358,6	458,6	72,0	72,9	26
96,4	1 531,2	22,9	157,2	-314,9	1 921,0	-24,1	27
2 655,8	2 991,2	2 922,5	2 958,8	3 218,1	2 637,4	2 870,0	28
874,5	1 349,9	1 014,9	1 360,7	1 589,3	1 415,7	1 301,2	29
1 781,3	1 641,3	1 907,5	1 598,1	1 628,8	1 221,7	1 568,8	30
1 260,0	1 230,0	1 248,2	1 313,2	1 330,2	1 317,8	1 287,2	31
0,1	-0,3	1,1	0,1	0,2	0,1	0,1	32
120,9	124,0	125,2	123,7	128,2	120,1	154,1	33
1 011,2	1 040,4	1 045,9	1 121,7	1 075,7	1 130,3	1 068,9	34
597,6	668,2	681,0	690,8	672,4	734,6	669,4	35
549,5	260,6	327,1	503,8	732,8	444,7	342,7	36
243,4	18,3	16,4	19,1	253,7	17,9	9,2	37
157,9	115,5	180,3	298,4	317,2	247,0	193,9	38
36,6	35,1	32,8	31,2	41,1	32,7	30,2	39
.	2 829,1	.	.	.	3 023,8	.	40
.	2 086,2	.	.	.	2 247,7	.	41
.	14,2	.	.	.	15,1	.	42
.	566,4	.	.	.	593,7	.	43
.	16 221,6	.	.	.	16 579,2	.	44
.	6 596,8	.	.	.	6 735,8	.	45
.	5 740,6	.	.	.	5 729,3	.	46
.	143,8	.	.	.	153,0	.	47
.	10 313,1	.	.	.	11 017,7	.	48
.	6 596,8	.	.	.	6 735,8	.	49
.	2 428,3	.	.	.	2 447,6	.	50
.	143,8	.	.	.	153,0	.	51
.	4 397,6	.	.	.	4 627,0	.	52
.	1 856,2	.	.	.	1 909,3	.	53
.	1 798,6	.	.	.	1 941,7	.	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern) — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Preise				
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,3	115,9
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,5	126,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,6	117,2
5	Bekleidung, Schuhe	"	117,1	120,0
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,0	115,6
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	126,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	115,5	117,2
10	Bekleidung, Schuhe	"	117,6	120,7
Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	114,8
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,3	110,7
13	Ausbauarbeiten	"	118,7	120,8
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	"	114,9	115,5
15	für Bürogebäude	Bauleistungen am Bauwerk	115,9	116,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude	"	116,2	116,8
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	100,6	102,1
Löhne und Gehälter				
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	694	719
19	* darunter Facharbeiter	"	732	760
20	* weibliche Arbeiter	"	473	491
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	461	478
Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	16,70	17,42
23	* darunter Facharbeiter	"	17,66	18,39
24	* weibliche Arbeiter	"	11,82	12,40
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	11,48	12,10
bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	41,5	41,3
27	weibliche Arbeiter	"	40,0	39,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 253	4 428
29	* weiblich	"	2 922	3 030
technische Angestellte				
30	* männlich	DM	4 450	4 649
31	* weiblich	"	2 998	3 101
in Handel, Kredit und Versicherungen				
kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	3 485	3 644
33	* weiblich	"	2 358	2 468
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		-0,5	+0

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatswerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1985			1986			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
120,7	120,9	121,0	120,2	119,9	120,0	119,7	1
115,2	115,3	115,0	117,3	116,3	116,0	115,8	2
126,4	127,2	127,1	121,2	121,7	121,6	120,4	3
117,5	117,6	117,6	118,4	118,5	118,6	118,6	4
120,2	120,7	120,7	122,1	122,4	122,7	123,0	5
120,7	120,8	120,9	120,3	119,9	120,1	119,6	6
114,9	115,0	114,7	116,8	115,8	115,6	115,3	7
126,7	127,4	127,3	122,6	122,9	122,7	121,5	8
117,4	117,5	117,6	118,4	118,4	118,6	118,6	9
120,9	121,3	121,5	123,0	123,2	123,5	123,8	10
115,1	.	.	.	116,2	.	.	11
110,9	.	.	.	111,5	.	.	12
121,1	.	.	.	123,0	.	.	13
115,8	.	.	.	117,0	.	.	14
117,2	.	.	.	118,7	.	.	15
117,1	.	.	.	119,0	.	.	16
102,4	.	.	.	103,7	.	.	17
.	.	726	750	.	.	743	18
.	.	768	796	.	.	787	19
.	.	494	515	.	.	515	20
.	.	481	502	.	.	502	21
.	.	17,57	18,13	.	.	18,18	22
.	.	18,56	19,17	.	.	19,21	23
.	.	12,52	13,05	.	.	13,06	24
.	.	12,21	12,76	.	.	12,76	25
.	.	41,3	41,4	.	.	40,9	26
.	.	39,4	39,4	.	.	39,4	27
.	.	4 462	4 613	.	.	4 648	28
.	.	3 053	3 168	.	.	3 181	29
.	.	4 685	4 849	.	.	4 863	30
.	.	3 128	3 248	.	.	3 262	31
.	.	3 668	3 862	.	.	3 855	32
.	.	2 481	2 569	.	.	2 568	33
+0,2	+0,2	+0,2	+0,8	+0,9	+1,0	+1,0	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 049	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	5,9	6,0p
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	9,5	9,6p
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,3	11,5p
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	25 352p	25 531p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 266	2 304
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	387	387
8	Milcherzeugung	"	2 179	2 140
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	6 854	6 940
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659
11	Umsatz	Mill. DM	116 481	124 691
12	darunter Auslandsumsatz	"	33 544	37 006
13	Index der Nettoproduktion	1980 = 100	98,6	103,7
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	1 106	1 026
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106
	darunter für Wohnungsbau	"	52	40
Handel				
Einzelhandel				
17	Umsatz insgesamt	1980 = 100	111,3	114,0
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	2 924	3 137
20	Lieferungen	"	2 174	2 307
21	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
22	Bezüge	Mill. DM	645	636
23	Lieferungen	"	534	659
Außenhandel				
24	Einfuhr	Mill. DM	36 188	38 651
25	Ausfuhr	"	40 685	44 764
Verkehr				
Beförderte Güter				
26	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	27 482	27 884
27	Binnenschifffahrt	"	19 707	18 534
28	Seeschifffahrt	"	11 026	11 528p
Beförderte Personen				
29	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	90,5	92,0
Geld und Kredit				
30	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	99,8	104,2p
31	Spareinlagen ¹⁾	"	568,8	601,6p
32	Kredite an			
33	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2p
34	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	446,8	465,8
Steuern				
35	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	29 789	31 303
36	Steuern vom Einkommen	"	16 218	17 854
37	Lohnsteuer	"	11 363	12 303
38	veranlagte Einkommensteuer	"	2 197	2 381
39	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	466	517
40	Körperschaftsteuer	"	2 193	2 653
41	Bundessteuern	"	4 505	4 586
42	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 222	4 264
43	Landessteuern	"	1 548	1 540
Preise				
44	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	121,2	122,1
45	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	114,0	114,5
46	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	119,2	121,8
47	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	106,9	103,1
48	Preisindex für die Lebenshaltung			
49	aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0
50	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	118,4	120,9

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

1985			1986			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
61 031	61 035	61 037	1
8,5	7,1	5,9	7,0	8,4	7,4	6,4	2
9,6	10,2	9,9	10,8	10,3	11,3	10,5	3
10,1	10,9	11,0	10,7	10,1	11,0	10,9	4
25 717p	.	.	25 859p	25 995p	26 149p	26 160p	5
2 217	2 152	2 149	2 132	2 120	2 046	2 026p	6
370	404	440	395	378	438	453	7
2 164	1 999	2 026	2 388	2 233	2 081	2 100	8
7 002	7 035	7 029	7 096	7 122	7 149	7 130	9
611	675	740	675	594	700	739	10
111 401	130 668	138 092	121 608	104 803	129 463	132 689	11
31 488	38 876	39 842	35 707	29 178	38 122	38 333	12
89,6	108,7	114,1r	100,3	90,3	112,0	113,4	13
1 066	1 070	1 058	1 022	1 032	1 036	1 039	14
116	132	144	129	109	132	140	15
42	50	53	45	37	46	49	16
107,0	107,0	123,5r	116,2	104,4r	113,1	124,0p	17
2 887	3 344	3 904	3 170	2 798	3 290	3 514	18
2 041	2 346	2 687	2 211	1 983	2 303	2 591	19
618	657	706	562	513	545	623	20
771	584	698	664	536	532	720	21
35 620	36 470	40 590	34 528	27 975	34 045	37 540	22
38 967	43 899	49 256r	45 417	36 117	44 407	48 226	23
25 968	28 012	32 490	25 706	23 481	24
20 852	20 269	16 738	25
10 896p	10 826p	11 235p	11 595p	11 220p	10 410p	11 333p	26
85,0	98,6	99,8	96,4	85,0	27
101,2	100,0	100,7	108,1	108,3	107,0	108,7p	28
570,5	572,5	574,4	632,4	635,4	637,1	641,0p	29
1 503,7	1 512,9	1 520,7	1 608,7	1 612,3	1 618,8	1 622,6p	30
455,9	456,9	458,3	464,4	463,8	463,3	465,6p	31
26 733	39 350	25 321	28 837	28 433	39 851	26 233p	32
12 906	28 045	11 656	14 670	13 348	28 410	11 747	33
12 211	11 851	11 796	13 941	12 717	12 102	12 051	34
-569	8 299	-368	-655	-446	8 257	-379	35
1 136	304	264	1 412	1 157	305	268	36
129	7 592	-37	-28	-79	7 747	-193	37
4 604	4 562	4 613	4 698	4 744	4 857	4 669p	38
4 184	4 334	4 345	4 427	4 306	4 593	4 416p	39
2 059	1 124	1 295	1 763	2 363	1 466	1 446p	40
120,9	121,3	118,8	101,6	100,7	101,3	99,9	41
114,8	.	.	.	116,7	.	.	42
121,9	122,1	121,9	117,7	117,5	117,5	116,2	43
102,7	102,7	101,6	99,0	98,1	99,0p	97,3p	44
120,7	120,9	121,1	120,5	120,2	120,4	120,0	45
120,7	120,9	121,0	120,7	120,3	120,4	120,0	46

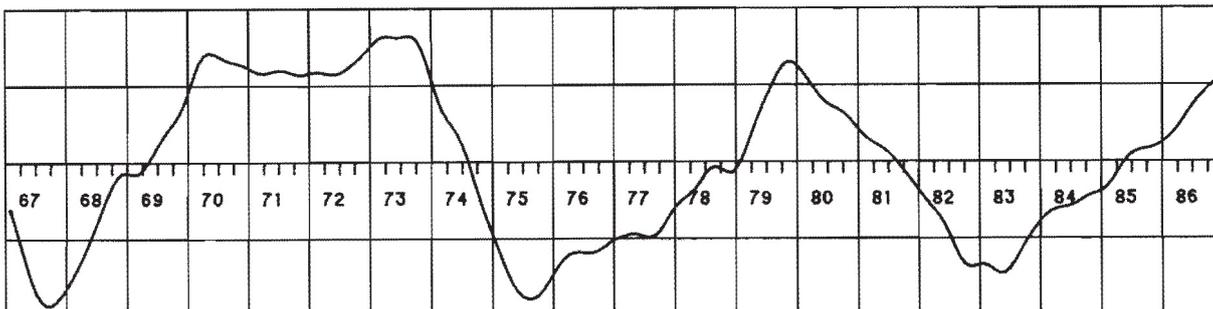
Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1985	1986					
		Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾ (ohne mitversicherte Familienangeh.)								
Mitglieder insgesamt	1 000	9 865	9 882	9 881	9 885	9 910	9 962	9 996
darunter								
Pflichtmitglieder	"	5 665	5 686	5 683	5 688	5 708	5 761	5 803
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose	"	481	490	473	463	464	461	456
Rentner und Rentenantragsteller	"	2 950	2 959	2 960	2 962	2 962	2 962	2 964
Altenteiler	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,68	4,77	4,32	4,77	4,49	4,16	5,01
Männer	"	5,00	5,07	4,61	5,22	4,92	4,51	5,40
Frauen	"	4,21	4,33	3,89	4,12	3,87	3,65	4,43
Darunter								
RVO-Kassen								
Ortskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	3 451	3 448	3 446	3 454	3 453	3 458	3 469
darunter								
Pflichtmitglieder	"	2 028	2 037	2 035	2 042	2 043	2 048	2 062
Rentner	"	1 232	1 221	1 221	1 220	1 218	1 217	1 217
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,00	5,13	5,13	5,41	5,04	4,58	5,74
Männer	"	4,94	5,02	5,02	5,41	5,08	4,62	5,70
Frauen	"	5,13	5,38	5,38	5,42	4,95	4,49	5,81
Innungskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	805	794	792	791	789	804	811
darunter								
Pflichtmitglieder	"	587	575	572	571	569	585	591
Rentner	"	149	150	150	150	150	150	150
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,02	4,17	3,90	4,16	4,05	3,60	4,30
Männer	"	4,19	4,33	4,05	4,39	4,26	3,82	4,56
Frauen	"	3,37	3,60	3,36	3,33	3,29	2,84	3,40
Betriebskrankenkassen²⁾								
Mitglieder insgesamt	1 000	1 263	1 270	1 271	1 269	1 269	1 272	1 276
darunter								
Pflichtmitglieder	"	721	724	725	724	723	725	729
Rentner	"	435	438	438	438	439	439	439
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,56	5,69	4,97	5,63	5,08	4,65	5,87
Männer	"	5,61	5,76	5,07	5,80	5,19	4,77	5,97
Frauen	"	5,40	5,49	4,67	5,10	4,75	4,30	5,56

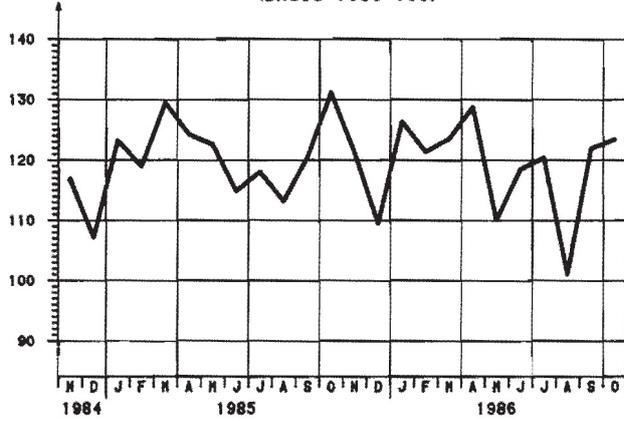
1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1967 BIS OKTOBER 1986

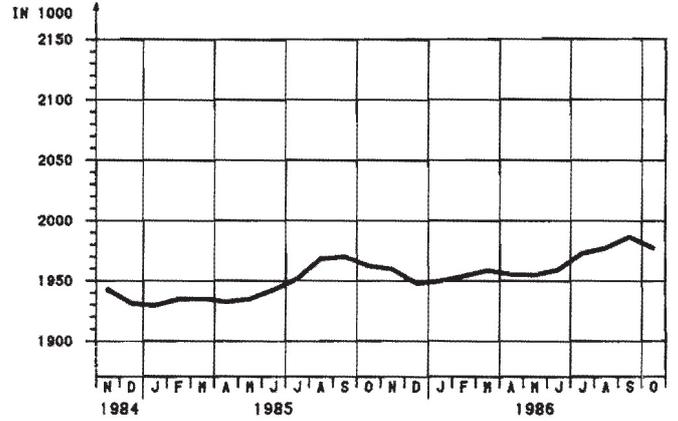


BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE NOVEMBER 1984 BIS OKTOBER 1986

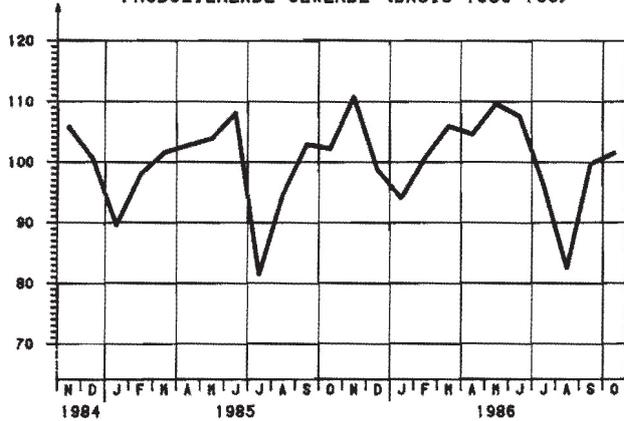
**AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1980=100)**



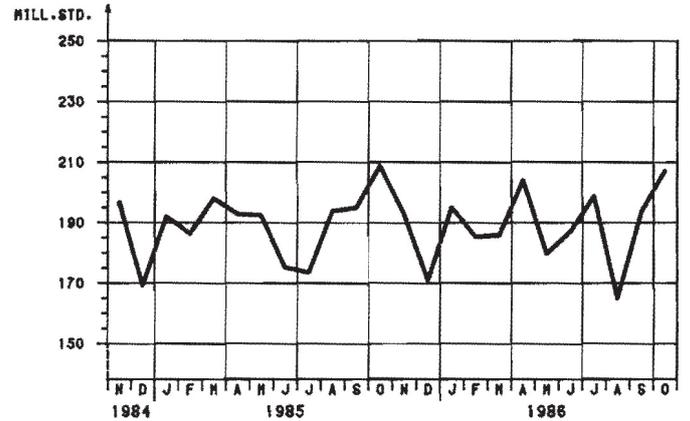
BESCHÄFTIGTE



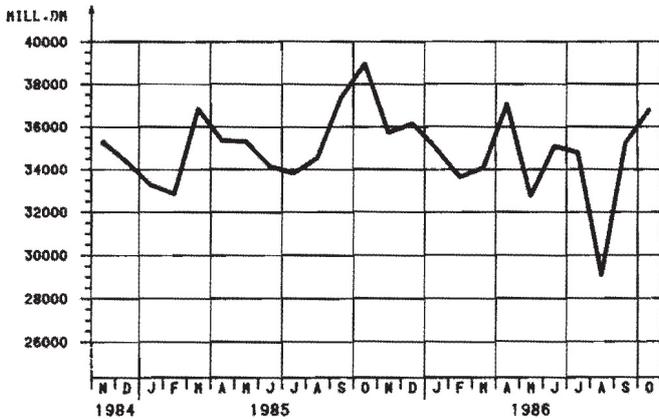
**INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1980=100)**



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



**GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)**

